

9. Beteiligungsbericht



LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

2008

Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Heidi Schwartz, Finanzdezernentin
Tobias Kaiser, Amtsleiter Kreiskämmerei

Bearbeitung: Stephanie Kick, stv. Amtsleiterin Kreiskämmerei
Dominik Männle, Leiter Neues Finanzwesen

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis
Kreiskämmerei
Glärnischstraße 1 - 3
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im Oktober 2009

Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum neunten Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2008 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2007/2008) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Mit ihm will die Kreiskämmerei zum einen, einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushaltes geben. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. Der Bodenseekreis wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Landrat vertreten.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben sowie den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen.

Friedrichshafen, im Oktober 2009



Lothar Wölfle
Landrat

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
I. Vorbemerkungen	4
II. Abkürzungsverzeichnis	6
III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick	
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss	9
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen	10
3. Abschlussprüfer	11
IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
<u>Energiewirtschaft</u>	
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke	12
<u>Entsorgung und Verkehr</u>	
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	17
Flughafen Friedrichshafen GmbH	26
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	35
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	47
Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH	51
<u>Wirtschaftsförderung</u>	
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	53
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	60
Energieagentur Bodenseekreis GbR	66
<u>Soziales</u>	
Klinik Tettngang GmbH	68
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	79
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	87
<u>Kultur</u>	
Bodensee-Festival GmbH	94
V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
ARKuS gGmbH	98
Energieagentur Ravensburg gGmbH	105
frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	117
Gesundheitsakademie Tettngang GmbH	122
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH	127
Medizinisches Versorgungszentrum Tettngang GmbH	132
VI. Sonstige Beteiligungen des Bodenseekreises	
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	137
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	139
Baugenossenschaft Überlingen eG	141
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	143
Zweckverband PROTEC Orsingen	145
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	147
VII. Anhang	
Auszug aus der Gemeindeordnung	149
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	150

I. Vorbemerkungen

Rechtliche Grundlage

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzugreifen.

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren."

Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Ausgenommen ist hiervon die Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des Unternehmens wird auf die Darstellung des Jahresabschlusses trotz der oben genannten Beteiligungsquote nicht verzichtet.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

Allgemeines

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2008 vom 01.01. bis 31.12.2008. Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die BodenseeOberschwaben-Bahn Verwaltung GmbH das Geschäftsjahr vom 01.10.2007 bis 30.09.2008.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

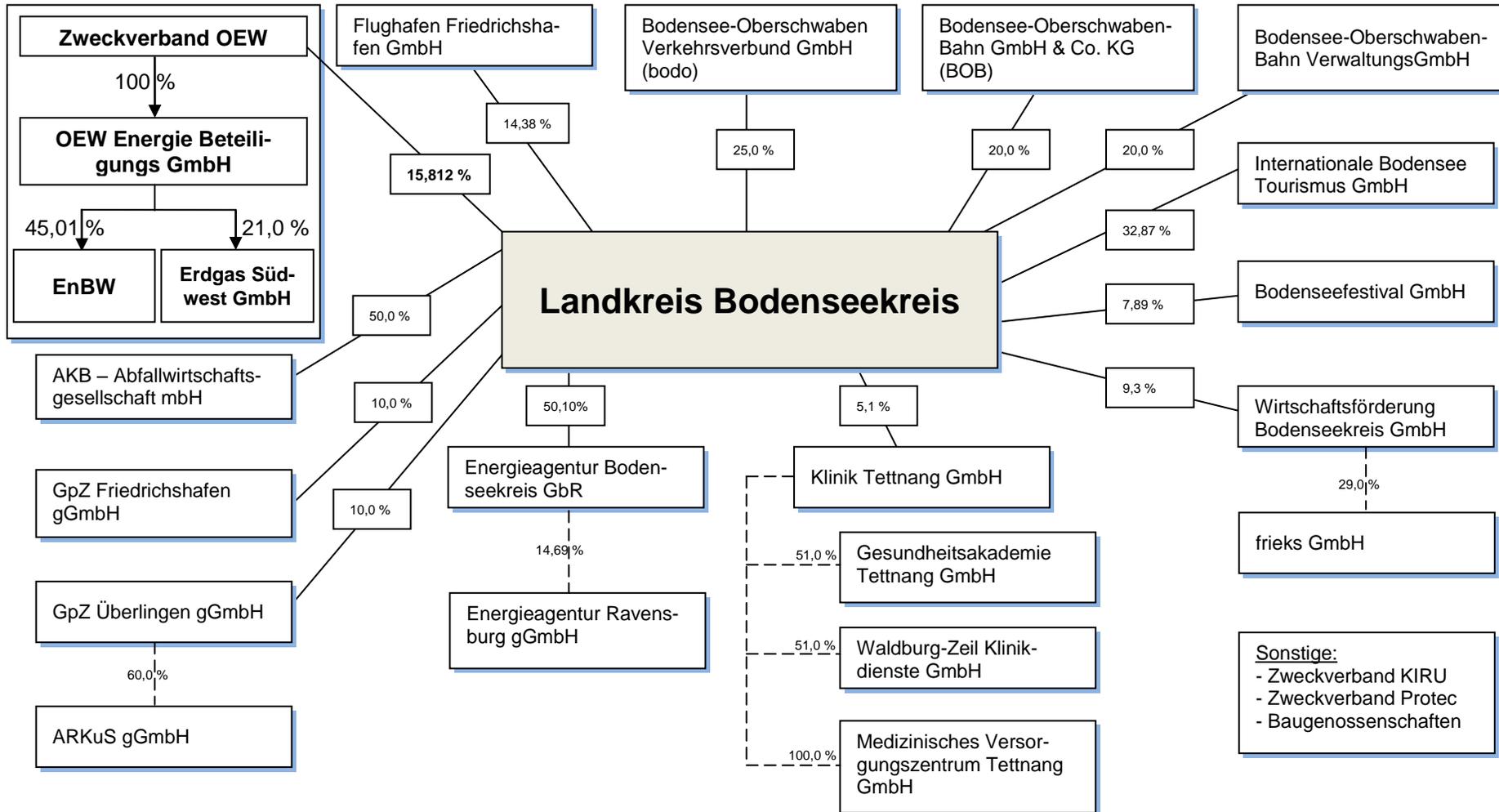
Die Angaben unter Nr. 9 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen worden. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
AGH	Arbeitsgelegenheit
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
Anm.	Anmerkung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGM	Bürgermeister
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
DIVA	Dialoggesteuertes Informations- und Verkehrsmanagementsystem
Dr.	Doktor/in
€	Euro
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGVS	EVS-Gasversorgung Süd GmbH
EK	Eigenkapital
E-mail	E-mail-Adresse bzw. Internet-Adresse
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
ERZ Zürich	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich
Fa.	Firma
Fax	Telefaxnummer
ff.	fortfolgende
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
Hr.	Herr
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive

insg.	insgesamt
KEZO Hinwil	Kehrichtverwertung Zürcher Oberland
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
km	Kilometer
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m ²	Quadratmeter
naldo	Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellv.	Stellvertretender
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
TB	Therapeutisch Beschäftigte
T€	Tausend Euro
TKEB	Tageskarte Euregio Bodensee
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
VJ./Vj.	Vorjahr
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband
ZVD	Zuverdienst
ZV OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
zzt.	zurzeit

III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick



unmittelbare Beteiligung: ———
mittelbare Beteiligung: - - - - -

1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss

Unternehmen	Stammkapital	Anteil Boden-seekreis	Eigenkapital	Verbindlich-keiten	Bilanzsumme	Anlagever-mögen	Umlaufver-mögen	Umsatzerlöse	Jahresfehlbetrag/-überschuss(-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	72.772 €	772.275 €	852.185 €	0 €	852.185 €	9.489.157 €	-3.305,29 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	20.176.909 €	19.890.136 €	41.569.393 €	36.755.456 €	3.552.956 €	10.149.249 €	-997.162,52 €
BODO Verkehrsverbund-gesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	34.012 €	779.614 €	837.287 €	32.193 €	805.035 €	5.604 €	-2.987,50 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	5.014.384 €	3.412.794 €	9.718.970 €	6.554.966 €	3.164.004 €	6.608.941 €	703.294,26 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	29.963 €	0 €	31.502 €	0 €	31.477 €	0 €	735,90 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	95.437 €	266.300 €	56.473 €	206.031 €	15.471 €	0,00 €
Klinik Tettngang GmbH	300.000 €	15.300 €	12.123.170 €	11.891.798 €	33.653.368 €	23.490.601 €	5.447.160 €	19.914.796 €	-494.529,06 €
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	2.287.618 €	2.261.337 €	5.974.802 €	5.109.793 €	865.009 €	1.807.649 €	424.083,25 €
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	892.967 €	1.150.351 €	2.849.685 €	1.833.229 €	1.016.756 €	1.395.506 €	118.773,75 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	232.047 €	14.547 €	248.595 €	3.680 €	243.640 €	616.832 €	16.063,26 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	431.000 €	141.500 €	108.125 €	75.090 €	273.892 €	39.070 €	228.707 €	510.617 €	6.129,22 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	nur mittelbar über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	221.317 €	146.145 €	449.593 €	52.464 €	397.129 €	287.909 €	7.977,70 €

Erläuterungen siehe S. 150/151

2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagenintensität ¹	Umlaufintensität	Anlagedeckung I	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T€
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	8,54%	91,46%	Anlagevermögen = 0	100,00%	Anlagevermögen = 0	0,04%	-4,54%	-0,39%	99,80%	-2.905 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	48,54%	51,46%	88,42%	8,55%	54,90%	-9,16%	-4,94%	-2,40%	72,74%	2.109.333 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	4,06%	95,94%	3,84%	96,15%	105,65%	-7369,98%	-8,78%	-0,36%	0,76%	18.230 €
BOB GmbH & Co. KG	51,59%	48,41%	67,45%	32,55%	76,50%	12,40%	14,03%	7,24%	107,47%	1.487.264 €
BOB VerwaltungsGmbH	95,12%	4,88%	Anlagevermögen = 0	99,92%	Anlagevermögen = 0	Umsatz = 0	2,46%	2,34%	Umsatz = 0	736 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	46,79%	53,21%	21,21%	77,37%	220,66%	5,95%	0,00%	0,00%	2,29%	22.161 €
Klinik Tettngang GmbH	36,02%	63,98%	69,80%	16,19%	51,61%	-2,44%	-4,08%	-1,47%	85,39%	1.073.177 €
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	38,29%	61,71%	85,52%	14,48%	44,77%	23,60%	18,54%	7,10%	104,35%	613.025 €
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	31,34%	68,66%	64,33%	35,68%	48,71%	8,56%	13,30%	4,17%	89,78%	263.638 €
Bodensee Festival GmbH	93,34%	6,66%	1,48%	98,01%	6305,60%	4,22%	6,92%	6,46%	102,95%	17.588 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	39,48%	60,52%	14,26%	83,50%	276,75%	1,56%	5,67%	2,24%	34,65%	32.919 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	49,23%	50,77%	11,67%	88,33%	421,84%	7,83%	3,60%	1,77%	36,20%	52.424 €

¹ Die Kennzahlen zur Anlage-, Umlaufintensität, Eigenkapital- und Fremdkapitalquote berechnen sich mit den Rechnungsabgrenzungsposten.

3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2008	Abschlussprüfer 2007	Abschlussprüfer 2006
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
BOB GmbH & Co. KG	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart
BOB VerwaltungsGmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Kanzlei Keller, Orwigen	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
Klinik Tett nang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	SWR Revision, Baden	SWR Revision, Baden	SWR Revision, Baden
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Dagmar Anna Albert, Steuerberaterin, Meckenbeuren	Prof. Dr. Nann, Villingen-Schwenningen	
Energieagentur Ravensburg gGmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	

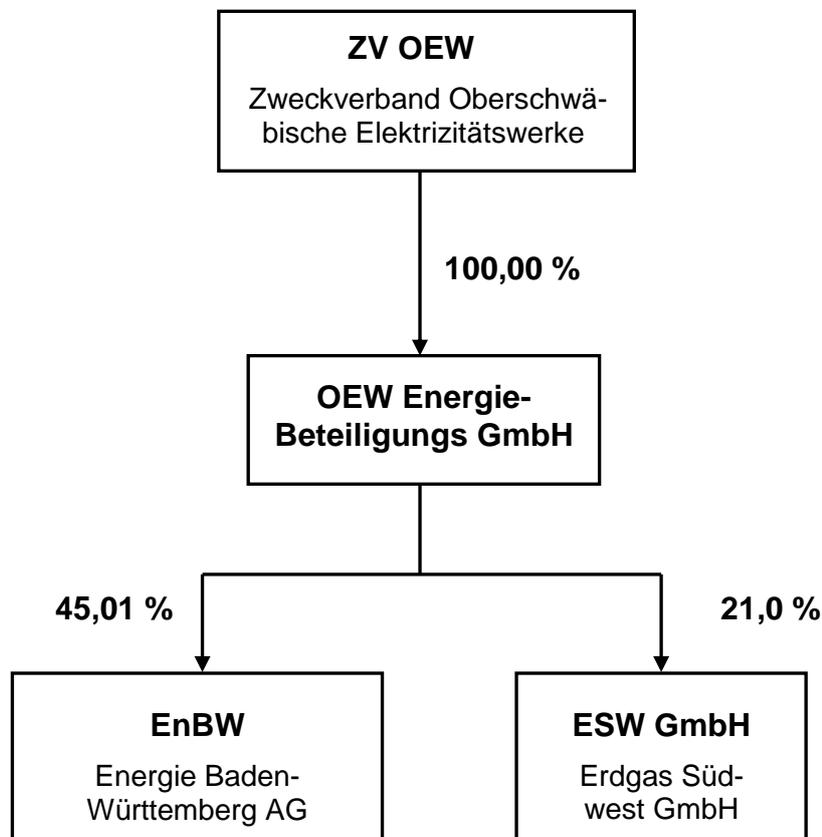
IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

EnBW Energie Baden Württemberg AG

Mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

1. Anteilsbesitz des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke

Der Bodenseekreis ist mit 15,812 % am Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW) beteiligt. Der ZV OEW ist zu 100 % an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH beteiligt. Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH hält ihrerseits 45,01 % der Anteile an der Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe (kurz: EnBW) sowie 21 % der Anteile an der Erdgas Südwest GmbH, Ettlingen (kurz ESW GmbH).



2. OEW Energie-Beteiligungs GmbH

2.1 Allgemeine Unternehmensdaten der OEW Energie-Beteiligungs GmbH

a) Gegenstand des Unternehmens und Geschäftsjahr

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

b) Stammkapital

Das Stammkapital in Höhe von 1 Mio. € ist voll eingezahlt.

c) Organe der OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Alleinige Geschäftsführerin ist seit 12. April 2007 Frau Barbara Endriss.

Generalvollmacht ist Herrn Kurt Widmaier erteilt. Ein Aufsichts- oder Verwaltungsrat besteht nicht.

2.2 Wesentliche Verträge zwischen ZV OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH**a) Treuhandverträge**

⇒ Die Anteile der OEW Energie-Beteiligungs GmbH an der EnBW werden vom ZV OEW aufgrund von Treuhandverträgen (Vereinbarungen vom 19. November 2002, 28. Januar 2005 und 26. Juli 2005) treuhänderisch als Eigentümer für die OEW Energie GmbH gehalten. Der ZV OEW ist in der Ausübung seiner Gesellschafterrechte an die Weisungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH gebunden und hat die Interessen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zu wahren. Dieses Treuhandverhältnis kann mit einer Kündigungsfrist von einem Monat mit Wirkung zum Ende eines jeden Kalendermonats gekündigt werden. Im Falle einer Kündigung ist der ZV OEW verpflichtet, die von der OEW Energie-Beteiligungs GmbH treuhänderisch übertragenen Anteile an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH zurück zu übertragen. (Anm.: Der Treuhandvertrag wurde Ende September 2009 aufgelöst, sodass seit diesem Zeitpunkt das wirtschaftliche und rechtliche Eigentum bei der GmbH liegt.)

b) Darlehensverträge

⇒ Der ZV OEW hat der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31. Dezember 2008 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 892,8 Mio. € und werden mit einem Zinssatz zwischen 4,0 % und 5,4 % p.a. verzinst. Zu den Restlaufzeiten der Darlehen vgl. Abschnitt 2.3 c) Vermögens- und Finanzlage.

Die Darlehen dienen zum Teil der Finanzierung des Anteilserwerbs an der Badenwerk Holding AG und der EVS Holding AG (448,5 Mio. €). Darüber hinaus wurde ein weiteres Darlehen (6,7 Mio. €) zum Erwerb der Anteile an der EGVS verwendet. Weitere 51,1 Mio. € gewährte der ZV OEW im Jahr 1997 als Darlehen zur Rückführung zuvor ausgeschütteter Mittel im Rahmen des Schütt-Aus-Hol-Zurück-Verfahrens.

Ein Darlehen in Höhe von 106,2 Mio. € wurde zur Rückzahlung von Bankdarlehen verwendet. 23,7 Mio. € gewährte der ZV OEW in 2003 für den Erwerb von Anteilen an der Badenwerk Holding AG (BWH) und 150 Mio. € in 2005 zum Erwerb weiterer Anteile an der EnBW. In 2007 wurde ein Darlehen über 117,7 Mio. € begeben. Der Anspruch auf Auszahlung des Darlehensbetrags wurde mit dem Dividendenanspruch des Jahres 2007 verrechnet.

c) Bürgschaften

⇒ Zum 31. Dezember 2008 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie-Beteiligungs GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 608 Mio. €.

⇒ Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2008 Avalprovisionen in Höhe von 3 Mio. € von der OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

2.3 Wirtschaftliche Lage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und Konsequenzen für den ZV OEW

a) Kennzahlenübersicht OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten vermitteln die folgenden Kennzahlen zum Jahresabschluss der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31. Dezember 2008:

	2008 T€	2007 T€	Veränderung (%)
Bilanz			
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn (Mio. €)	1.973,3	1.907,8	3,4
Eigenkapitalquote (%)	55,4	53,6	3,4
Bilanzsumme (Mio. €)	3.560,4	3.560,7	0,0
Gewinn- und Verlustrechnung			
Ergebnis nach Steuern (Mio. €)	53,7	65,4	17,9
Beteiligungserträge (Mio. €)	173,3	129,8	33,5
Zinsergebnis (Mio. €)	-65,6	-63,3	3,6
- davon gegenüber ZV OEW	46,3	41,3	12,1
Außerordentliche Aufwendungen	-52,8	0,0	-
Finanz-/Liquiditätskennzahlen			
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Mio. €)	35,1	7,2	>100

b) Ertragslage OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Die Tätigkeit der OEW Energie-Beteiligungs GmbH umfasst ausschließlich das Halten der Beteiligung an den oben genannten Unternehmen, weshalb sie Erträge nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH erzielt. Nennenswerte Aufwendungen ergeben sich aus der Fremdfinanzierung in Form von Zinsaufwendungen. Außerdem fielen im Berichtsjahr Aufwendungen aus der Auflösung des synthetischen Termingeschäfts mit der L-Bank in Höhe von 52,8 Mio. € an. Die Ertragslage ist daher in erster Linie abhängig von der Ausschüttungspolitik der EnBW.

	2008		2007		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Beteiligungserträge	173.327	100,0	129.786	100,0	43.541
Abschreibungen	1	0,0	1	0,0	0
Sonstiger Betriebsaufwand ./. übrige betriebliche Erträge	775	0,4	815	0,6	-40
Betriebsergebnis	172.551	<u>99,6</u>	128.970	<u>99,4</u>	43.581
Finanzergebnis	-65.974		-63.649		-2.325
Neutrales Ergebnis	-52.650		84		-52.734
Ertragssteuern	245		0		245
Jahresüberschuss	<u>53.682</u>		<u>65.405</u>		<u>-11.723</u>

Das Ergebnis des Berichtsjahres resultiert aus den Beteiligungserträgen von der EnBW und der ESW GmbH, dem Finanzergebnis sowie dem neutralen Ergebnis. Das neutrale Ergebnis stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2008	2007
	T€	T€
Aufwendungen		
Steuern für Vorjahre	0	187
Auflösung synthetisches Termingeschäft	52.793	0
Periodenfremde Aufwendungen	14	87
Abwertung Optionsprämie	180	0
	<u>52.987</u>	<u>274</u>
Erträge		
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	330	357
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7	1
	<u>337</u>	<u>358</u>
Neutrales Ergebnis	<u>-52.650</u>	<u>84</u>

Die für 2009 erwarteten Zinseinnahmen des ZV OEW aus den Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH betragen laut Haushaltsplan rund 43,2 Mio. €, die Einnahmen aus Avalprovisionen für die Bürgschaftsgewährung durch den Zweckverband 2,7 Mio. €. Das Einnahmenvolumen aus dem Verwaltungshaushalt des ZV OEW hängt folglich in hohem Maß von der Fähigkeit der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ab, ihren laufenden Zinszahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögens- und Finanzlage OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (98,4 % der Bilanzsumme).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des ZV OEW.

	31.12.2008		31.12.2007		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Vermögen						
Immaterielles und						
Sachanlagevermögen	1	0,0	2	0,0	-1	-50,0
Beteiligungen	3.518.444	98,8	3.518.444	98,8	0	0,0
Langfristige Forderungen	5.909	0,2	6.689	0,2	-780	-11,7
Kurzfristige Forderungen	945	0,0	28.372	0,8	-27.427	-96,7
Flüssige Mittel	35.095	1,0	7.180	0,2	27.915	>100
	<u>3.560.394</u>	<u>100,0</u>	<u>3.560.687</u>	<u>100,0</u>	<u>-293</u>	<u>0,0</u>
Kapital						
Eigenkapital	2.046.952	57,5	1.993.270	56,0	53.682	2,7
Langfristige Verbindlichkeiten	1.092.575	30,7	1.464.663	41,1	-372.088	-25,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	420.867	11,7	102.754	2,9	318.113	>100
	<u>3.560.394</u>	<u>100,0</u>	<u>3.560.687</u>	<u>100,0</u>	<u>-293</u>	<u>0,0</u>

Die langfristigen Forderungen betreffen ein gemäß § 37 Abs. 5 KStG aktiviertes Körperschaftsteuerguthaben.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeitsposten der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit die zeitliche Staffelung der Verpflichtungen zur Bereitstellung von Mitteln zur Darlehenstilgung sind in folgender Übersicht zusammengefasst.

Stand 31.12.2008	Summe (Mio. €)	Restlaufzeit bis 1 Jahr (Mio. €)	Restlaufzeit über 1 Jahr (Mio. €)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	608,0	25,0	583,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	892,8	383,3	509,5
Sonstige Verbindlichkeiten	12,2	12,2	0,0
Gesamt	1.513,0	420,5	1.092,5

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands ist unmittelbar von der Fähigkeit der OEW Energie-Beteiligungs GmbH beeinflusst, ihren Tilgungsverpflichtungen hinsichtlich der vom Verband gewährten Darlehen nachzukommen. Diese Zahlungsfähigkeit bestimmt sich wiederum hauptsächlich aus der Ausschüttungspolitik der EnBW und der Fremdkapitalgewährungsbereitschaft von Kreditinstituten gegenüber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Solange die Gesellschaft aus diesen beiden Quellen Zahlungsmittelzuflüsse in hinreichendem Maß zu erzielen in der Lage ist, ist auch die Tilgungsfähigkeit hinsichtlich der Gesellschafterdarlehen gegeben.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des ZV OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des ZV OEW eng mit der der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gesellschaft und damit auch für die Einnahmesituation des ZV OEW ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens: ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
 Geschäftsstelle: Glärnischstr. 1-3, 88045 Friedrichshafen
 Tel.: 07541/204 - 5492
 Fax: 07541/204 - 7492
 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de

Gründungsdatum: 19. Februar 1997

Eintragungsdatum HR: 20. Juni 1997

Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag: 7. November 2000

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Abfallwirtschaftsgesellschaft von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	€
Landkreis Bodenseekreis	50 %	13.000
Landkreis Konstanz	50 %	13.000

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Berthold Restle, Verwaltungsdezernent
 Heidi Schwartz, Finanzdezernentin

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Frank Hämmerle, Landrat (bis 31.12.2008, seit 1.1.2009 stv. Vorsitzender)
 Stv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat (bis 31.12.2008, seit 1.1.2009 Vorsitzender)

Dr. Irene Alpes, Lehrerin
 Wiltrud Baumeister, Konrektorin
 Werner Endres, Gastwirt

Bernd Gerber, Bürgermeister
Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D.
Dieter Hornung, Bürgermeister a.D.
Helmut Kennerknecht, Bürgermeister
Karl-Heinz Mommertz, Berufsschullehrer
Franz Moser, Bürgermeister
Artur Ostermaier, Bürgermeister
Kurt Demmler, Polizeibeamter
Volker Fouquet, Bürgermeister a.D.

5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 06.10.1994 (Krw/AbfG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

- ⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der T-plus GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Vertrag mit der T-plus GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2011.

- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettwang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Ferntransporte mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage Weinfeldern mit der Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen vom 14. Oktober/8. November 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen der ABK GmbH, Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen und der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen vom 14./29. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie zwei weitere Mitarbeiter beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt. Aufwand: 25.602,86 € (VJ. = 23.581,75 €).

9. Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2008 der ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T€.

Es wurden insgesamt 66.595 to. Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Die Restabfälle wurden in der Abfallverbrennungsanlage Stuttgart-Münster und in der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) Thurgau, Weinfeldern/Schweiz behandelt. Eine Teilmenge von 14.835 to. wurde im Auftrag der T-plus in den Anlagen von ERZ Zürich und KEZO Hinwil behandelt.

Mengenbilanz 2008:

Abfallherkunft:	Behandlung:	T-plus GmbH (AVA Stuttgart- Münster und KHKWs Zürich und Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis		30.272 to	0 to	30.272 to
Landkreis Konstanz		3.962 to	32.361 to	36.323 to
Insgesamt		34.234 to	32.361 to	66.595 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Logistik: Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 3.043 to. in Weinfelden eingeräumt.

Kosten: Den Landkreisen wurde im Jahr 2008 ein Mischpreis von 142,49 €/to berechnet. Dieser Preis lag somit um 3,76 €/to günstiger als der kalkulierte Wert von 146,25 €/to.

Die Gründe für diese Einsparungen sind im Wesentlichen:

- ⇒ geringer als kalkuliert ausgefallene Preissteigerungen bei den Behandlungskosten
- ⇒ Möglichkeit der preisgünstigen LKW-Anlieferung einer Teilmenge bei der KVA Thurgau in Weinfelden
- ⇒ Gewährung eines Entsorgungspreisrabattes der KVA Thurgau

Akquise von Gewerbemüll: Aufgrund fehlender Nachfrage wurde im Jahr 2008 keine Mengenakquise betrieben.

Geschäftsjahr 2009

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen weiter rückläufig und liegen per Ende Februar 2009 um rd. 7 % unter dem Vorjahreswert. Die bei den Behandlungsanlagen angemeldeten Mengenbandbreiten (58.000 to. bis 69.000 to.) können trotzdem eingehalten werden.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt im Jahr 2009 bei folgenden Anlagen:

- ⇒ T-plus GmbH: AVA Stuttgart-Münster
- ⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Mit der T-plus GmbH werden derzeit Verhandlungen über eine Absteuerung von Teilmengen in die Anlagen von ERZ Zürich bzw. KEZO Hinwil geführt.

Mengen von Dritten (Mengenakquise) werden derzeit aufgrund fehlender Nachfrage nicht angenommen.

Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der T-plus GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet. Abweichungen von bei den Behandlungsanlagen angemeldeten Mengenfenstern sind nachzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zur AVA Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31. Dezember 2025) von dem Vorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-how-Verlust Risiken vorhanden.

Friedrichshafen, 5. März 2009
Berthold Restle

Heidi Schwartz

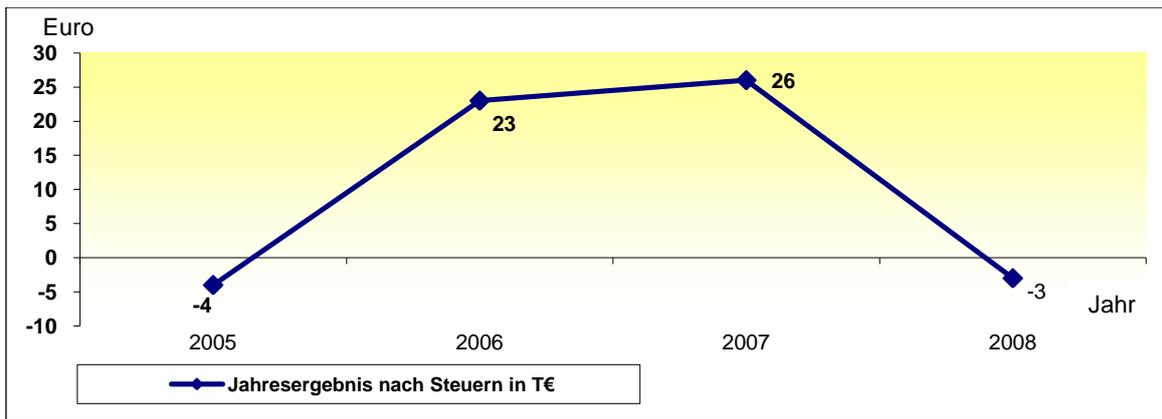
10. Abschlussprüfer

WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart

11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2008	2007	Abweichung 2008 - 2007 in %
Entsorger Abfall / Einwohner	320,53 kg	332,08 kg	-3,5
Entsorger Abfall insgesamt	66.595 to	68.661 to	-3,0

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T€



Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. Erweiterung des Geschäftsbetriebes						
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0	0,0	17	1,3	95	10,1
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	358	42,0	275	21,4	262	27,8
5. Sonstige Vermögensgegenstände	334	39,2	327	25,4	290	30,7
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	160	18,8	668	51,9	297	31,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	852	100	1287	100	944	100

Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26	3,1	26	2,0	26	2,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	50	5,9	23	1,8	0	0,0
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3	-0,4	27	2,1	23	2,4
	73	8,6	76	5,9	49	5,2
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen	1	0,1	1	0,1	18	1,9
3. Sonstige Rückstellungen	6	0,7	6	0,5	23	2,4
	7	0,8	7	0,5	41	4,3
E. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	732	85,9	1.160	90,1	747	79,1
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	40	4,7	41	3,2	50	5,3
6. Sonstige Verbindlichkeiten	0	0,0	3	0,2	57	6,0
	772	90,6	1204	93,6	854	90,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	852	100	1287	100	944	100

Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	9.489	99,9	9.890	100,0	10.325	100,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	11	0,1	1	0,0	1	0,0
5. Gesamleistung	9.500	100,0	9.891	100	10.326	100
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.369	98,6	9.689	98,0	10.118	98,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	21	0,2	20	0,2	21	0,2
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	4	0,04	4	0,04	3	0,03
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	108	1,1	130	1,3	139	1,3
	9.502	100,0	9.843	99,51	10.281	99,56
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-2	0,0	48	0,5	45	0,4
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	0,1	8	0,08	6	0,06
15. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
17. Finanzergebnis	6	0,1	8	0,1	6	0,1
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	0,0	56	0,6	51	0,5
19. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7	-0,1	-30	-0,3	-28	-0,3
21. Sonstige Steuern						
22. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-3	-0,03	26	0,26	23	0,22
23. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-3	-0,03	26	0,26	23	0,22

Flughafen Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Flughafen Friedrichshafen GmbH
 Geschäftsstelle: Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen
 Tel.: 07541 / 284-01
 Fax: 07541 / 284-119
 E-Mail: info@fly-away.de
 Homepage: www.fly-away.de

Gründungsdatum: 6. Juni 1928

Eintragungsdatum HR: 14. September 1928

Notarielles Datum neuester
 Gesellschaftsvertrag: 2. Mai 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	T€
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H., Wien	25,15 %	5.350
Landkreis Bodenseekreis	14,38 %	3.059
Stadt Friedrichshafen	14,38 %	3.059
Land Baden-Württemberg	12,44 %	2.647
ZF Friedrichshafen AG	9,37 %	1.994
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8,92 %	1.897
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	7,69 %	1.635
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	3,44 %	731
Dornier GmbH	2,12 %	450
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	2,12 %	450

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Hans Weiss, Geschäftsführer

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Stv. Vorsitzender

Dieter Hornung (Stadt Friedrichshafen)

Helmut Schnell (IHK Bodensee-Oberschwaben) bis 3.11.2008

Christian Domany (Flughafen Wien AG), 1. Stv. seit 3.11.2008

Prof. Dr. Peter Jany (IHK Bodensee-Oberschwaben) 2. Stv. seit 3.11.2008

Prof. Georg Fundel (Flughafen Stuttgart)
Hans-Georg Härter (ZF Friedrichshafen AG)
Hans-Peter Kaldenbach (Zeppelin GmbH)
Joachim Kruschwitz (Landratsamt Bodenseekreis)
Peter Tornow (Flughafen Hannover)
Alfred Müllner (TWF Friedrichshafen)
Dr. Michael Fazekas (VIE International Beteiligungsmanagement GmbH)

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen (Anteil: 75,2 %, Einlage: 18.800 €)

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

- ⇒ Vereinbarung vom 11./15. Dezember 1997 mit dem Land Baden-Württemberg über die Kostenerstattung für Luftaufsichtsdienste und den Zuschuss für Flugsicherungsbetriebsdienste. Die Vereinbarung war im § 2 Abs. 3 mit Wirkung zum 1. März 1999 geändert worden.

- ⇒ Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über die Durchführung von Maßnahmen nach § 29c Luftverkehrsgesetz auf dem Flughafen Friedrichshafen-Löwental vom 5. Dezember 2003 (Laufzeit vom 1. Februar 2004 bis November 2007; dann mit sechsmonatiger Kündigungsfrist). Als Vergütung erhält die Gesellschaft vom Land für die Durchführung der Aufgaben des Flugkontrolldienstes 3,20 € (vom 1. Februar bis 31. Oktober 2004) bzw. 4,53 € (vom 1. November 2004 bis 31. Oktober 2007) bzw. 4,31 € (ab dem 1. November 2007) pro Einsteiger der Verkehrsfluffahrt.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2008 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 144 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt: Verkehr 105, Kaufmännische Dienste/Personal 11, Vertrieb/Parkplatz- und Infoservice 28. Die Mitarbeiter des Parkplatz- und Infoservice wurden im Vorjahr noch dem Bereich Kaufmännische Dienste/Personal zugeordnet.

9. Lagebericht

A. Vorstellung des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen. Die Bodenseeregion gilt als wirtschaftlich überdurchschnittlich stark mit einer Vielzahl innovativer Unternehmen. Das persönlich verfügbare Einkommen ist überdurchschnittlich hoch und die Arbeitslosigkeit niedrig. Seit über 20 Jahren versorgt der

Flughafen Friedrichshafen diese Region mit wichtigen Flugverbindungen und kompensiert teilweise den Verkehrsschatten der Region, charakterisiert durch mangelhafte Infrastruktur der übrigen Verkehrsträger. Vom Flughafen profitieren sowohl die heimische Industrie als auch die Einwohner im Einzugsgebiet durch ein Angebot an attraktiven Urlaubsflügen. Die navigatorische Ausstattung des Flughafens besteht aus modernster Technik, und die Dimensionierung der Flugbetriebsflächen entspricht internationalem Standard. Der Flughafen ist somit für jede Fluggesellschaft mit allen Mittelstreckenflugzeugen anfliegbar.

B. Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Das Geschäftsjahr 2008 brachte gesamthaft für die FFG eine branchendurchschnittliche Entwicklung mit sich, wobei die FFG im ersten Halbjahr unter Branchendurchschnitt lag, während hingegen die Branche im III. und IV. Quartal signifikante Rückgänge verzeichnete. Die für die FFG geplanten Wachstumsraten konnten deshalb im Berichtsjahr nicht realisiert werden, gleichwohl stabilisierte sich das Passagieraufkommen des Vorjahres auf relativ hohem Niveau.

Der insgesamt zu beobachtende starke Rückgang im Low-Cost-Sektor betraf die FFG nicht so stark, da der Anteil des Low-Cost-Verkehrs in Friedrichshafen entsprechend nachrangig ist. Seitens der Verkehrsfluffahrt wurde jedoch starker Druck auf die luftseitigen Erlöse ausgeübt. Es wurden von dieser Seite bis zu 20 % Reduzierung der Flughafenentgelte erwartet. Eine Erhöhung der Tarife in der Entgeltordnung war deshalb nicht durchsetzbar. Eine Kompensation kann folglich nur durch ein Verkehrswachstum sowohl im Linienverkehr als auch im Touristikverkehr erfolgen. Dann kann auch in zunehmendem Maße das Non-Aviation-Geschäft belebt werden. Hierfür ist jedoch ein Passagiervolumen > 800.000 Passagiere erforderlich.

Da die Region als Wirtschaftsstandort noch nicht den notwendigen Bekanntheitsgrad hat, sind hier für die Zukunft noch Potentiale zu schöpfen. Auch in 2008 ist die Nachfrage aus der Region für ausgewählte Ziele immer noch weit höher als das derzeitige Angebot. Auch war die noch wirtschaftlich gute Situation der Region Basis für die stabile Nachfrage.

Die interne Vorwärtsstrategie der FFG basiert auf der Stabilisierung und Weiterentwicklung der vier Hauptumsatzträger InterSky, Lufthansa, Hamburg International und Ryanair. Auch die General Aviation trägt durch den zunehmenden Businessverkehr zur Stabilisierung der Erlössituation nachhaltig bei. Insbesondere besteht die Stärke des Homecarriers InterSky in der Zielevielfalt und der Häufigkeit der täglichen Flugfrequenzen zu den einzelnen Zielen.

Die hervorragende navigatorische Ausstattung des Flughafens dokumentiert sich auch in 2008 durch die Akzeptanz als Ausweichflugplatz bei Schlechtwetterlagen für Flugplätze im nahen Umfeld (z.B. Innsbruck und Memmingen).

Dennoch entsprach der Geschäftsverlauf in 2008 nicht den Erwartungen, da sowohl die Umsatzerlöse als auch das Ergebnis hinter der Planung zurückblieben.

C. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 382 T€ oder rd. 4 % auf 10.149 T€ angestiegen. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen „operative Kernerlöse“, „operative Zusatzerlöse“ und „non Aviation-Erlöse“ zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in allen drei Bereichen stattgefunden. Der prozentual stärkste Anstieg konnte im Bereich der operativen Zusatzerlöse mit rd. 11 % erzielt werden.

Die Start- und Landebewegungen im Linien- und Touristikverkehr haben im Berichtsjahr um rd. 15 % zugenommen. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die Flottenerweiterung der InterSky um ein viertes Flugzeug seit dem 1. April 2008. Die Anzahl der Fluggäste im Linien-

verkehr ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,3 % angestiegen; im Touristikverkehr war ein Minus von rd. 2,0 % zu verzeichnen.

Die im Berichtsjahr erzielten Umsatzerlöse liegen unterhalb den Erwartungen. Insbesondere ist es nicht gelungen, die prognostizierten Fluggastzahlen zu erreichen. Zurückzuführen ist die Planverfehlung z.T. auf den Markteintritt des Flughafens Memmingen, der nur ca. eine Fahrstunde von Friedrichshafen entfernt ist und viele deckungsgleiche Flugdestinationen anbietet; hier fand seitens der Reiseveranstalter eine Verschiebung von für die FFG geplanten Kontingenten zugunsten einer Grundauslastung am Flughafen Memmingen statt. Ferner ist eine generelle und für temporär erachtete Umsatzstagnation in der Branche Ursache für die Planverfehlung.

D. Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 7.623 T€ (vor Kürzung von Zuschüssen) durchgeführt worden. Diese entfallen in Höhe von 46 T€ auf immaterielle Vermögensgegenstände, in Höhe von 3.223 T€ auf Grundstücke und Bauten, in Höhe von 21 T€ auf technische Anlagen, in Höhe von 585 T€ auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie in Höhe von 3.749 T€ auf Anlagen im Bau. Insbesondere die im Bau befindliche Erweiterung des Ankunftsterminals hat zu hohen Zahlungsabflüssen in 2008 geführt. Die Terminalerweiterung ist notwendig, um die jetzt schon bestehenden und für die Zukunft erwarteten Passagierströme entsprechend einem guten „Service-Level“ abwickeln zu können.

Die FFG hat im Berichtsjahr Zuschüsse der öffentlichen Hand und Kostenbeteiligungen Dritter in Summe von 908 T€ erhalten. Diese werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gekürzt.

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte aus der Liquidität des Unternehmens und durch die Neuaufnahme von zinspflichtigem Fremdkapital. In 2008 wurden Darlehen in Höhe von 4.000 T€ neu aufgenommen. Kapitalmaßnahmen der Gesellschafter (z.B. Kapitalerhöhungen) haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Auch in den nächsten zwei Jahren werden Investitionen von Gewicht anfallen. Diese betreffen insbesondere die Fertigstellung der Erweiterung des Ankunftsterminals. Die Finanzierung soll über weiteres Fremdkapital erfolgen.

E. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Anlagevermögen der FFG hat sich infolge der durchgeführten Investitionen (vgl. oben) deutlich erhöht. Die ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen einen 75,2 %-Anteil an der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH, Friedrichshafen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich stichtagsbedingt um rd. 169 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag verringert. Aus einer in Vorjahren beschlossenen Kapitalerhöhung sind im Berichtsjahr weitere 1.121 T€ eingezahlt worden. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2008 rd. 49 % (ohne Kürzung der ausstehenden Einlagen).

Die sonstigen Rückstellungen haben sich in 2008 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Ursächlich sind insbesondere Zunahmen bei der Rückstellung für Altersteilzeit und der Rückstellung für ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der Anstieg steht im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen und den hierfür erforderlichen Neuaufnahmen an zinspflichtigem Fremdkapital.

Die Bilanzsumme hat sich in 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2.286 T€ erhöht. Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2008 1.849 T€ (Vorjahr 1.995 T€). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2008 -6.635 T€ (Vorjahr -6.379 T€) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2008 4.157 T€ (Vorjahr 5.374 T€).

Im Zuge der kapazitiven Erweiterung der FFG haben sich die Material-, die Personal- und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie die Abschreibungen erhöht. Da die erwarteten Passagier- und Umsatzsteigerungen in 2008 nicht vollumfänglich eintraten, hat sich das operative Ergebnis vor Zinserträgen und -aufwendungen sowie Steuern (EBIT) gegenüber dem Vorjahr deutlich von 682 T€ auf -126 T€ verschlechtert. Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 997 T€ (Vorjahr 216 T€).

F. Risikomanagement

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die Geschäftsführung. Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG.

Im Geschäftsjahr 2008 haben sich keine Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko „Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror“ angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann.

G. Ausblick - Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Aufgrund des sich deutlich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeldes werden sich auch die geplanten Wachstumsraten für 2009 nicht realisieren lassen. Viele Airlines haben bereits reagiert und zum Jahresende Kapazitäten aus dem Markt genommen. Die Vorausbuchungen im Bereich Touristik liegen rd. 30 % unter denen des Vorjahres, davon ist auch der Süden der Bundesrepublik nicht ausgenommen. Trotz der vorübergehenden Verkehrseinbußen bleibt die Branche jedoch bei den Langzeitprognosen, die die deutschen Flughäfen wieder mit mittleren Zuwachsraten von 4-5 % jährlich veranschlagen.

Bisherige Schwächephasen haben immer gezeigt, dass nach ihrem Ende ausgeprägte Nachholeffekte mit einem überproportionalen Verkehrswachstum eintreten. Die derzeit schwache Nachfrage kann deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ausbauvorhaben der deutschen Verkehrsflughäfen weiterhin dringend bleiben. Dies gilt auch für den Flughafen Friedrichshafen. Die jetzt eingeleitete Investitionsphase erfährt durch die gesunkenen Zinssätze im Bereich der Finanzierungsaufwendungen eine Entspannung. Die Region hat als Wirtschaftsstandort noch nicht die notwendige Bekanntheit in der Branche, und deshalb gilt es hier für die Zukunft, die vorhandenen Potentiale zu schöpfen.

Bereits im Sommer hat die Geschäftsführung gemeinsam mit dem Aufsichtsrat einen Strategieprozess entwickelt mit dem Ziel, neue Absatzmärkte nachhaltig zu identifizieren, um die wirtschaftlichen und touristischen Vorteile der Region deutlicher zu machen. Erfolge daraus werden sich jedoch erst mittelfristig einstellen.

Das Planungsziel heißt eine Million Passagiere für den Flughafen Friedrichshafen zu entwickeln, um dann nachhaltig ausgeglichene Ergebnisse zu erwirtschaften. Durch die derzeitige

wirtschaftliche Krisensituation wird sich die Umsetzung dieses Zieles voraussichtlich in den Zeitraum 2015/2020 verschieben.

Friedrichshafen, 6. Februar 2009
Hans Weiss

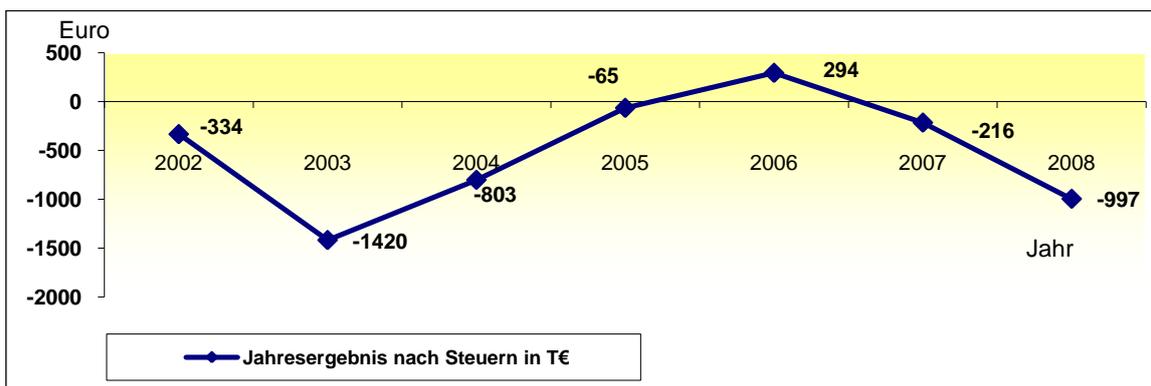
10. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2008	2007	2006	2005	Abweichung 2008 - 2007 in %
Start- u. Lande- bewegungen	44.705	47.242	42.595	44.647	-5,4
Fluggäste	649.646	655.689	657.749	596.089	-0,9

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T€



Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital davon eingefordert: 1.121.000 € (Vorjahr: 2.242.000 €)	1.121	2,7	2.242	5,7	3.363	9,3
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Software	248	0,6	314	0,8	329	0,9
2. Nutzungsrechte	7	0,0	7	0,0	7	0,0
3. Geleistete Anzahlungen	10	0,0	58	0,1	0	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.197	67,8	24.109	61,4	20.473	56,4
2. Technische Anlagen	265	0,6	465	1,2	678	1,9
3. Start- und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	1.537	3,7	1.847	4,7	2.129	5,9
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.901	9,4	3.859	9,8	3.791	10,4
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	2.571	6,2	2.228	5,7	2.310	6,4
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	19	0,0	19	0,0	0	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	0	0,0	0	0,0	21	0,1
Anlagevermögen	36.755	88,3	32.906	83,8	29.738	82,0
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	126	0,3	129	0,3	113	0,3
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1.212	2,9	1.043	2,7	1.214	3,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	69	0,2	72	0,0	0	0,0
3. Forderungen gegen Gesellschafter	171	0,4	354	0,9	374	1,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	566	1,4	365	0,9	357	1,0
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.409	3,4	2.038	5,2	1.048	2,9
Umlaufvermögen	3.553	8,6	4.001	10,2	3.106	8,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	140	0,4	134	0,4	85	0,2
Bilanzsumme	41.569	100	39.283	100	36.292	100

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272	51,2	21.272	54,2	15.222	41,9
II. Kapitalrücklage	278	0,7	277	0,7	90	0,2
III. Andere Gewinnrücklagen	245	0,6	246	0,6	246	0,7
IV. Verlustvortrag	-621	-1,5	-405	-1,0	-2.849	-7,9
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-997	-2,4	-216	-0,5	294	0,8
	20.177	48,5	21.174	53,9	13.003	35,8
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0,0	0	0,0	690	1,9
C. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen	188	0,5	176	0,4	165	0,5
2. Steuerrückstellungen	35	0,1	49	0,1	0	0,0
3. Sonstige Rückstellungen	837	2,0	577	1,5	685	1,9
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.718	45,0	15.553	39,6	19.433	53,5
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	731	1,8	738	1,9	928	2,6
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	208	0,5	199	0,5	427	1,2
4. Sonstige Verbindlichkeiten	233	0,6	211	0,5	247	0,7
-davon aus Steuern: 65,5						
-Vorjahr: 53,8						
-davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 13						
-Vorjahr: 13						
C. Rechnungsabgrenzungsposten	442	1,1	606	1,5	714	2,0
Bilanzsumme	41.569	100	39.283	100	36.292	100

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	10.149	73,4	10.128	71,9	10.454	77,7
abzüglich Mineralölsteuer			-361	-2,6	-350	-2,6
2. andere aktivierte Eigenleistungen	104	0,8	89	0,6	0	0,0
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.574	25,8	4.224	30,0	3.347	24,9
4. Gesamtleistung	13.827	100,0	14.080	100	13.451	100
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	848	6,1	775	5,5	781	5,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.853	13,4	1.547	11,0	1.363	10,1
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.319	31,2	4.053	28,8	4.217	31,4
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	873	6,3	846	6,0	889	6,6
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	2.848	20,6	3.222	22,9	2.358	17,5
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.212	23,2	2.955	21,0	2.719	20,2
	13.953	100,9	13.398	95,2	12.327	91,6
9. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-126	-0,9	682	4,8	1.124	8,4
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	0	0,0	0	0,0	1	0,0
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44	0,3	117	0,8	12	0,1
12. Aufw./Erträge aus Verlustübernahme						
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-848	-6,1	-864	-6,1	-824	-6,1
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-930	-6,7	-65	-0,5	313	2,3
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20	-0,1	-49	-0,3	0	0,0
16. Sonstige Steuern	-47	-0,3	-102	-0,7	-19	-0,1
17. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-997	-7,2	-216	- 1,5	294	2,2

Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Geschäftsstelle:	Schussenstr. 22, 88212 Ravensburg
	Tel.: 0751 / 3614141
	Fax: 0751 / 3614151
	E-Mail: info@bodo.de
	Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragungsdatum HR:	11. September 2003
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV in diesen Landkreisen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	€
Landkreis Bodenseekreis	25,00 %	8.000
Landkreis Ravensburg	25,00 %	8.000
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	25,31 %	8.100
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	10,31 %	3.300
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	5,00 %	1.600
Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH	5,00 %	1.600
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	<u>4,38 %</u>	<u>1.400</u>
	100,00 %	32.000

4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung:	Vertreter aller Gesellschafter
Aufsichtsrat:	
Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat	Landratsamt Bodenseekreis
Stv. Vorsitzender Kurt Widmaier, Landrat	Landratsamt Ravensburg
Peter Allgaier, Bürgermeister a.D.	Landratsamt Bodenseekreis
Manfred Foss, Dipl.-Verw.- Betriebswirt	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co.KG
Gerhard Haselhorst, Geschäftsführer	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
Ulrich Huther, Kaufmann	Landratsamt Bodenseekreis
Josef Köberle, Bürgermeister	Landratsamt Ravensburg
Silvio Matt, Niederlassungsleiter	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
Alfred Müllner	Stadtverkehr Friedrichshafen

Wolfgang Pfefferle, Bankkaufmann Andreas Pflingst Christoph Rädler, Postbeamter Tobias Eisele, Ministerialbeamter Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt Dr. Andreas Thiel-Böhm, Werkleiter Hermann Vogler, Oberbürgermeister Dr. Josef Zeiselmair	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH Landratsamt Ravensburg Land Baden-Württemberg Landratsamt Bodenseekreis rundumbus Ravensburg Weingarten GmbH Landratsamt Ravensburg Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH
Vergütung des Aufsichtsrates:	Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.560 € (Aufwandsentschädigung).
Geschäftsführung:	Jürgen Löffler

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes „bodo“ wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. „Bodo“ trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2008 neben dem Geschäftsführer vier Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft vier Mitarbeiter.

9. Lagebericht

Einnahme- und Fahrgastentwicklung

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden die Fahrpreise des Verbundtarifs durchschnittlich um 4,52 % angehoben. Aufgrund der Dieselpreisentwicklung im Jahr zuvor (2007) sowie des erneuten Anstiegs im Sommer des Berichtsjahres auf Rekordhöhe erwies sich die Höhe der Anpassung als notwendig. Die sog. „Zeitkartenstrategie“, in deren Rahmen die Zeitkartenpreise bislang einen Prozentpunkt unter der durchschnittlichen Tarifierhöhung lagen, wurde mit Inkrafttreten der geänderten Fahrpreise zum 01. Januar 2008 zugunsten einer gleichmäßigen Verteilung der Steigerung verlassen. Damit wird künftig eine überdurchschnittliche Anhebung der besonders auf kürzeren Relationen preissensiblen Einzelfahrscheine vermieden. Im Berichtsjahr konnte die Erhöhung des Zeitkartenanteils und die Gewinnung von Abonnement-Neukunden erfolgreich fortgeführt werden.

Im Verbundergebnis 1 (VE 1) verlief im Berichtsjahr die Einnahmeentwicklung aus Fahr-scheinverkäufen gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 1,64 Mio. € (8,4 %) sehr posi-

tiv. Die Beförderungsleistung im VE 1 stieg um 915.000 beförderte Fahrgäste (+ 3,8 %), was einer täglichen Zunahme von 2.507 Fahrgästen entspricht.

Die Entwicklung der Stadtverkehre mit eigener Tarifautonomie (Stadt- und Ortsverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg, Weingarten, Tettngang und Wangen) weist einen Einnahmeanstieg von 151.000 € (+ 3,5 %) und einen Fahrgastanstieg von 100.000 beförderten Fahrgästen (+ 1,4 %) auf. Diese Ergebnisse liegen deutlich unter den Verbundwerten, sind aber aufgrund der in Stadtverkehren dominierenden Kurzstreckenfahrten und der bestehenden Verkehrsmittelalternativen (Fahrrad, zu Fuß) erklärbar.

Das vorläufige Gesamtergebnis des Verbundes weist einen Einnahmезuwachs von 1,8 Mio. € (+ 7,5 %) und einen Fahrgastzuwachs von 1,02 Mio. beförderten Fahrgästen (+ 3,2 %) aus. Damit macht der Verkehrsverbund einen gewaltigen Sprung nach vorne und erreicht im fünften Verbundjahr den höchsten Einnahmезuwachs und den zweithöchsten Fahrgastzuwachs seit seinem Bestehen. Bemerkenswert ist diese Entwicklung vor allem, weil sie auf einem bereits hohen Niveau stattfindet und tendenziell eher mit abnehmenden Zuwachsraten gerechnet werden müsste. Als Ursachen werden die gute Beschäftigungslage, die weiterhin noch leicht steigenden Schülerzahlen, die Benzinpreisentwicklung in der Jahresmitte, der für Ausflüge günstige, weil nicht zu heiße Sommer und die weitere Verbesserung des Fahrtenangebots gesehen.

Im Vergleich zur deutschlandweiten ÖPNV-Entwicklung, die vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erfasst wird, liegen die Verbundwerte deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der einen Einnahmезuwachs von 4,3 % und eine Fahrgaststeigerung von 1,7 % aufweist (Werte enthalten nicht die Berliner Verkehrsbetriebe, da diese das deutschlandweite Ergebnis wegen der Auswirkungen der Arbeitskämpfe spürbar verzerren würden).

Die Auswirkungen des Arbeitskampfes bei der Deutschen Bahn im Jahr 2008 sind nicht messbar. Aufgrund der hohen Verfügbarkeit der Verkehrsmittel im Verbund - auch während der Streikzeiten - kann davon ausgegangen werden, dass das Verbundergebnis davon nicht negativ beeinflusst wurde. So bestanden auf der Südbahn für ausfallende DB-Züge jederzeit Ersatzfahrmöglichkeiten mit den nicht bestreikten Zügen der Bodensee-Oberschwaben-Bahn.

Umweltbilanz

Die im Berichtsjahr zusätzlich dazugewonnenen Fahrgäste sind klimarelevant. Durch die Wahl eines ÖPNV-Verkehrsmittels fallen spezifisch niedrigere CO₂-Emissionen an aufgrund des Systemvorteils ÖPNV. Unterlegt man für eine überschlägige Berechnung eine durchschnittliche PKW-Besetzung von 1,2 Personen sowie die durchschnittliche Reiseweite im Verbund von 12,2 km, ergibt sich bei 1 Mio. Fahrgästen ein CO₂-Entlastungspotential von ca. 1.400 to Kohlenstoffdioxid. Angesichts der bundesdeutschen Gesamtbelastung von ca. 1.000 Mio. to jährlich erscheint dies zwar kaum ins Gewicht fallend. Doch die Problematik, dass zur Erreichung der Klimaziele jährlich eine CO₂-Entlastung erzielt werden sollte, zeigt die Dimension und die Notwendigkeit, umweltschonende Verkehrsmittelalternativen zu schaffen.

Hinzu kommt, dass über 800.000 PKW-Fahrten im Straßennetz unterbleiben. Damit wird nicht nur ein Beitrag zur Entlastung der Straßeninfrastruktur geleistet, sondern auch zur Lärmreduzierung und zur Verkehrssicherheit.

Verbundabrechnung

Das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die Jahresabrechnung für das Vorberichtsjahr lag im Juni vor. Die sich daraus ergebenden endgültigen Jahresabrechnungen wurden unverzüglich versandt und die Salden mit den Verbundunternehmen

abgerechnet. Bei den Abrechnungen nach den Verträgen über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen sind im Berichtsjahr bis auf zwei Fälle alle Abrechnungen abgeschlossen.

Verbundübergreifende Zusammenarbeit

Im Rahmen der verbundübergreifenden Zusammenarbeit wurden die notwendigen Erhebungen und Untersuchungen im Berichtsjahr fortgeführt und zahlreiche Sitzungen mit den Nachbarverbänden Donau-Iller-Nahverkehrsverbund (DING) und Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund (naldo) abgehalten. Eine nicht abgestimmte Satzungsänderung des Landkreises Sigmaringen zu Jahresbeginn hat zu einer Verschärfung der Situation geführt, die aber durch ein Krisenmanagement aller Beteiligten überwunden werden konnte.

Auf der Basis des von den Verbänden bei der Fa. Planung, Transport und Verkehr AG, Karlsruhe, (PTV) in Auftrag gegebenen Gutachtens wurden bis zur Sommerpause in allen zehn beteiligten Landkreisen die erforderlichen Gremienbeschlüsse gefasst. Danach wurden in der zweiten Jahreshälfte die notwendigen Beschlüsse und Gremienentscheidungen in den drei beteiligten Verbundgesellschaften herbeigeführt und die tarifliche und vertriebliche Umsetzung vorangetrieben. Zum 1. Januar des Folgejahres wurden die tariflichen Übergangsregelungen zu den Nachbarverbänden mit dem gemeinsamen Tarifpunkt in Aulendorf (Kooperation DING-bodo) und mit der Erweiterung des bodo-Verbundtarifs bis Bad Saulgau, Ostrach und Pfullendorf (Kooperation naldo-bodo) nach über zweijähriger Vorbereitungszeit eingeführt. Damit konnte, vor allem im Pendlerbereich, die Verbundgrenze des bodo-Verbundes tariflich durchlässiger gemacht und die Forderung des Landes erfüllt werden.

Durch die ablehnende Haltung der DB Regio Bayern konnte auch im Berichtsjahr kein Durchbruch in den Bemühungen um eine verbundübergreifende Tarifkooperation mit dem Landkreis Lindau erzielt werden. Von Seiten des Landkreises Lindau findet das Vorhaben politische Unterstützung, so dass im Folgejahr nun auf politischer Ebene versucht wird, eine Bereitschaft mindestens für die Beteiligung der beteiligten Verkehrsunternehmen an einer Untersuchung zu erzielen.

Mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee und den beteiligten Schifffahrtsunternehmen wurde im Berichtsjahr in mehreren Gesprächen die Notwendigkeit einer tariflichen Übergangslösung besprochen und eine gemeinsame Vorgehensweise festgelegt. Die Beteiligung an einer Studie zur Untersuchung von Potentialen und möglichen Tarifregelungen wurde von den Linienschifffahrtsunternehmen bekräftigt. Auf dieser Grundlage hat die Verbundgesellschaft ein Anforderungsprofil als Basis für die noch zu beauftragende Studie entwickelt.

Verbundbedingte Investitionen

Das Haltestellenprojekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und abgerechnet. In den Monaten Januar und Februar des Berichtsjahres wurden Montagearbeiten, die witterungsbedingt in 2007 nicht mehr fortgeführt werden konnten, zu Ende gebracht. Nach einer Gesamtprojektdauer von zweieinhalb Jahren wurde das bisher größte Investitionsprojekt mit insgesamt 2.711 umgerüsteten Haltestellen mit der Umrüstung der letzten Haltestelle „Leutkirch Bahnhofsarkaden“ am 19. Februar 2008 abgeschlossen. In der Sitzung am 15. April legte die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat den Abschlussbericht vor, in dem gegenüber dem geplanten Investitionsrahmen (972.000 €) Minderausgaben von 17.400 € ausgewiesen wurden. Das verbundeinheitliche, ansprechend gestaltete und flächendeckende Haltestellensystem hat einen hohen Nutzeffekt und leistet einen Beitrag zu einem positiven Image des ÖPNV. Die verbesserten Informationsmöglichkeiten über Linien und Fahrzeiten bauen die Zugangshemmnisse zum ÖPNV ab. Die öffentliche Reaktion, auch die Beurteilung in Fachkreisen, fällt durchweg positiv aus. Somit hat die Investition in die Umrüstung der Omnibushaltestellen im bodo die gesteckten Ziele voll erfüllt.

Im ersten Quartal des Berichtsjahres erfolgte die Beschaffung und Implementierung des Dialoggesteuerten Informations- und Verkehrsmanagementsystems (DIVA) der Fa. Mentz Datenverarbeitung, München. Damit wurde ein wichtiger Grundstein gelegt, zuverlässige Fahrplan- und Haltestellendaten zu erzeugen, zu pflegen und dem landesweiten Auskunftssystem EFA zur Verfügung zu stellen. Nach der Installation der Hardware erfolgte die Software-Migration, die Abnahme und Inbetriebnahme des Systems und eine erste, grundlegende Dateninventur, in deren Zuge alle bestehenden Haltestellendaten komplett überarbeitet wurden. Dabei erwies sich, dass die im Zuge des Haltestellenprojekts erarbeitete Datenbasis, die Bereinigung von Standorten und die Vereinheitlichung von Bezeichnungen von hohem Nutzen waren. Besonders intensiv wurde die Zielsetzung verfolgt, bestehende elektronische Fahrplandaten von Verkehrsunternehmen in das System ohne manuelle Nachbearbeitung importieren zu können, was in intensiver Zusammenarbeit mit der Fa. Mentz DV gelang. Das hierbei entwickelte Datenimport-Verfahren ist mustergültig, weil es in dieser Weise noch bei keinem Verbund zur Anwendung kommt. Das gesamte Investitionsvolumen betrug 153.000 € und wurde nahezu komplett aus dem Programm „verbundbedingte Investitionen“ von Land und Landkreisen gefördert.

Zur ersten Orientierung über die Möglichkeiten des Elektronischen Fahrgeld Managements (EFM) unternahm die Geschäftsführung mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Technik eine Exkursion nach Schwäbisch Hall, wo der dortige Verkehrsverbund „Kreisverkehr Schwäbisch Hall“ interessante Einblicke in das Pilotprojekt KOLIBRI gewährte. Die Erkenntnisse werden in die weiteren Überlegungen hinsichtlich der Beschaffung von Verkaufs- und Vertriebskomponenten einfließen.

Marketingaktivitäten und Vertrieb

Im Berichtsjahr stieg die Nutzung des Internetportals des Verkehrsverbundes um 73.000 Zugriffe (+ 34 %) gegenüber dem Vorjahr. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Einbindung der elektronischen Fahrplanauskunft EFA in die erste Seite. Im Dezember wurde eine neue Online-Buchungsmöglichkeit für das Abo- und Jahreskartenangebot freigeschaltet.

Die Inanspruchnahme der landesweiten Fahrplanauskunft bezogen auf Anrufer aus dem Verbundgebiet verzeichnet im Berichtsjahr 500 Anrufe weniger als im Vorjahr (- 13,5 %), was auch dem landesweiten Trend entspricht. Eine eindeutige Bestimmung der Ursache kann nicht vorgenommen werden, möglicherweise wirken sich die verbesserten Serviceangebote im Internet sowie die Kostenpflichtigkeit der telefonischen Beratung zu Lasten dieser telefonischen Auskunft aus.

Am 7. September des Berichtsjahres hat der Verkehrsverbund zum zweiten Mal eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung unter der Bezeichnung „Erlebnistag“ durchgeführt. Neu war im Berichtsjahr gegenüber der ersten Veranstaltung im Vorjahr, dass ein zusätzliches Busangebot zwischen Meersburg und Isny im Zwei-Stunden-Takt geschaffen wurde, die sog. ErlebnisBusLinie. Deshalb wurde aus dem „Erlebniszug“ des Jahres 2007 der „Erlebnistag“ 2008. Eine weitere und sehr besondere Attraktion stellte die Einrichtung eines Zugangebots zwischen Aulendorf und Bad Wurzach auf der für den Personenverkehr schon seit Jahrzehnten stillgelegten Rossberger Bahn mit Triebwagen der Baureihe VT 650 dar. Veranstaltungszentrum war die Stadt Bad Wurzach, die mehrere Angebote einbrachte und eine eigene Broschüre herausgab. Als hochrangigen politischen Vertreter der Landesregierung konnte Bürgermeister Bürkle den Staatssekretär Rudolf Köberle begrüßen. Die Teilnehmerzahl fiel im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des regnerischen Frühherbstwetters deutlich niedriger aus. In der öffentlichen Berichterstattung vor und nach der Veranstaltung war das Ereignis jedoch häufig genannt, so dass der Erlebnistag auch im Jahr 2008 dazu beitragen konnte, das Bewusstsein auf den ÖPNV und seine attraktiven Angebote zu lenken. Im

Rahmen der Bemühungen um eine Belebung der Württemberg-Allgäubahn leistete diese Veranstaltung einen wichtigen Beitrag.

Im Oktober wurde in Kooperation mit der Oberschwabenhallen GmbH Ravensburg und der Brauerei Max Leibinger Ravensburg eine Messeaktion anlässlich der Oberschwabenschau durchgeführt. Alle Abonnement-Kunden im Verkehrsverbund erhielten einen Gutschein für ein kostenloses Getränk auf der Oberschwabenschau, verbunden mit einem Eintrittsrabatt. Diese Aktion wurde von über 500 Abonnenten wahrgenommen. Im gleichen Zuge wurde eine schriftliche Kundenzufriedenheitsbefragung durchgeführt mit einem Rücklauf von über 800 Fragebögen. Die Ergebnisse dieser Befragung liegen erst im Folgejahr vor.

Am 5. Dezember veranstaltete der Verbund eine Pressekampagne der ungewöhnlichen Art: bodo fuhr mit Vertretern von Landkreisen und Verkehrsunternehmen im bodo-Bus, der dankenswerterweise von der Fa. Omnibus Bühler GmbH & Co. KG Wilhelmsdorf zur Verfügung gestellt wurde, auf der „bodo road-tour“ durch die Gemeinden des Kooperationsraums Bad Saulgau, Ostrach, Pfullendorf, Wald, Herdwangen und Illmensee. An einem zentralen Punkt erfolgte die Begrüßung durch den jeweiligen Bürgermeister im Beisein von Presse und Bürgern. Durch diese rollende Informations-Kampagne gelang es, die Verbunderweiterung von bodo zielgenau lokal zu kommunizieren und die Unterstützung der Kommunen zu gewinnen. Dies zeigte auch die nachfolgende positive und ausführliche Berichterstattung in der Presse.

Am 18. Dezember wurde in einem gemeinsamen Pressegespräch im Schloss Aulendorf mit dem Bürgermeister der Stadt Aulendorf, Herrn Burth, und mit dem Geschäftsführer des DING-Verbundes, Herrn Mügge, die Öffentlichkeit über die Kooperation zwischen bodo und DING im Raum Bad Schussenried/Aulendorf informiert.

Mit zahlreichen weiteren Aktionen und Projekten, die teilweise personell von den bodo-Verkehrsunternehmen unterstützt wurden, arbeitete das Verbundmarketing beständig an den Zielen eines verbesserten Service und der Kundenneugewinnung. Die Marktdurchdringung der Marke bodo konnte weiter gesteigert werden.

Vertragswesen

Die Verlängerung des Verbundfördervertrags zwischen dem Land Baden-Württemberg, den Landkreisen und der Verbundgesellschaft tritt zum Jahresanfang des Berichtsjahres für drei Jahre in Kraft und ist bis zum 31.12.2010 befristet.

Ein bedeutender Vertrag wurde im Berichtsjahr zwischen der Verbundgesellschaft und dem Land Baden-Württemberg über die Pauschalierung der Ausgleichsansprüche nach § 45a Personenbeförderungsgesetz geschlossen und abgerechnet. Die Verbundgeschäftsstelle ist im Rahmen dieses Vertrags von den Verkehrsunternehmen beauftragt, die Abrechnung und die laufenden Angelegenheiten aus dem Vertrag zu übernehmen.

Im Herbst wurde auch der seit 2004 bestehende Vertrag über die Pauschalierung der Ausgleichsansprüche aus dem Angebot „Studi-Ticket“ auf die neue Zahlungsweise mit zwei Zahlungsterminen jährlich umgestellt.

Nach dem Ausstieg der Bodenseeschiffahrt aus dem Inklusivangebot Tageskarte Euregio Bodensee (TKEB) musste eine neue, marktfähige Lösung durch den TKEB-Koordinationsausschuss, in dem bodo vertreten ist, erarbeitet werden. Nach über einjähriger Vorbereitungszeit in diesem international besetzten Gremium hat der Aufsichtsrat in seiner Oktober-sitzung der Vereinbarung über die Neuzonierung der „Tageskarte Euregio Bodensee“ (TKEB) zugestimmt, so dass die TKEB-Vereinbarung rechtzeitig unterzeichnet und das neue TKEB-Angebot zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember eingeführt werden konnte. Wie sich

das Angebot am Markt durchsetzen lässt, wird sich erst nach einer Dauer von zwei bis drei Jahren zuverlässig sagen lassen.

Verkehrsplanung

Die 2007 erstmalig durchgeführte Fahrplananhörung wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Die über 100 eingereichten Vorschläge wurden an die zuständigen Verkehrsunternehmen weitergeleitet und konnten teilweise im Jahresfahrplan 2009 berücksichtigt werden. Die Einschätzung, dass die Fahrplananhörung als Instrument einer markt- und kundenorientierten Verkehrsplanung Potenziale birgt, bestätigt sich.

Im Berichtsjahr war die Verbundgeschäftsstelle an den Planungen der Stufe 2 des Verkehrsplanungsprojekts Allgäu Zug-Bus beteiligt. Für die in diesem Zusammenhang ab dem 13. September neu eingeführte Regionalbuslinie 7549 Bad Wurzach - Kißlegg - Waltershofen übernahm die Verbundgeschäftsstelle die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Erstellung der Info-Broschüre.

Im Berichtsjahr nahmen die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Arbeiten an den Nahverkehrsplänen der sog. zweiten Generation auf. Der Verbund nahm im Rahmen seiner verkehrsplanerischen Aufgaben an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Nahverkehrspläne teil und erbrachte Dienstleistungen im Auftrag der Landkreise. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Bestandserhebung umfangreiche Datenanalysen und -erhebungen über das Verkehrsangebot durchgeführt.

Geschäftsstellenangelegenheiten

Durch eine personelle Umorganisation innerhalb der Technischen Werke Schussental im Herbst des Vorjahres stand zu Beginn des Berichtsjahres die Sekretariats-Dienstleistung, die der Verbund bisher im Umfang einer halben Stelle bei der TWS beauftragte, nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig musste wegen der Einführung des Verkehrsmanagementsystems DIVA der Personalbestand um eine halbe Stelle aufgestockt werden. Der Marketing-sachbearbeiter gab zum 1. Januar Marketingaufgaben im Umfang einer halben Stelle ab und erhielt im selben Umfang die neuen Aufgaben aus DIVA. Zum 1.1. des Berichtsjahres wurde Frau Susanne Rist als Vollzeitkraft eingestellt, die Marketing- und Sekretariatsaufgaben je zur Hälfte wahrnimmt.

Durch die berufliche Veränderung von Herrn Carsten Lohrie, dem der Bereich Verbundabrechnung seit Bestehen des Verbundes oblag, musste diese Stelle nachbesetzt werden. Als Nachfolger wurde Herr Volker Frey zum 1. Januar des Berichtsjahres eingestellt. Nach einem einmonatigen Übergabezeitraum schied Herr Lohrie zum 31. Januar aus.

Fazit

Im Berichtsjahr konnte die positive Umsatz- und Fahrgastentwicklung der Vorjahre fortgeführt werden. Die zur Jahresmitte drastisch gestiegenen Energiekosten zeigten gegensätzliche Wirkung: Auf der einen Seite eine explosive Kostensteigerung bei den Produktionskosten des Fahrbetriebs, auf der anderen Seite eine positive Umsatz- und Fahrgastentwicklung in einem nicht erwarteten Ausmaß. Während auf der Kosten- und Einnahmeseite diese nicht vorhersehbaren Schwankungen verkraftet werden mussten, konnte bei den für die Unternehmen wichtigen § 45a-Ausgleichsleistungen durch die Pauschalierung die wichtige Planungs- und Rechtssicherheit erzielt werden. Dem Verbund gelang es, im fünften Jahr seines Bestehens seine Stellung am ÖPNV-Markt auszubauen und trotz aller Belastungen erfolgreich zu bestehen. Dabei hat er sich als unverzichtbare Einrichtung im ÖPNV bewiesen. Der Verbund geht gestärkt in die Zukunft.

Ausblick

Innerhalb der Verbundkonzeption 2011, die im Berichtsjahr erarbeitet wurde, verfolgt der Verbund das Ziel, den ÖPNV weiter zu verbessern. Die Bereiche Tarif, Vertrieb, Infrastruktur und Angebotsplanung waren und bleiben Schwerpunkte der Verbundentwicklung. Steigende Bedeutung wird insbesondere das Elektronische Fahrgeld Management gewinnen; im Zuge der bundes- und landesweiten Programme werden technische und finanzielle Impulse erwartet. Im Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund geht es zukünftig auch darum, seine Aufgabe innerhalb eines internationalen Verkehrsraumes zu definieren und für die Verkehrsbeziehungen in die angrenzenden Verkehrsräume tarifliche Lösungen zu entwickeln.

Von den Nahverkehrsplänen in den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg werden wichtige Aussagen hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben erwartet. Es wird von der in den Nahverkehrsplänen verfolgten Zielsetzung abhängen, welchen Stellenwert der ÖPNV in der Region zukünftig haben wird.

Die Regelungen über Marktzugang, Finanzierung und Fahrgastrechte, die Gegenstand der ab Dezember 2009 in Kraft tretenden EU-Verordnungen 1370 und 1371 sind, werden weiterhin für Diskussionen und Prüfungsbedarf sorgen. Insbesondere sind die Verbundverträge, hier wiederum speziell die Rechts- und Finanzbeziehungen zwischen den Aufgabenträgern und den Verkehrsunternehmen, auf die Konformität zum EU-Recht hin zu prüfen und zu gestalten.

Die Auswirkungen des zukünftigen einheitlichen europäischen Rechtsrahmens auf Verkehrsunternehmen, Aufgabenträger und Verbundgesellschaft können noch nicht abgesehen werden. Wettbewerbliche Elemente, z.B. in Form von Genehmigungs- und Ausschreibungswettbewerb, werden im gesamten ÖPNV-Markt zukünftig an Bedeutung gewinnen. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind kaum planbar, können aber u.a. aufgrund der Exportabhängigkeit der heimischen Industrie auch den Bereich des Verkehrsverbundes erfassen. Die Kostensteigerung aufgrund der Zunahme der Inflationsrate und die Schwankungen der Energiepreise sind große Unbekannte für Verbund und Unternehmen. Bei sich verschlechternder Beschäftigungslage muss mittelfristig mit rückläufigen Fahrscheinverkäufen gerade im Marktsegment Berufsverkehr gerechnet werden, andererseits können sich aber auch Positiveffekte durch den verstärkten Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV einstellen.

Der Erhalt einer wirtschaftlich tragfähigen Existenzgrundlage für die Unternehmen und die Sicherung einer unverzichtbaren qualitätsvollen öffentlichen Mobilität werden im Fokus der Weiterentwicklung stehen. Der Verbund hat die notwendigen Weichen gestellt und kann die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch als Chance und Herausforderung annehmen.

Ravensburg, 23. Februar 2009
Jürgen Löffler
Geschäftsführer

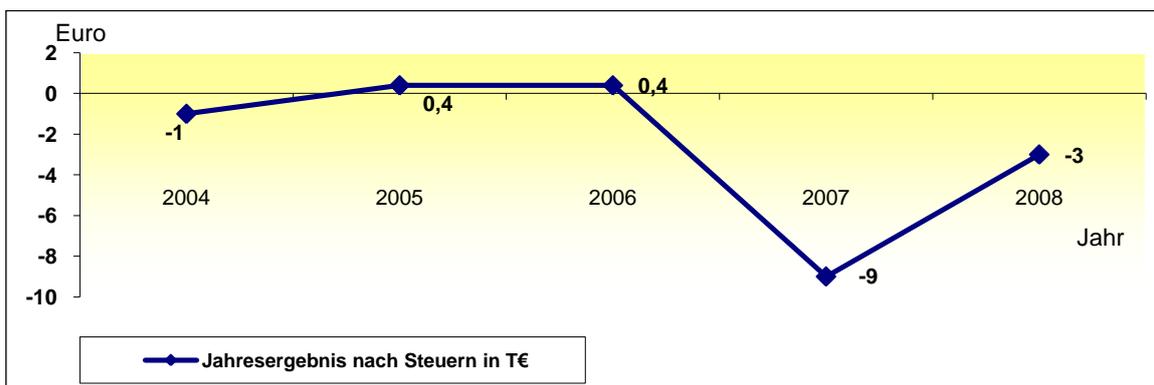
10. Abschlussprüfer

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2008	2007	2006	Abweichung 2008 - 2007 in %
Verbundeinnahmen (endgültige testierte Werte)	26.020.000	24.211.000	22.944.000	+7,5
Fahrgastzahlen	33.000.000	31.900.000	31.662.000	+3,4

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T€



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,8	14	2,2	18	1,7
II. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	25	3,0	19	3,0	19	1,8
Anlagevermögen	32	3,8	33	5,3	37	3,4
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte Waren	8	1,0	27	4,3	43	4,0
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1	0,1	15	2,4	12	1,1
2. Forderung gegen Gesellschafter	66	7,9	1	0,2	25	2,3
3. Sonstige Vermögensgegenstände	14	1,7	24	3,8	13	1,2
II. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	716	85,5	528	84,1	948	87,9
Umlaufvermögen	805	96,2	595	94,7	1.041	96,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bilanzsumme	837	100	628	100	1.078	100

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	32	3,8	32	5,1	32	3,0
II. Rücklagen						
Gewinnrücklagen	5	0,6	14	2,2	14	1,3
III. Jahresfehlbetrag	-3	-0,4	-9	-1,4	0	0,0
	34	4,1	37	5,9	46	4,3
B. Rückstellungen						
1. Sonstige Rückstellungen	23	2,7	27	4,3	50	4,6
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0,0	6	1,0	8	0,7
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	174	20,8	100	15,9	137	12,7
3. Sonstige Verbindlichkeiten	606	72,4	458	72,9	837	77,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bilanzsumme	837	100	628	100	1.078	100

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	6	1,9	23	7,8	9	3,2
2. Sonstige betriebliche Erträge	317	98,1	270	92,2	275	96,8
Gesamtleistung	323	100,0	293	100	284	100
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	56	17,3	46	15,7	50	17,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	50	15,5	46	15,7	41	14,4
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	285	88,2	228	77,8	198	69,7
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	42	13,0	32	10,9	26	9,2
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	25	7,7	17	5,8	23	8,1
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	280	86,7	265	90,4	226	79,6
	738	228,5	634	216,4	564	198,6
Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-415	-128,5	-341	-116,4	-280	-98,6
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0,6	1	0,3	1	0,4
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	0	0,0	1	0,4
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-413	-127,9	-340	-116,0	-278	-97,9
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,0	0	0,0	0	0,0
11. Erträge aus Verlustübernahme	410	126,9	331	113,0	278	97,9
12. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-3	-0,9	-9	-3,1	0	0,0

BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Geschäftsstelle:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragungsdatum HR:	4. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf folgende Kommanditisten:

	Anteil	€
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	27,5 %	351.560
Stadt Ravensburg	25,0 %	319.600
Landkreis Bodenseekreis	20,0 %	255.680
Landkreis Ravensburg	17,5 %	223.720
Gemeinde Meckenbeuren	10,0 %	127.840

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, vertreten. Prokuren sind nicht eingeräumt.

Beirat: Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB VerwaltungsGmbH installiert.

Gesellschafterversammlung: Vertreter aller Gesellschafter
Vorsitzender Roland Weiß, Bürgermeister (bis 31.12.2007)
Vorsitzender Herrmann Vogler, OB (seit 01.01.2008)

stellv. Vorsitzender Herrmann Vogler, OB (bis 31.12.2007)
stellv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat (seit 01.01.2008)

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Beteiligung an der Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg mit 5 %.

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB KG zur Regelung des Ausgleichs der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2004 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden; erstmals zum 31. Dezember 2006.

Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB KG zur Regelung der Beschaffung, Finanzierung und Instandhaltung von für den Verbund notwendigen Geräten und Ausrüstungen.

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags sind die Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutzuschreiben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, einen Teil des Gewinns den Rücklagenkonten gutzuschreiben. In seiner Sitzung vom 23. September 2008 hat der Beirat der BOB Verwaltung GmbH einen Beschluss gefasst, wonach der Gesellschafterversammlung der BOB KG empfohlen wird, den Jahresüberschuss des laufenden Geschäftsjahres 2007/2008 in Höhe von 30 % an die Gesellschafter auszuschütten. Der verbleibende Betrag soll den Gesellschafterkonten der Kommanditisten gutgeschrieben werden. Da die Ausschüttung und die Rücklageneinstellung des Jahresüberschusses 2007/2008 von der Gesellschafterversammlung noch nicht formal beschlossen worden ist, kann noch kein Nachweis unter den Darlehenskonten bzw. den Rücklagen erfolgen. Der Jahresüberschuss wird daher gesondert ausgewiesen.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2007/2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren keine weiteren Mitarbeiter beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

9. Lagebericht

Auch das Geschäftsjahr 2007/2008 verlief für die Gesellschaft sehr erfolgreich. Neben einer pünktlichen und zuverlässigen Betriebsdurchführung kann sich auch das Unternehmenser-

gebnis durchaus sehen lassen. Im fünften Geschäftsjahr in Folge wurde erneut ein Gewinn in einer sechsstelligen Größenordnung erzielt.

Die Betriebsführungen der einzelnen Dienstleister werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DBZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich.

Da die Fahrten der Gesellschaft auf den Gleisen der Deutschen Bahn AG durchgeführt werden, bestehen ein Infrastrukturnutzungsvertrag für die Trasse mit der DB Netz AG und ein Stationsnutzungsvertrag für die Inanspruchnahme der Bahnhöfe und Haltepunkte mit der DB Station & Service AG. Die Zahlungen an die beiden Aktiengesellschaften der Deutschen Bahn für diese Infrastruktureinrichtungen stellen die dominanten Aufwandsgrößen für die Gesellschaft dar. Gemessen am gesamten Materialaufwand beläuft sich der Anteil dieser von der Gesellschaft nicht beeinflussbaren Kostenblöcke auf nunmehr 49 %. Da in den zurückliegenden Jahren bei den Stationspreisen exorbitante Steigerungsraten zu verzeichnen waren, kürzt die Gesellschaft ihre Zahlungen an diese DB-Aktiengesellschaft seit Januar 2007. Die DB hat zwischenzeitlich eine entsprechende Klage gegen die Gesellschaft eingereicht.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2007/2008 (09.12.2007 - 13.12.2008) im Grundsatz unverändert beibehalten. Dennoch hat sich das Fahrleistungsvolumen im Geschäftsjahr auf rd. 533.500 km (+ 0,8 %) erhöht. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr basiert auf dem Umstand, dass im Geschäftsjahr 2007/2008 eine geringere Zahl an Schienenersatzverkehren durchgeführt wurden und zum Landesturnfest im Juli 2008 zusätzliche Verkehre angeboten wurden.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Dadurch konnte die Pünktlichkeitsquote im Jahr 2008 deutlich auf 98,5 % (Vorjahr 97,2 %) gesteigert werden; im bundesweiten Vergleich ein hervorragender Wert.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund „bodo“, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 01.01.2004 gestartet ist. Die verbundweite Fahrgastentwicklung stellt sich sehr positiv dar. Im Jahr 2007 betrug die Steigerung des Fahrgastaufkommens gegenüber dem Vorjahr 1,8 %, im Jahr 2008 lagen die Fahrgastzahlen um etwa 3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Zur positiven Verbundentwicklung hat auch die Inanspruchnahme der Bodensee-Oberschwaben-Bahn maßgeblich beigetragen. Trotz der deutlichen Steigerungsraten in den Vorjahren zwischen 4 und 8 %, setzt sich der Zuwachs bei den Fahrgastzahlen auch im Jahr 2008 fort. Mit über 4.600 Fahrgästen im September 2008 wurde ein neuer Fahrgastrekord erzielt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2007/2008 auf rd. 0,82 Mio. € (Vorjahr 1,76 Mio. €). Trotz leicht gestiegener Umsatzerlöse verringerten sich in diesem Geschäftsjahr die sonstigen betrieblichen Erträge um rd. 0,7 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich aufgrund der Steigerungen im Treibstoffbezug um rd. 0,17 Mio. €, zusätzlich stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um rd. 0,13 Mio. € aufgrund höherer Entgelte für die technische Betriebsführung sowie höheren Trassen- und Stationsentgelten. Der Aufwand aus Abschreibung sinkt um rd. 0,06 Mio. € auf fast 0,46 Mio. €.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2007/2008 beläuft sich auf 0,7 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf einmalige periodenfremde Erträge aus der Vermietung und dem Verkauf der älteren Treibwagen zurückzuführen. Die periodenfremden Erträge dieses Geschäftsjahres in Höhe von 0,1 Mio. € bestehen im Wesentlichen aus bodo-Abrechnungen der Vorjahre.

Die Vermögens- und Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr 2007/2008 weiter verbessert. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30.09.2008 in Höhe von rd. 2,5 Mio. € dokumentiert wird. Unter Einrechnung des Jahresüberschusses 2007/2008, der zum Teil in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von rd. 52 % (30.09.2007: 44 %). Neben der planmäßigen Darlehenstilgung von 0,3 Mio. € wurden auch in diesem Geschäftsjahr weitere 0,25 Mio. € als Sondertilgung geleistet.

Für das Geschäftsjahr 2008/2009 wird mit einer deutlich verhalteneren Entwicklung gerechnet. Höheren Fahrgeldeinnahmen aufgrund der zum 01.01.2009 geplanten bodo-Tarifierhöhung stehen deutliche Steigerungen auf der Aufwandsseite gegenüber. Insbesondere die DB-Infrastrukturpreise (Trassen- und Stationspreise) stellen ein latentes Risiko dar; die nächste Trassenpreiserhöhung um 3,2 % trat zum Fahrplanwechsel am 14.12.2008 in Kraft. Des Weiteren ist in diesem Geschäftsjahr der Ersatz der gesellschaftseigenen Fahrausweisautomaten geplant; diese Investition wird mit Eigenmitteln der Gesellschaft finanziert. Unter diesen Rahmenbedingungen wird auch im Geschäftsjahr 2008/2009 mit einem Gewinn in einer sechsstelligen Größenordnung gerechnet.

In den sich daran anschließenden Jahren ab 2009/2010 wird sich das Unternehmensergebnis voraussichtlich deutlich verschlechtern, da weiter steigende Infrastrukturpreise (Trassen- und Stationspreise) sowie steigende Treibstoffkosten erwartet werden. In der im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2008/2009 erstellten mittelfristigen Erfolgsplanung wird für die Jahre 2009/2010 bis 2011/2012 ebenfalls noch mit positiven Unternehmensergebnissen gerechnet. Ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 muss unter den heutigen Rahmenbedingungen mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet werden. Da insbesondere die Infrastrukturkosten der DB die Ergebnisse massiv beeinflussen, bemüht sich die Gesellschaft dieses Risiko durch eine Anpassung des Verkehrsvertrages mit dem Land Baden-Württemberg zu minimieren. Hier zeichnet sich zumindest mittelfristig eine Lösung ab.

Friedrichshafen, 1. Dezember 2008
Manfred Foss
Geschäftsführer

10. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Geschäftsstelle:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen
	Tel.: 07541 / 505-0
	Fax: 07541 / 505-221
	E-Mail: info@bob-fn.de
	Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragungsdatum HR:	7. Januar 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	€
1. Technische Werke Friedrichshafen GmbH	27,5 %	8.250
2. Stadt Ravensburg	25,0 %	7.500
3. Landkreis Bodenseekreis	20,0 %	6.000
4. Landkreis Ravensburg	17,5 %	5.250
5. Gemeinde Meckenbeuren	10,0 %	3.000

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt
Beirat:	Roland Weiß, BGM, Vorsitzender (bis 31.12.2007) Herrmann Vogler, OB, Vorsitzender (seit 01.01.2008) Herrmann Vogler, OB, stellv. Vorsitzender (bis 31.12.2007) Lothar Wöfle, Landrat, stellv. Vorsitzender (seit 01.01.2008) Josef Büchelmeier, OB Kurt Widmaier, Landrat Wilfried Franke, Dipl.-Geograph Gerd Hägele, Regierungsdirektor

Peter Hauswald, Bürgermeister
Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister
Dr. Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer
Alfred Müllner, Geschäftsführer

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung. Auch der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung; die Personalaufwendungen der KG betreffen dagegen ausschließlich den Geschäftsführer.

5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen und keine wichtigen Verträge.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2007/2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

9. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der KG entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

10. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Geschäftsstelle Friedrichshafen:	Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragungsdatum Handelsregister:	8. Dezember 2006
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt.

	Anteil	€
Kommunen		
Gemeinde Bermatingen	1,1	1.050
Gemeinde Daisendorf	0,4	400
Gemeinde Deggenhausertal	1,2	1.150
Gemeinde Eriskirch	1,2	1.200
Gemeinde Frickingen	0,8	750
Stadt Friedrichshafen	21,5	20.650
Gemeinde Hagnau	0,4	400
Gemeinde Heiligenberg	0,9	900
Gemeinde Herdwangen-Schönach	0,9	900
Gemeinde Immenstaad	2,6	2.500
Gemeinde Kressbronn	2,6	2.500
Gemeinde Langenargen	2,3	2.200
Stadt Markdorf	4,1	3.950
Gemeinde Meckenbeuren	4,2	4.000
Stadt Meersburg	1,8	1.700
Gemeinde Neukirch	0,8	800

Gemeinde Oberteuringen	1,2	1.150
Gemeinde Owingen	1,2	1.150
Gemeinde Salem	3,4	3.250
Gemeinde Stetten	0,3	250
Stadt Tettngang	6,1	5.850
Stadt Überlingen	7,4	7.150
Gemeinde Uhdlingen-Mühlhofen	2,2	2.100
Landkreis Bodenseekreis	<u>9,3</u>	<u>8.900</u>
77,974.850
Mittelstand		
Georg Fischer AG	1,5	1.450
Messe Friedrichshafen GmbH	<u>0,8</u>	<u>750</u>
2,32.200
Industrie		
Dornier GmbH	4,6	4.400
Tognum AG	1,5	1.450
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1,5	1.450
ZEPPELIN GmbH	6,1	5.850
ZF Friedrichshafen AG	<u>6,1</u>	<u>5.850</u>
19,819.000
Summe	<u>100,0</u>	<u>96.050</u>

4. Organe des Unternehmens (Stand 31.12.2008)

Geschäftsführung	Benedikt Otte
Aufsichtsrat	Josef Büchelmeier, OB, Vorsitzender Volkmar Weber, OB, stellv. Vorsitzender
Mitglieder	Karl-Heinz Beck, Bürgermeister Bernd Gerber, Bürgermeister Edwin Weiß, Bürgermeister Bruno Walter, Bürgermeister Manfred Härle, Bürgermeister Edgar Lamm, Bürgermeister Dieter Hornung, Erster Bürgermeister (bis 30.06.2008) Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister (seit 01.07.2008) Lothar Wölfle, Landrat Uwe Berner, Vorstandsmitglied ZF Friedrichshafen AG Hans-Peter Kaltenbach, Geschäftsführer der Luftschiffbau Zeppelin GmbH Edmund Dengler, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Friedrichshafen eG Edgar Klotz, Vorstandsmitglied der Sparkasse Bodensee
Gesellschaftsversammlung	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die

inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung: Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ Mittelstandsberatung: Durchführung von einzelbetrieblichen Informationen und Initiierung von größeren Verbundprojekten mit ortsansässigen Unternehmen
- ⇒ Kommunalberatung: Beratung der Standortkommunen und deren Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u.a. Wirtschafts- und Gewerbeflächenentwicklung)
- ⇒ Regionales und überregionales Standortmarketing

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € mit einem Anteil von 29 % (d.h. 7.250 €) beteiligt.

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

a) Finanzbeziehungen

Der Zuschussanteil des Landkreises am Budget der WFB betrug im Jahr 2008 insgesamt 48.858 €.

b) Wesentliche Verträge

Verschmelzungsvertrag

Mit Verschmelzungsvertrag vom 2. August 2006 (Ur-Nr. 852/2006 des Notars Klaus Bermetz, Friedrichshafen) wurde beschlossen, die WFG FN und die WFG West rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die neu zu gründende WFB zu verschmelzen. Die WFG FN und die WFG West übertrugen dabei ihr Vermögen unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Verschmelzung durch Neugründung auf die dadurch gegründete WFB.

Auf den außerordentlichen Gesellschafterversammlungen der WFG FN und der WFG West, die jeweils am 2. August 2006 stattfanden, wurde dieser Verschmelzung zugestimmt (UR-Nr. 853/2006 des Notars Klaus Bermetz, Friedrichshafen).

Konsortialverträge

Mit vier Kreditinstituten wurden noch im Jahr 2006 Konsortialvereinbarungen getroffen. Diesen zufolge beteiligen sich die Kreditinstitute ab dem Jahr 2007 mit insgesamt 79 T€ p.a. an der Finanzierung der WFB. Diese Zuschüsse dürfen ausschließlich für die Erfüllung des Gesellschaftszwecks verwendet werden. Alle Konsortialvereinbarungen sind befristet bis zum Ende des 5. vollen Geschäftsjahrs der WFB. Sie sind danach mit einer Frist von einem halben Jahr zum Geschäftsjahresende kündbar.

Mietverträge

Zwischen der ZVG und WFG FN wurde mit Datum vom 5. August 2002/12. August 2002 ein Mietvertrag abgeschlossen. Danach vermietet die ZVG Räumlichkeiten im 3. Obergeschoss des Bürogebäudes (Hugo-Eckener-Haus) in Friedrichshafen, Leutholdstraße 30, an die WFG FN. Der Mietvertrag besteht nach der Verschmelzung unverändert fort.

Zwischen den Eheleuten Christa und Elmar Seiberle und der WFB wurde mit Datum vom 28. November 2006 ein Mietvertrag über Büroräume in Überlingen geschlossen. Der Mietvertrag beginnt ab dem 1. Januar 2007 und endet am 31. Dezember 2011. Nach Ablauf der vertraglichen Laufzeit verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr, sofern er nicht 12 Monate vor Ablauf des Vertrages durch eine der Parteien gekündigt wird.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr durchschnittlich sechs weitere Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

9. Lagebericht

A. Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- Gründerberatung
- Unternehmensservice
- Kommunal- und Kreisbetreuung
- Karriereservice
- Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie sieben Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand.

Personell ist die WFB seit Mitte des Jahres vollständig. In der Summe sind acht Personen beschäftigt (= 7,2 Stellen).

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit wurden die Antrittsbesuche bei einer Vielzahl von Institutionen, Unternehmen, Gremien, Vereinen, Auftragnehmern und Kooperationspartnern fortgesetzt sowie in mehreren Fällen Wiederholungsbesuche absolviert. Dadurch konnte der Neuaufbau und die Festigung des Beziehungsnetzwerkes der WFB weiter vorangetrieben werden. Zudem wurde ein regelmäßiger Kontakt zu den Gesellschaftern und Konsortialpartnern gepflegt.

Im März wurde der neue Werbeauftritt der WFB fertig gestellt. Dieser ist kampagnenfähig und zielgruppenspezifisch. Mehr als 13.000 Besuche auf der Homepage in der Zeit von Juni 2008 bis März 2009 bestätigen dies eindrucksvoll.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden insgesamt 73 Gründungsberatungen sowie eine Vielzahl von Unternehmensgesprächen durch die WFB GmbH durchgeführt.

Weitere erfolgreiche Projekte im Rahmen des Standortmarketings und Unternehmensservice waren unter anderem das „Business Breakfast Bodensee“, das „Forum Fit für die Selbstständigkeit“, der „Blick hinter die Kulissen“, die „Internationale Speisekarte“ und die Internetplattform „Karriere im Süden“.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2008 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch die Satzung vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.

Wesentliche Investitionen im Geschäftsjahr 2008 waren die Anschaffung einer EDV-Anlage, der Web-Auftritt des Unternehmens und die Anschaffung der Software KWIS.net. Bei dieser Software handelt es sich um das Kommunale Wirtschafts-Informations-System, ein weit verbreitetes Informations-, Datenbank- und Präsentationssystem für kommunale Wirtschaftsförderer.

B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050,00 € ist voll eingezahlt.

Der leichte Anstieg der Bilanzsumme um 11 T€ im Vergleich zum Vorjahr resultiert zum einen aus der Aktivierung des neuen Webauftritts der WFB, der Anschaffung der Datenbank KWIS.net und der Anschaffung einer EDV-Anlage mit einem Gesamtvolumen von 32 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zum anderen verringern sich im Vergleich zum Vorjahr um 74 T€, resultierend aus Steuerrückzahlungen der Vorjahre. Die liquiden Mittel nahmen um 56 T€ zu.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um 6 T€ und die Rückstellungen um 5 T€.

Die Liquidität ersten Grades beträgt 134,2 % (Vorjahr 102,8 %), die Liquidität zweiten Grades 136,0 % (Vorjahr 102,8 %).

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel.

Ziel des Finanzmanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

2. Ertragslage

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0,00 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse in Höhe von 7 T€ (Vorjahr 38 T€) neutralisiert, die als Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt 31 T€, weil ein Projekt im Jahr 2007 ausgelaufen ist und im Geschäftsjahr 2008 weniger Messebesuche durchgeführt wurden.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner sowie die Erträge aus Drittmitteln werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2008 konnten Zuschüsse für das Projekt „Creative Industries Bodensee“ in Höhe von 8,2 T€ vereinbart werden, welche ebenfalls bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

Die im Vergleich zum Vorjahr höhere Mitarbeiterzahl zeigt sich in den Personalaufwendungen, die auf 381 T€ (Vorjahr 281 T€) gestiegen sind.

In den im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 T€ erhöhten Abschreibungen spiegeln sich die Aktivierung der neuen Homepage, die Anschaffung der Datenbank KWIS.net und die Anschaffung der neuen EDV-Anlage wieder.

Durch die verstärkte Geschäftstätigkeit der WFB erhöhten sich die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten um 21 T€ gegenüber dem Vorjahr. Erhöhte Reparatur- und Instandhaltungskosten stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Anschaffung der neuen EDV-Anlage. Die gestiegenen Kosten konnten durch Einsparungen in anderen Kostenbereichen (Fremdarbeiten) sowie durch den Wegfall von Einmaleffekten (Personalbeschaffungskosten, Ausgliederung Touristik) überkompensiert werden. Außerdem sanken die Messekosten um 44 T€, da die Messe Intertech nicht besucht wurde und der Kongress Euregia nicht stattfand. Die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um signifikante 117 T€ gesunken.

Das Finanzergebnis beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z.B. Beratungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

C. Voraussichtliche Entwicklung

Die Jahre 2009 und 2010 werden aus Sicht der WFB von den Ereignissen der Wirtschaftskrise geprägt sein. Diese beeinflussen selbstverständlich auch das Leistungsspektrum der WFB, das im Rahmen der Möglichkeiten den Unternehmensbedürfnissen angepasst wurde. Dennoch werden durch die Wirtschaftskrise aufgrund der Struktur der WFB kurzfristig keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft erwartet.

Die Anstrengungen der WFB richten sich im Jahr 2009 unter anderem darauf, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen, damit es zu möglichst geringen krisenbedingten Belastungen kommt. Die Maßnahmen werden soweit möglich kostenneutral durchgeführt.

Das Ziel, die WFB zu einem überregional anerkannten Ansprechpartner für wirtschaftliche Belange im Bodenseekreis zu entwickeln, um auch so die ihr zugewiesenen Aufgaben vollumfänglich abzudecken, wird weiterhin forciert.

Im Herbst 2009 startet die „Internationale Schule“ in Friedrichshafen. Der Bodenseekreis wird um einen wertvollen Baustein reicher. Das Projekt wurde federführend von der WFB begleitet und kann nun mit der Eröffnung zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Den großen Industriebetrieben der Region steht damit ein weiteres Hilfsmittel für die Akquisition internationaler Fachkräfte zur Verfügung.

Die vielfältigen Veranstaltungen der WFB werden weiterhin professionell beworben, um die Zielgruppe der klein- und mittelständischen Unternehmen besser zu erreichen und damit den Teilnehmerkreis weiter zu vergrößern. Bei allen Veranstaltungen ist auch bisher schon eine zunehmende Anzahl von Teilnehmern zu verzeichnen.

Durch die Genehmigung des Interreg-Projektes „Expo-Real“ und dem damit verbundenen Relaunch der Gewerbeimmobilienbörse werden sich die sonstigen betrieblichen Erträge in den kommenden zwei Jahren insgesamt um ca. 21 T€ erhöhen. Insgesamt wird bei moderat steigenden Kosten mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Größere Investitionen im Jahr 2009 stehen aus heutiger Sicht mit Ausnahme der Neugestaltung des Werbeauftritts der Gewerbeimmobilienbörse nicht an. Aufgrund der Förderung

durch das Interreg IV-Programm wird es voraussichtlich jedoch zu keiner nennenswerten Liquiditätsbelastung kommen.

Aus heutiger Sicht sind keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten. Als ebenfalls stabil wird die institutionelle Situation beurteilt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Friedrichshafen, 31. Mai 2009
Benedikt Otte
Geschäftsführer

10. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

Internationale Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Internationale Bodensee Tourismus GmbH
Geschäftsstelle Friedrichshafen:	Hafenstraße 6, 78462 Konstanz
	Tel.: 07531 / 9094-90
	Fax: 07531 / 9094-94
	E-Mail: info@bodensee.de
	Homepage: www.bodensee.eu
Gründungsdatum:	1. Januar 1998
Eintragungsdatum Handelsregister:	17. Februar 1998
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	20. Dezember 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 431.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Anteil	€
Landkreis Bodenseekreis	32,87 %	141.500
Landkreis Konstanz	23,01 %	99.000
Vorarlberg Tourismus GmbH	9,86 %	42.500
Internationaler Bodensee Verkehrsverein e.V.	8,22 %	35.500
Oberschwaben Tourismus GmbH	8,22 %	35.500
Landkreis Lindau	6,66 %	28.500
Thurgau Tourismus	4,27 %	18.500
St. Gallen-Bodensee Tourismus	3,94 %	17.000
Fürstentum Lichtenstein	1,64 %	7.000
Schaffhausen Tourismus	1,31 %	6.000
Gesamt	100,00 %	431.000

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Daniela Pahl-Humbert
Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat:

Ulrich Müller	Minister a.D., Vorsitzender
Mag. Christian Schützinger	Direktor, Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Christoph Tobler	Präsident, Stellvertretender Vorsitzender

Peter Brecht	Kreisverwaltungsrat
Prof. Karl Heinz Hänssler	Direktor
Norbert Henneberger	Geschäftsführer
Dipl. Ing. Thomas Kinz	Vorstand
Florian Rossknecht	Hotelier
Dipl.-Betriebswirt R. Ruffing	Marketingleiter (bis 30.09.2008)
Prof. Roland Scherer	Vizedirektor (ab 23.04.2008)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.200 €.

5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Bodensee-Radweg Service GmbH (Anteil 5 %, Einlage: 1.250 €)

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Der Gesellschafterversammlung wurde vorgeschlagen, den Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss zusammensetzt, auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Berichtsjahr waren acht Vollzeitmitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

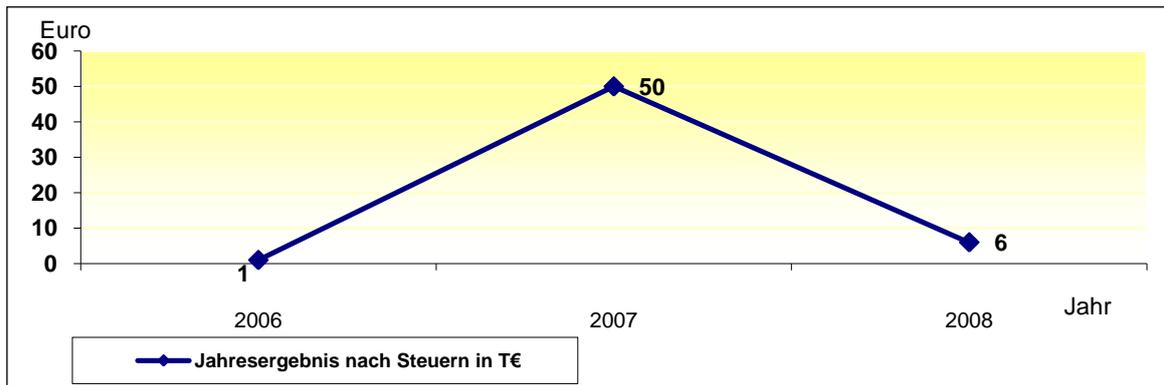
9. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem **Jahresabschluss** einen **Lagebericht** beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die IBT Gebrauch gemacht. Trotz Befreiung von der Pflicht eines Wirtschaftsprüfungsberichts hat die IBT den Jahresabschluss durch Prof. Dr. Nann, Villingen-Schwenningen, prüfen lassen und diesem Prüfbericht einen Lagebericht der Geschäftsführung beigelegt.

10. Abschlussprüfer

Dagmar Anna Albert, Steuerberaterin, Meckenbeuren

11. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T€



Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	1	0,5	2	0,8
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen	37,8	13,8	34	18,1	3	1,1
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0,0	0	0,0	0	0,0
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	1,3	0,5	1	0,5	1	0,4
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1,4	0,5	0	0,0	1	0,4
2. Unfertige Leistungen	27,5	10,0	42	22,3	48	18,4
3. Geleistete Anzahlungen	15,2	5,5	9	4,8	9	3,4
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	7,4	2,7	9	4,8	68	26,1
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11,3	4,1	69	36,7	4	1,5
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	165,9	60,6	13	6,9	103	39,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	6,1	2,2	10	5,3	22	8,4
Bilanzsumme	273,9	100	188	100	261	100

Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	431,0	157,4	431	229,3	431	165,1
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-329,0	-120,1	-380	-202,1	-380	-145,6
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6,1	2,2	50	26,6	1	0,4
	108,1	39,5	101	53,7	52	19,9
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,0	0,0	0	0,0	4	1,5
C. Empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0	0	0,0	4	1,5
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	37,4	13,7	27	14,4	49	18,8
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	0	0,0	20	7,7
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	37,3	13,6	17	9,0	116	44,4
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
6. Sonstige Verbindlichkeiten	37,7	13,8	9	4,8	3	1,1
	75,0	27,4	26	13,8	139	53,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	53,3	19,5	34	18,1	17	6,5
Bilanzsumme	273,9	100	188	100	261	100

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	511	34,7	483	37,4	568	46,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	961	65,3	810	62,6	667	54,0
5. Gesamtleistung	1.472	100,0	1.293	100	1.235	100
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	621	42,2	620	48,0	554	44,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	216	14,7	64	4,9	60	4,9
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	311	21,1	283	21,9	232	18,8
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	60	4,0	55	4,3	49	4,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	16	1,1	13	1,0	6	0,5
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	245	16,7	210	16,2	334	27,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	1	0,1	3	0,2
	1.469	99,8	1.246	96,4	1.238	100,2
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	3	0,2	47	3,6	-3	-0,2
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0,3	4	0,3	3	0,2
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8	0,6	51	3,9	0	0,0
14. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	0,1	1	0,1	1	0,1
16. Sonstige Steuern						
17. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	6	0,4	50	4,0	1	0,1
18. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6	0,4	50	4,0	1	0,1

Energieagentur Bodenseekreis GbR

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Geschäftsstelle:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-Mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Anteil	€
Landkreis Bodenseekreis	50,10 %	4.610
Technische Werke Friedrichshafen	15,98 %	1.470
EnBW Regional AG	15,98 %	1.470
Thüga AG Allgäu-Oberschwaben	10,65 %	980
Stadtwerke Überlingen	5,33 %	490
Kreishandwerkerschaft	1,63 %	150
NABU- Bezirksverband Donau-Bodensee	0,33 %	30
		<u>9.200</u>

4. Organe des Unternehmens

Organ des Unternehmens ist die Gesellschafterversammlung.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,52 %)

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Der jährliche Kostenbeitrag beläuft sich auf 33.000 €.

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 105).

Klinik Tettang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Klinik Tettang GmbH
 Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16
 88069 Tettang
 Tel.: 07542 / 531-0
 Fax: 07542 / 531-178
 E-Mail: info@klinik-tettang.de
 Homepage: www.klinik-tettang.de



Gründungsdatum: 14. Januar 2004
 Eintragungsdatum HR: 12. Januar 2006
 Notarielles Datum neuester
 Gesellschaftsvertrag: 7. Juni 2005 mit Änderung vom 29. Juni 2005
 Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	Stammeinlage
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	94,9 %	284.700 €
Landkreis Bodenseekreis	5,1 %	15.300 €

4. Organe des Unternehmens

Die Organe des Unternehmens sind:

Geschäftsführer: Jürgen Sachsenmaier
 Ellio Schneider

Gesellschafterversammlung

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 1 (2) des Gesellschaftsvertrages der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tettngang, ein Akutkrankenhaus der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens und der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Anteil	Stammkapital
Medizinisches Versorgungszentrum Tettngang GmbH	100 %	25.000 €
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH	51 %	12.750 €
Gesundheitsakademie Tettngang GmbH	51 %	12.750 €

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

- ⇒ **Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag**
 Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 (UR Nr. 387/2005, Notar Leithold, Berlin) hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (im Folgenden „WZK“) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten.
 Mit notarieller Urkunde vom 29. Juni 2005 (UR Nr. 451/2005, Notar Leithold, Berlin) hat der Landkreis Bodenseekreis das Angebot angenommen.
 Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettngang GmbH, Tettngang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben.
 Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T€ ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.
- ⇒ **Erbbaurechtsvertrag**
 Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 (UR Nr. 388/2005, Notar Leithold, Berlin) hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten. Mit notarieller Urkunde vom 29. Juni 2005 (UR 451/2005, Notar Leithold, Berlin) hat der Landkreis Bodenseekreis das Angebot angenommen.
 Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettngang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.

Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettngang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch (20. März 2006) und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2.400.000 € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erbbauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit dem Städtischen Krankenhaus Friedrichshafen wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettngang und von ihren Chefärzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettngang GmbH, Tettngang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 185 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen. Die stationären Leistungen werden in der Klinik in drei hauptamtlich geleiteten Fachabteilungen sowie zwei Belegabteilungen erbracht:

Innere Medizin (70 Betten)
Chirurgie (65 Betten)
Geburtshilfe/Gynäkologie (40 Betten)
Urologie - Belegabteilung - (sechs Betten)
HNO - Belegabteilung - (vier Betten)

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften. Mit Bescheid vom 4. Juli 2008 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2008 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 364.673,13 € für Investitionen gewährt.

Die Pflegesatzvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2008 wurde am 30. Juli 2008 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt. Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit 15.740.700,99 € festgelegt. Der Angleichungsbetrag nach § 4 Abs. 6 Satz 1 KHEntgG hat für das Jahr 2008 475.025,44 € betragen. Zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen haben die Vertragsparteien für das Jahr 2008 gemäß § 4 Abs. 13 KHEntgG einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 176.710,00 € vereinbart. Zur Finanzierung der Mehrkosten, die in Folge der Abschaffung des AiP entstehen, wurde gemäß § 4 Abs. 14 KHEntgG ein Mehrbetrag von 176.710,00 € vereinbart. Außerdem wurde ein Ausbildungsbudget in Höhe von 446.602,73 € vereinbart. Es ergab sich ein jahresdurchschnittlicher krankenhausindividueller Basisfallwert in Höhe von 2.627,05 €, eine Summe der Bewertungsrelationen (ohne Überlieger) von 5.597,924 € und ein CMI von 1,000.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren 359 Arbeitnehmer (Vorjahr: 367) beschäftigt. Hiervon waren 30 Auszubildende.

9. Lagebericht

1. Allgemeine Entwicklung im Gesundheitswesen

Die Gesellschaft stellt höhere Ansprüche an die Dienstleistungsqualität und erwartet mehr Informationen über die Produkte. Zur Sicherung der Flächenversorgung spielt die ambulante Behandlung durch medizinische Versorgungszentren mit der Grundversorgung in der Region und der Spitzenmedizin eines Maximalversorgers/Universitätsklinikums unter Vernetzung über die Tele-Medizin eine größere Rolle. Breit angelegte Studien zeigen, dass Zentralisierung und Spezialisierung von medizinischen Angeboten zur Reduktion der Mortalität führen. So geht der Trend zu regionalen Gesundheitsnetzwerken, einer stärkeren horizontalen und vertikalen Vernetzung der Akteure sowie zu integrierten Gesundheitskonzernen und Versorgungsstrukturen. Künftig wird die Ergebnisqualität eine größere Rolle spielen und nicht der Leistungswettbewerb. Unabhängig davon setzt sich der Trend fort, eine definierte medizinische und serviceorientierte Versorgung zu tendenziell niedrigeren Kosten zu erbringen. Dies erfordert in der Anpassungsphase hohe Investitionen und erlaubt nur geringe Ergebnismargen. Mittel- bis langfristig ergeben sich jedoch für gut aufgestellte und effizient operierende Klinik-Betreiber und integrierte Gesundheitskonzerne interessante Ertragspotentiale.

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen hat zum 1. Juli 2008 die ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernommen. Er bildet den Verband aller gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen und vertritt die Krankenkassen als auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Kliniken, aber auch gegenüber den Medien. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Krankenversicherung auf Bundesebene. Der umfassende Arbeitskatalog zählt derzeit über 160 einzelne Aufgaben. Inhaltlich lassen sich drei große Aufgabenbereiche unterscheiden: Versorgung, Finanzen und Datenmanagement sowie politische Interessenvertretung.

Auch „klassische“ Marktteilnehmer orientieren sich neu. Krankenversicherer, Krankenhäuser, Ärzte, Pharma- und Medizintechnikindustrie entwickeln neue Strategien, um sich zu differenzieren. Angestammte Sektorengrenzen werden verlassen. Das klassische Gesundheitswesen und der Selbstzahlerbereich wachsen zu einem Gesundheitsmarkt zusammen. Ein solidarisches Gesundheitswesen ist darauf angewiesen, dass besondere Belastungen einzelner Krankenkassen ausgeglichen werden. Die Umverteilung zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ist auf 14,5 Milliarden € gestiegen. Während die Angestellten-Ersatzkassen 4 Milliarden € einzahlten, waren es bei den Betriebskrankenkassen 8,2 Milliarden €. Größter Nettoempfänger ist die AOK mit 12,8 Milliarden €, gefolgt von der Knappschaft mit 1,7 Milliarden €. Ohne den Risikostrukturausgleich würde der durchschnittliche Beitragssatz für BKK-Mitglieder statt 14,5 nur 11,0 % betragen, bei der AOK jedoch rund 20 Prozent und bei der Knappschaft rund 22 Prozent.

Eine Roland-Berger-Studie „Der Gesundheitsmarkt - Sicht der Bürger, Strategien der Anbieter“ vom Juli 2008 zeigt, dass die Deutschen sich ein anderes Gesundheitsangebot wünschen. Mehr Angebote, mehr Wahlfreiheit und mehr Prävention stehen im Vordergrund. Dafür sind die meisten auch bereit, tiefer in die Tasche zu greifen. Der Selbstzahlermarkt („Zweiter Gesundheitsmarkt“) ist mit mittlerweile 64 Milliarden € einer der attraktivsten Wachstumsmärkte, den immer mehr Branchen erschließen.

Entwicklungen im Akutbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich derzeit am Beginn einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch „Vollkasko mentalität“ geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabeträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen. Da der Akutkliniken-Sektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Klinikenmarkt verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind hier in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmendem Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Ab 01. Januar 2009 gilt das Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung, das eine Reihe von richtungsweisenden Neuregelungen beinhaltet:

- Reform der Krankenhausinvestitionsfinanzierung der Länder insbesondere durch verbindliche Einführung leistungsbezogener Investitionspauschalen

- für das Jahr 2009 wird eine anteilige Finanzierung der Tariflohnerhöhungen 2008 und 2009 ermöglicht
- Verlängerung der Konvergenzphase um ein weiteres Jahr mit Abschlag für 2009 (Zielwert 10 %)
- planmäßiger Wegfall des Abschlags in Höhe von 0,5 % vom Rechnungsbetrag bei Mehrleistungen gesetzlich krankenversicherter Patientinnen und Patienten (GKV-Rechnungsabschlag)
- Einführung eines Sonderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern; in drei Jahren schrittweise Aufbau einer anteiligen Finanzierung für bis zu 21.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst sowie Möglichkeit zur Erprobung neuer Arbeitsorganisationen
- Einführung eines pauschalierenden tagesbezogenen Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen ab dem Jahr 2013, verbunden mit einer kurzfristigen Verbesserung der Finanzierung der Personalstellen nach der Psychiatrie-Personalverordnung
- Im Rahmen des DRG-Vergütungssystems Überprüfung der Finanzierung von Zusatzkosten, die in Folge der ärztlichen Weiterbildung stehen
- Sicherstellung der Finanzierung der Praxisanleitung für Auszubildende in der Krankenpflege und der Ausbildungsvergütung für Hebammen und Entbindungspfleger.

Zusätzlich wird über das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz der Krankenhausbetrieb um drei Milliarden € entlastet. Im Einzelnen wurde geregelt:

- Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser:
 - Ab dem Jahr 2009 werden die für die Jahre 2008 und 2009 tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen zu 50 Prozent durch die Krankenkassen refinanziert, soweit diese Erhöhungen die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen überschreitet.
 - Das Statistische Bundesamt wird bis Mitte 2010 einen Orientierungswert ermitteln, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst und voraussichtlich ab dem Jahr 2011 als Alternative zu bisherigen strikten Grundlohnanbindung der Krankenhauspreise dienen kann.
 - Einführung eines Förderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern, wodurch in drei Jahren bis zu 21.000 Stellen im Pflegedienst zu 70 Prozent durch die Krankenkassen finanziert werden.
 - Aufhebung des „Sparbeitrages“ (Rechnungsabschlag in Höhe von 0,5 Prozent) zum Jahresbeginn 2009.
- Grundsätzlich soll die Investitionsfinanzierung ab 2012 auf Investitionspauschalen umgestellt werden, wenn sich die Länder hierzu entscheiden. Dazu wird ein gesetzlicher Auftrag zur Entwicklung einer Reform der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch leistungsorientierte Investitionspauschalen bis Ende 2009 erteilt. Die näheren Einzelheiten des Verfahrens hierzu legen Länder und Bund fest. Die Selbstverwaltungspartner auf der Bundesebene und deren DRG-Institut werden mit der Kalkulation von Investitionsbewertungsrelationen beauftragt, um Ländern statt der bisherigen antragsbasierten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser eine Entscheidung für eine moderne, unternehmerisch orientierte Investitionsfinanzierung auf der Grundlage leistungsorientierter Investitionspauschalen zu ermöglichen.
- Entwicklung und Einführung eines pauschalierten und tagesbezogenen Vergütungssystems für Leistungen der Psychiatrie und Psychosomatik. Eine erstmalige Abrechnung nach diesem neuen Entgeltsystem ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Zudem wird die Finanzierung der Psychiatrie verbessert, um Personalbesetzung in der Psychiatrie zu optimieren.

- Die unterschiedlichen Landesbasisfallwerte werden in einem Zeitraum von fünf Jahren, beginnend im Jahr 2010, schrittweise in Richtung auf einen einheitlichen Basisfallwertkorridor angenähert. Von dieser Konvergenz wird eine Bandbreite (Korridor) in Höhe von +2,5 Prozent bis -1,5 Prozent um einen rechnerisch ermittelten einheitlichen Basisfallwert ausgenommen.
- Verschiedene technische Regelungen, um das DRG-Vergütungssystem für den Regelbetrieb nach Abschluss der Konvergenzphase auszurichten.

Jede dritte Klinik in Deutschland schreibt rote Zahlen. Dies geht aus dem Krankenhaus-Barometer 2008 der Deutschen Krankenhausgesellschaft hervor. 2007 erzielte laut der Studie nur die Hälfte der Kliniken einen Überschuss, gut 17 Prozent hatten ein ausgeglichenes Ergebnis. Für dieses und das kommende Jahr erwartet jedes zweite Krankenhaus eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Die Kostensteigerungen sind vor allem auf höhere Löhne (Tarifabschlüsse) zurückzuführen. Trotz des Hilfsprogramms der Bundesregierung bleibt 2008 und 2009 eine Finanzierungslücke von 6,7 Milliarden €. Mehr als 20.000 Arbeitsplätze müssten abgebaut werden. Andererseits entwickelt sich der Ärztemangel in den Kliniken zu einem gravierenden Problem. 4.000 Arztstellen sind unbesetzt.

Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als möglicher Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z.B. beim Eintritt in den Ruhestand den jeweiligen Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZs weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten. Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein. Die Waldburg-Zeil Kliniken haben am Standort Neutrauchburg ein MVZ zum 01. Juli 2007 und in Tettngang zum 01. Juli 2008 gegründet und werden ggf. zu einem späteren Zeitpunkt an weiteren Standorten MVZs realisieren.

Gesundheitsfonds 2009

Am 1. Januar 2009 wurde der Gesundheitsfonds eingeführt, der ein vom Bundesversicherungsamt verwaltetes Sondervermögen darstellt, in dem die zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehenen Mittel gesammelt werden. Hier fließen insbesondere die Beiträge aufgrund des künftig einheitlichen Beitragssatzes in Höhe von 15,5 % und der Steuerzuschuss des Bundes zusammen. Für das Jahr 2009 hat die Bundesregierung einen Steuerzuschuss von 4 Milliarden € zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen bewilligt. Ab dem Jahr 2010 werden sich die jährlichen Zahlungen jeweils um 1,5 Milliarden € bis zum Gesamtbetrag von 14 Milliarden € erhöhen. Die Krankenkassen erhalten aus dem Gesundheitsfonds Zuweisungen zur Finanzierung ihrer Ausgaben. Dabei ist zwischen Zuweisungen zur Deckung von Pflichtleistungen einer Krankenkasse, Zuweisungen für Satzungs- und Mehrleistungen, Zuweisungen für Aufwendungen zur Entwicklung und Durchführung der strukturierten Behandlungsprogramme und Zuweisungen zur Deckung von Verwaltungskosten zu unterscheiden. Die Zuweisungen für Pflichtleistungen werden dabei durch den Risikostrukturausgleich angepasst, um dem unterschiedlichen Versorgungsbedarf der Versicherten einer Krankenkasse Rechnung zu tragen. Zunächst erhält jede Krankenkasse

für jeden Versicherten eine Grundpauschale in Höhe der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben in der GKV, die durch ein System von Zu- und Abschlägen angepasst wird.

Der neue Risikostrukturausgleich besteht insgesamt aus drei Säulen: den Zu- und Abschlägen für Alter und Geschlecht, den Zuschlägen bei Erwerbsminderung und den Krankheitszuschlägen. Für die 80 ausgewählten Krankheiten wurden vom Bundesversicherungsamt 106 Morbiditätsgruppen definiert, die für eine Krankheit nach Schweregrad in eine Hierarchie gebracht werden. Demzufolge erhält eine Krankenkasse mit vielen jungen Versicherten weniger Mittel aus dem Gesundheitsfonds als eine Krankenkasse mit vielen älteren und chronisch Kranken. Reichen die finanziellen Mittel aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, haben die Gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeit, von ihren Mitgliedern einen Zusatzbetrag zu fordern. Ebenso ist die Erstattung einer Prämie vorgesehen, wenn die Krankenkasse besonders wirtschaftlich gearbeitet hat.

2. Entwicklung der Klinik Tett nang in 2008

Die für 2007/2008 geplanten umfangreichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Das neue Labor ging am 11. April 2008 in Betrieb, die Funktionsbereiche sowie die Diabetesambulanz gingen Mitte Mai in Betrieb. Der Umzug der Verwaltung in den Anbau fand Ende Juni statt. Die Arztpraxis Dr. Lipp/Dr. Deutmarg ging zum 1. Juli 2008 in die MVZ Tett nang GmbH über. Zum 4. August 2008 nahm das MVZ in den neuen Räumen den Praxisbetrieb auf. Die Zentrale Aufnahmestation/Zentrale Notaufnahme startete am 22. September 2008.

Am 28. September 2008 konnte sich die Bevölkerung an einem Tag der offenen Tür diese verschiedenen erfolgten Baumaßnahmen besichtigen und die beiden Musterzimmer in Augenschein nehmen.

Der sich für das Jahr 2008 ergebene Jahresfehlbetrag in Höhe von 495 T€ stellt gegenüber dem Jahr 2007 eine Ergebnisverbesserung von 280 T€ dar.

Insbesondere die Integration des MVZ in den Klinikbetrieb sowie die Veränderungen mit Inbetriebnahme der Zentralen Aufnahme/Zentralen Notaufnahme haben die Prozesse in der Klinik massiv beeinflusst und verändert. Gleichzeitig musste auch das zum 01. Januar 2008 neu eingeführte Klinikinformationssystem mehrfach angepasst und erweitert werden. Zwischenzeitlich haben sich die Prozesse eingespielt. Die Patientenzahlen entwickeln sich stationär planmäßig, ambulant weiterhin überplanmäßig. Die Entgeltverhandlung fand am 30. April 2008 statt und wurde mit einem zusätzlichen Budget von ca. 1,4 Mio. € abgeschlossen. Die in 2007 erbrachten Mehrfälle wurden im Budget 2008 zusätzlich vereinbart und finanziert. Die ambulante Tätigkeit hat sich seit Inbetriebnahme des MVZ stark verändert. Im 2. Halbjahr 2008 wurden alleine im MVZ ca. 9.000 Patienten ambulant versorgt. Dies führte dazu, dass zunehmend Parkplätze für diese Vielzahl an Patienten fehlen. Durch die zum 01. Januar 2009 ins erste Obergeschoss des Anbaus eingezogene HNO-Doppelpraxis inkl. Logopädie hatte sich das noch verstärkt. Mit dem Ausbau der Feuerwehr-Umfahrung (Bauaufgabe) sowie der im April 2009 erfolgten Umgestaltung der Parkplätze konnte dem Druck begegnet werden. Für einen weiteren Ausbau steht eine Erweiterungsfläche zur Verfügung.

3. Künftige Entwicklung der Klinik Tett nang GmbH

Bis Ende letzten Jahres war im Akutbereich davon auszugehen, dass ab 2009 die Konvergenzphase endet und die drei Akutkliniken sich ab 2009 im „Echtbetrieb“ befinden. Damit wären ab diesem Jahr alle erbrachten Leistungen zu 100 % vergütet worden. Aufgrund der politischen Entscheidung, die Konvergenzphase um ein weiteres Jahr zu verlängern, herrscht im Akutbereich eine andauernde Unsicherheit, zumal nur vorgegeben ist, dass die Akutkliniken einen gewissen Abschlag (Rabatt) auf die Mehrleistungen hinnehmen müssen (Vorschlag der Verbände: 10 %. Damit wäre die Vergütung bei 90 % gegenüber 80 % in

2008). Prognostiziert werden für 2009 mehr Schiedsstellenverfahren, da die Krankenkassen mit einem höheren Abschlag (20 bis 40 %) rechnen. Durch die langwierigen Verhandlungen der Verbände zum Landesbasisfallwert sind die Budgetverhandlungen in 2009 für Oktober terminiert, womit bis Ende des Jahres Planungsunsicherheit besteht. Nach wie vor noch nicht abschätzbar sind die Auswirkungen des Gesundheitsfonds (z.B. Einflussnahme der Krankenkassen auf die Kodierung). Um trotz steigenden Kostendrucks die notwendige Rendite sicherzustellen, werden in 2009 ff. in allen drei Akutkliniken die Prozesse und Strukturen optimiert, das Leistungsportfolio auf den Prüfstand gestellt und entsprechend dem Erlösbeitrag bzw. Wettbewerbsumfeld optimiert.

Im stationären Rehabilitationsbereich geht die Schere der Vergütungssätze weiter auseinander (Deutsche Rentenversicherung Bund, Primärkassen, Ersatzkassen). Aufgrund des Kostendrucks lassen sich die Krankenkassen „innovative“ Versorgungskonzepte einfallen, die dem Zweck der Kostensenkung dienen (z.B. Kombination stationäre/ambulante Rehabilitation, vergütet mit einer Fallpauschale). Durch den Entlassdruck der Akutkliniken, die innerhalb der durchschnittlichen DRG-Verweildauer vorlegen müssen, sowie die Steuerung der leichteren Fälle in die ambulante Rehabilitation, erhöhen sich die Anforderungen und der Pflegeaufwand in den Rehabilitationskliniken. Um auch hier trotz steigenden Kostendrucks die notwendige Rendite sicherzustellen, werden in den Rehabilitationskliniken in 2009 ff. die Prozesse und Strukturen optimiert, das Leistungsportfolio auf den Prüfstand gestellt und entsprechend dem Erlösbeitrag bzw. Wettbewerbsumfeld optimiert.

Sowohl in den eingereichten Konzepten zum vom Bundesforschungsministerium ausgeschriebenen Förderpreis „Gesundheitsregionen der Zukunft“ als auch über die Modellprojekte der Kostenträger ist ein Trend erkennbar, durch präventive Maßnahmen Kosten in den nachgelagerten Bereichen einzusparen (Beispielhaft ist das Modellprojekt „Betsi“ mit Überprüfung, ob eine ständige Begleitung des Patienten effektiver ist als drei Wochen stationäre Rehabilitation. Oder das Konzept „Transage“ mit der Sicherstellung einer regionalen Versorgung über eine gesteuerte Präsenz von Ärzten bei Bedarf und telemedizinische Vernetzung). Die Rentenversicherungen versuchen ihren Auftrag, „Reha vor Rente“ durch Modellprojekte umzusetzen, z.B. MBOR (medizinisch Beruflich Orientierte Rehabilitation).

Aufgrund der künftigen Anforderungen an die Rehabilitationskliniken ist es notwendig, die medizinische Weiterentwicklung der Waldburg-Zeil Kliniken durch einen wissenschaftlichen Beirat zu begleiten und die Leistungsfähigkeit der Rehabilitationsmedizin auch Akutmedizinern näher zu bringen.

Um in der künftigen regionalen Gesundheitsversorgung eine bedeutende Rolle spielen zu können und den Kostenträgern einen entsprechenden Gegenpart zu bieten, ist eine intensivere Vernetzung mit den regionalen Marktführern sowie ein anorganisches Wachstum unerlässlich. Vor allem im bayerischen Raum soll die Präsenz der Waldburg-Zeil Kliniken ausgebaut werden. Hierzu wurden spezielle Aktionspläne erstellt, die gezielte Maßnahmen in den Regionen Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau, Niederbayern, Allgäu und Großraum München beinhalten.

4. Risikobericht

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tettang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d.h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wur-

de konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Kliniken Tettng ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren und Zinsentwicklungen von untergeordneter Bedeutung sind.

Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik und der Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst. Allerdings werden innerhalb unserer Branche Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifverhandlungen differenziert beurteilt.

Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau sektorübergreifender Netzwerke (z.B. Integrierte Versorgung nach § 140 SGB V), kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden.

Durch die Einführung von Komplexfallpauschalen und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, Akutkrankenhäuser) und zum anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien aufgrund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unsere zentrale Abteilung Qualitäts- und Produktmanagement, PR, der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu. Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Klinik Tettng nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten beispielsweise bei speziellen Gerätschaften schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachten wir als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Die Klinik Tettng zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unqualifizierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger MitarbeiterInnen bieten wir in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen stellen wir sicher, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg messen wir den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zu.

Für die von uns vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Gesamtergebnis, dass bestandsgefährdende Risiken für die Klinik Tett nang nicht bestehen.

Tett nang, 12. Juni 2009

Klinik Tett nang GmbH
- Die Geschäftsführer -
Ellio Schneider

Jürgen Sachsenmaier

10. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragungsdatum HR:	8. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	€
Gustav-Werner-Stiftung	30 %	15.000
Pauline 13 e.V.	30 %	15.000
Zentrum für Psychiatrie, Südwürttemberg	20 %	10.000
Stadt Friedrichshafen	10 %	5.000
Landkreis Bodenseekreis	10 %	5.000

4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Herr Ulrich Ott

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägergemeinschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 50.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 %.

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 80.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

	2008	2007	2006	2005
Angestellte	15	14	15	12

9. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

1. Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
2. Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
 - a. Tagesstrukturierende Angebote
 - b. Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
3. Vermietung

1. Werkstatt

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering

Die Werkstatt des GpZ konnte in 2008 von der allgemein guten wirtschaftlichen Lage profitieren und verzeichnete eine außerordentlich hohe Auftragsituation mit einem beachtlichen Produktionsergebnis.

Obwohl die Belegung in der WfbM mit durchschnittlich 77 Personen der Zahl des Vorjahres entspricht, konnten die Erlöse aus den Bereichen Produktion, Dienstleistung und Küche von 345 T€ auf 489 T€ erhöht werden. Durch eine gute Kooperation der WfbM mit den niederschweligen Arbeitsangeboten konnten hinsichtlich der Auftragsabwicklung gute Synergieeffekte erzielt werden.

Des Weiteren war für die Werkstatt ein großes Plus, dass das GpZ Ende März 2008 das benachbarte Kino erwerben konnte.

Nach dem Erwerb wurde durch einen schnellen und unaufwendigen Umbau das alte Kino "Rex" mit ca. 100 m² in einen Raum für EDV-Archivierungsplätze erweitert. Die restliche Fläche von 350 m² wurde zu einem Lager umfunktioniert. Seitdem hat die Werkstatt nun auch ein ebenerdiges Lager, was sich in 2008 gleich positiv auf die Auftragslage auswirkte. Allein ein Auftrag mit einem Volumen von über 100 T€ konnte auf Grund der Lagerkapazität abgewickelt werden. Somit waren die Investitionskosten für den Umbau in Höhe von 17 T€ refinanziert.

Der größte Teil der Umsätze (64 %) wurde in 2008 über die Industriemontage (Gelenkwellen, Lampen, Elektronik) erzielt.

Einen stetig wachsenden Teil am Gesamtumsatz erzielt mittlerweile der Bereich Bürodienstleistungen.

Besonders die Abteilung „Archivierung“ hatte in 2008 eine gute Auslastung. Durch die räumliche Auslagerung in das ehemalige Eingangsfoyer des Kino Rex wurden vier neue EDV-Arbeitsplätze eingerichtet, sodass nun zehn Personen gleichzeitig arbeiten können. Durch die ansprechende Gestaltung kann diese Abteilung nun auch direkte Kunden in den Räumlichkeiten empfangen und gleich vor Ort die Angebote zeigen bzw. Aufträge besprechen.

Der Anteil der Bürodienstleistung am Gesamtvolumen, mit Einnahmen in Höhe von 75 T€, stieg im Vergleich zum Vorjahr von 10 % auf 15 %.

Diese Arbeitsplätze sind bei unseren Klienten sehr gefragt und sie werden intern für eigene Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Berufsbildungsbereiches genutzt.

Die Küche, das Cafe und Catering waren auch in 2008 gut ausgelastet. Über das Jahr waren hier neben der hauptamtlichen Hauswirtschaftsleiterin weitere zehn Arbeitsplätze dauerhaft belegt. Mit Einnahmen in Höhe von 100 T€ sind die Küche und das Cafe mit etwa 21 % an den Einnahmen beteiligt, allerdings muss ein recht hoher Wareneinkauf mit 83 T€ gegenübergestellt werden. Rein wirtschaftlich betrachtet, arbeitet der Bereich Küche kostendeckend. Gerade aber aus der Sicht der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten und der Vermittlungschancen in das regionale Gastro- und Hotelgewerbe, hat der Bereich Küche/Hauswirtschaft im GpZ einen sehr hohen Stellenwert.

Im Durchschnitt waren in 2008 in der WfbM 78 psychisch behinderte Personen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 64 im Arbeitsbereich und 14 im Berufsbildungsbereich.

Als größten Posten auf der Einnahmeseite konnten Werkstattsätze in Höhe von insgesamt 917 T€ verbucht werden. Davon entfielen 726 T€ auf den Arbeitsbereich und 191 T€ auf den Berufsbildungsbereich. In den Bereichen konnten die Werkstattsätze durch Verhandlungen mit den Kostenträgern ab 01.10.2008 bis 31.12.2009 um insgesamt 6,8 % erhöht werden. Diese Erhöhung wird zur Finanzierung der Lohnsteigerungen im TVöD für den genannten Zeitraum benötigt.

Insgesamt belaufen sich die Einnahmen in der Werkstatt auf knapp 1.406 T€, das entspricht einem Anteil am Gesamtumsatz von ca. 78 %.

In der Werkstatt arbeiteten im Jahr 2008 18 hauptamtlich Beschäftigte, 78 behinderte Mitarbeiter, drei Arbeitserzieher im Anerkennungsjahr, drei Zivildienstleistende sowie elf Aushilfen. Die Verwaltung und die Geschäftsführung für das gesamte GpZ arbeiten mit 1,25 Stellen und einer 400 €-Kraft.

2. Tagesstätte

Die Tagesstätte im GpZ-FN hatte in 2008 eine sehr hohe Klientenfrequenz. Mehr als 80 Personen besuchen täglich die Tagesstätte und nehmen die vielseitigen Angebote wahr. Diese Angebote dienen überwiegend dazu, den Menschen durch einen niederschweligen Zugang bei der Gestaltung ihrer Tagesstrukturierung zu helfen. Aus dem Konzept der gemeindepsychiatrischen Versorgung ist die Tagesstätte nicht mehr weg zu denken, es werden mittlerweile mehr Klienten betreut als beispielsweise in der WfbM. Die Tagesstättenfinanzierung seitens der Eingliederungshilfe des Bodenseekreises decken den groben Kostenrahmen ab.

Einige Angebote der Tagesstätte werden gemeinsam mit den Wohngruppen des ZiP Südwürttemberg, der BruderhausDiakonie und der Pauline 13 erbracht und finanziert. Die enge Kooperation mit den ambulanten Diensten der Pauline 13, den sozialpsychiatrischen Hilfen der BruderhausDiakonie, mit der Psychiatrischen Institutsambulanz und mit der ambulanten Ergotherapie sowie mit dem Integrationsdienst der Pauline-Arkade GmbH ergibt eine ideale Basis, viele psychisch kranke Menschen niederschwellig zu erreichen und in das Versorgungsnetz des GpZ einzubinden.

Mit Hilfe des seit 2006 eingeführten Zuverdienstprojektes und dem Angebot „Arbeitsgelegenheiten für ALG II-Empfänger mit psychischen Beeinträchtigungen“ in Kooperation mit dem Bodenseekreis konnte das Angebot in der Tagesstätte für einen zusätzlichen Personenkreis in 2008 noch einmal erweitert und gemäß neuer Leistungsvereinbarungen auch finanziert werden. Zu diesem Personenkreis gehören auffällig viele noch sehr junge Menschen, die in der Regel schon eine sehr intensive Erfahrung in der Jugendhilfe hinter sich haben.

Es besteht ein breiter Konsens bei den Leistungserbringern und Leistungsträgern über die Notwendigkeit, diesem Personenkreis mit gezielten Maßnahmen wieder eine berufliche Perspektive zu ermöglichen.

Diese personenzentrierten Maßnahmen wurden zusammen mit dem Landratsamt Bodenseekreis entwickelt und zeigen, dass das GpZ und der Bodenseekreis, sowohl in der Sozialplanung aber auch in der direkten Hilfeplanung für den einzelnen betroffenen Menschen, sehr gut zusammenarbeiten. Das Leistungsangebot bei den „Arbeitsgelegenheiten für ALG-II-Betreute“ wurde auf Grund der großen Nachfrage seitens der Fallmanager des Amtes Hilfen zur Arbeit ab 01. April 2008 von 30 auf 40 Plätze ausgedehnt und die Fallpauschale erhöht.

In der Tagesstätte waren mit dem Zuverdienstbereich und der ALG II-Betreuung dauerhaft täglich mehr als 60 Personen beschäftigt. Neben der Verwaltung und der Leitung waren hier vier Stellen hauptamtlich besetzt.

Die pauschalen Einnahmen seitens der Eingliederungshilfe betragen 72 T€ und die gesamten Einnahmen beliefen sich auf 275 T€. Der Anteil am Gesamtvolumen des GpZ beträgt somit 15 %.

3. Vermietung

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen wurden ganzjährig vermietet. Hinzu kommt die Vermietung der Normafläche von ca. 480 m². Ab 01. April 2008 kamen die Mieteinnahmen für das verpachtete Kino „Scala“ hinzu. Insgesamt beliefen sich die Mieteinnahmen mit Nebenkosten auf 127 T€, sie sind kostendeckend, der Anteil am Umsatz liegt bei 7 %.

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2008 war das fünfte Jahr in den umgebauten Räumlichkeiten des ehemaligen Möbelhauses „Weiler“. Wirtschaftlich und inhaltlich betrachtet war 2008 ein ausgesprochen gutes Jahr. In allen Bereichen wurden die Ziele des Wirtschaftsplanes erreicht und führten zu einem guten Ergebnis. Durch den Ausbau der niederschweligen Arbeitsgelegenheiten in Kooperation mit dem Landkreis hat sich das GpZ neben der Werkstatt perspektivisch ein weiteres wichtiges Standbein geschaffen.

Die Teilhabemöglichkeit für behinderte Menschen unter der Stufe der Werkstatt ist ein wichtiger Ansatz, auch jene psychisch kranke Menschen zu erreichen und zu beschäftigen, die sonst nicht in dem gemeindepsychiatrischen Hilfesystem angekommen wären.

Ein weiteres Bestreben des GpZ in 2008 war es, sich zunehmend mit dem Thema „Berufliche Bildung und Integrationsmanagement“ auseinander zu setzen. Im Moment ist die GpZ gGmbH Arbeitgeber für über 150 Menschen, die auf dem bestehenden Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden können.

Die seit längerem sehr lebhaft sozialpolitische Diskussion und das darin geforderte Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben haben die Bedürfnisse der behinderten Menschen verstärkt in den Fokus gestellt.

Das GpZ hat und wird seine Bemühungen verstärken, einen Teil dieser Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierzu gibt es bereits gezielte Angebote wie Übergängergruppen, Arbeitserprobungen und betreute Praktika. Die momentane allgemeine wirtschaftlich sehr schwierige Situation hat die Chancen, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, für die behinderten Menschen jedoch wieder erheblich erschwert. Somit hat das GpZ in den kommenden sicherlich schwierigen Jahren die Kernaufgabe, die jetzigen Angebote für die behinderten Mitarbeiter und Betreuten zu erhalten.

Das GpZ hat sich in den vergangenen fünf Jahren zu einem wirklichen Zentrum für Menschen mit einer psychischen Behinderung entwickelt und bietet ein vernetztes, vielfältiges ambulantes Angebot mit dem Ziel, Lebensqualität und die Autonomie der betroffenen Menschen herzustellen, zu steigern oder aber so lange wie möglich zu erhalten.

Ein nachweislich deutlicher Rückgang der stationären Krankenhausbehandlung, sowie weniger Heimplätze für Menschen mit einer psychischen Behinderung im Bodenseekreis unterstreichen den richtigen Ansatz dieses gemeindenahen und integrativen Versorgungskonzepts.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr 2008 auf 1.808 T€. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 184 T€ (11,3 %). Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 917 T€. Hiervon entfallen 726 T€ auf den Arbeitsbereich und 191 T€ auf den Berufsbildungsbereich. An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 489 T€. Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Kooperationen, Vereinbarungen und zusätzlichen Angeboten Einnahmen in Höhe von 275 T€. Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 127 T€.

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten in Höhe von 780 T€ bei den hauptamtlich Beschäftigten inklusive der Aushilfen. Bei den WfbM-Beschäftigten und im Zuverdienst wurden 218 T€ ausbezahlt, die Sozialaufwendungen für die behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.

Die weiteren Betriebskosten summierten sich auf 551 T€, davon betrug der Wareneinkauf 119 T€, die Abschreibung 188 T€ und die Zinsen 38 T€. Der Abschluss 2008 weist somit einen Jahresüberschuss von insgesamt 424 T€ aus. Der Jahresüberschuss wird mit 62 T€ in andere und mit 362 T€ in die zweckgebundene Rücklage gehen. Das GpZ Friedrichshafen erreichte in seinem fünften Betriebsjahr mit diesem Ergebnis sämtliche im Wirtschaftsplan vorgegebenen Ziele. Aufgrund der guten Ergebnisse der Vorjahre konnte der Erwerb des Kinos ohne zusätzliche Kreditaufnahme getätigt werden.

Die neuerlichen Rücklagen verbessern die Liquidität der gGmbH und tragen zur Stabilisierung und zur Konsolidierung des sozialen Unternehmens bei.

Umsatzerlös / Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderungen zum Vorjahr	Veränderungen zum Vorjahr in %
2008	1.808 T€	+ 184 T€	+ 11,3 %
2007	1.624 T€	+ 56 T€	+ 3,5 %
2006	1.568 T€	+ 227 T€	+ 17,0 %

Die Umsatzerlöse 2008 sind gegenüber 2007 um 11,3 % von 1.624 T€ auf 1.808 T€ gestiegen.

Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2008	1.808 T€	+ 424 T€	+ 23 %
2007	1.624 T€	+ 437 T€	+ 27 %
2006	1.568 T€	+ 566 T€	+ 36 %

Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 17 Vollstellen besetzt. Dazu kamen drei volle Stellen von Arbeitserziehern im Anerkennungsjahr.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten bei den hauptamtlichen Beschäftigten um ca. 122 T€, das entspricht einer Aufstockung um drei Stellen im therapeutischen Bereich und im Sozialdienst, Verwaltung und Geschäftsleitung blieben unverändert. In 2008 wurden auf Grund der gestiegenen Zahl der Klienten Neueinstellungen vorgenommen.

	Umsatzerlöse bzw. Gesamtleistung	Personalkosten	Personalkosten in % der Gesamtleistung
2008	1.808 T€	998 T€	55 %
2007	1.624 T€	821 T€	51 %
2006	1.568 T€	703 T€	45 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 780 T€. An die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 218 T€ ausbezahlt. Die Ausgaben für die Sozialversicherung in Höhe von ca. 450 T€ wurden direkt mit den Sozialversicherungsträgern abgerechnet und somit nicht als relevante Kosten/Einnahmen betrachtet.

Alle Personalkosten zusammen ergeben die Summe von 998 T€, gerechnet an den Gesamtkosten in Höhe von 1.303 T€ machen sie einen Anteil von 77 % aus.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

- ⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 462 T€
- ⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit - 1.266 T€
- ⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit + 24 T€

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2008 bei 580 T€ und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 780 T€ gesunken. Ursache hierfür ist der Erwerb des benachbarten Kinogrundstückes.

	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2008	5.975 T€	580 T€	9,71 %
2007	5.570 T€	1.360 T€	24,42 %
2006	5.298 T€	936 T€	17,67 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Abschreibung	Fremdkapital
2008	5.975 T€	5.110 T€ / 86 %	188 T€	2.319 T€ / 39 %
2007	5.570 T€	4.032 T€ / 72 %	177 T€	2.374 T€ / 43 %
2006	5.298 T€	4.128 T€ / 78 %	146 T€	2.457 T€ / 46 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 5.110 T€ wird folgendermaßen aufgeteilt:

Grundstücke und Bauten	4.722 T€
Technische Anlagen	83 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	305 T€

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 188 T€.

Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2008	5.975 T€	2.288 T€	38,30 %
2007	5.570 T€	1.864 T€	33,50 %
2006	5.298 T€	1.426 T€	26,90 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 2.288 T€.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt.

	Bilanzsumme	EK + SoPo in T€	EK + SoPo in % der Bilanzsumme
2008	5.975 T€	3.656 T€	61,20 %
2007	5.570 T€	3.196 T€	57,38 %
2006	5.298 T€	2.841 T€	53,60 %

Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit

der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut. Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

Prognosebericht

In seinem fünften Betriebsjahr hat das GpZ Friedrichshafen den Kurs der Konsolidierung weiter eingehalten und seine wirtschaftliche Situation erheblich verbessert. Die Auslastung war sehr zufriedenstellend.

Das GpZ Friedrichshafen hat es schon in 2008 geschafft, den Rückgang der Einnahmen bei den Werkstattsätzen durch andere Einnahmen auszugleichen. Durch neue Leistungsvereinbarungen mit dem Amt Hilfen zur Arbeit werden auch in den Jahren 2009 und 2010 diese Angebote finanziert.

Mit dem Erwerb des Kinogebäudes hat sich das GpZ räumlich und in Bezug auf seine Beschäftigungsfelder erweitert. Das große Lager im ehemaligen Kino Rex erhöht die Flexibilität bei der Auftragsakquise in der Werkstatt enorm. Durch die räumliche Erweiterung im südlichen Kinoteil konnte die bisherige Ladenfläche weiterhin als Lebensmittelmarkt bis 2011 vermietet werden.

Aufgrund der beschriebenen neuen Leistungsvereinbarungen, der zusätzlich erworbenen Kinofläche und der sehr guten Kooperation mit allen beteiligten Partnern des gemeindepsychiatrischen Verbundes rechnen wir in 2009, trotz eines bis heute schon sehr deutlichen Auftrags- bzw. Umsatzrückgangs in der Werkstatt, insgesamt mit einem zufriedenstellenden Verlauf.

Friedrichshafen, 19. Juni 2009

Ulrich Ott
Geschäftsführer

10. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Ravensburg

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragungsdatum HR:	5. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	27. Juli 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Anteil	€
Vianney Gesellschaft e.V.	50 %	12.500
Pauline 13 e.V.	10 %	2.500
Zentrum für Psychiatrie Weißenau	10 %	2.500
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	10 %	2.500
Stadt Überlingen	10 %	2.500
Landkreis Bodenseekreis	10 %	2.500

4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung: Herr Ingo Kanngießner

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

ARKuS gGmbH (Arbeit - Rehabilitation - Kultur - Soziales), an der die GpZ Überlingen gGmbH mit 60 % und die SKID gGmbH mit 40 % beteiligt ist.

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 25.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 %.

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 55.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 23 Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von ca. 26 %. Außerdem sind sechs Personen als Aushilfen beschäftigt gewesen.

9. Lagebericht

Mit der Gründung der ARKuS gGmbH am 21. Februar 2006, an der die GpZ Überlingen gGmbH mit 60 % und die SKID gGmbH mit 40 % am Stammkapital (25 T€) beteiligt sind, wurde ein mit Rangrücktritt versehenes Gesellschafterdarlehen über 60 T€ entsprechend der Stammkapitalanteile an die ARKuS gGmbH bewilligt und ausgezahlt. Das Gesellschafterdarlehen läuft über fünf Jahre und wird seit 1. Januar 2007 mit einem Zinssatz von 5 % p.a. verzinst. Die Darlehen wurden am 29.02.2008 zurück bezahlt.

GESCHÄFTSFELDER UND GESCHÄFTSVERLAUF

Die Tätigkeitsfelder der Werkstatt Überlingen sind

- ⇒ Montage und Verpackung
- ⇒ Wäscherei
- ⇒ Küche
- ⇒ Garten- und Landschaftspflege
- ⇒ Bürodienstleistungen
- ⇒ Atelier

Im Bereich Montage und Verpackung hat sich die Wertschöpfung deutlich verbessert. Erfolgreiche Preisverhandlungen haben zu einer Erlössteigerung beigetragen.

Der Bereich Küche ist gut ausgelastet. Für die zu erwartende Steigerung muss noch in weitere Küchengeräte investiert werden. Ein weiterer Ausbau des Kundenstammes oder des Auftragsvolumens ist nicht geplant. Der Geschirrmobilverleih bringt die erwarteten Erlöse und Kundenkontakte ins GpZ.

Im Bereich Bürodienstleistungen haben wir die meisten Anfragen seitens der Klienten. Die Auftragslage ist akzeptabel. Wir verarbeiten für verschiedene Vereine und Firmen „Mailing-Aufträge“ und betreiben eine ebay-Agentur. Der Umsatz und die Auslastung konnten verbessert werden.

Im Bereich der Garten- und Landschaftspflege hat sich die bisher positive Position am Markt weiter stabilisiert. Eine ganzjährige Beschäftigung der Klienten ist möglich. Die Umsätze sind im Vergleich zum Rekordvorjahr zurück gegangen.

Die Tagesstättenfinanzierung konnte entsprechend der allgemeinen Erhöhung angepasst werden und deckt die Kosten für die Tagesstätte ab. Da die Pauschalfinanzierung laut Rahmenvereinbarung auch für die niederschwellige Beschäftigung von psychisch kranken Menschen zu verwenden ist, wird der Zuverdienst mit der Pauschale in der Kostenträgerrechnung verrechnet. Im Bereich Vermietung haben sich keine Änderungen in 2008 ergeben. Die Einnahmen sind kostendeckend.

Insgesamt hat sich die Situation der GpZ Überlingen gGmbH weiter verbessert. Die deutliche Steigerung der Personalkosten wirkt sich auf das Ergebnis aus. Dieses ist gemäß der Planung im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

BELEGUNG - WERKSTATT / ZUVERDIENST / AGH / BESCHÄFTIGUNG

	Werkstatt			Tagesstätte			SGB II
	AB	BB	Summe	Offenes Angebot	ZVD	TB	AG
2008	34	24	58	118	6	4	9
2007	26	32	59	90	9	5	8

Zum Stichtag 31. Dezember 2008 wurden 77 Personen beschäftigt, davon 34 im Arbeitsbereich und 24 im Berufsbildungsbereich. Durchschnittlich beschäftigt waren 77,8 Personen, davon 35,8 im Arbeitsbereich und 22 im Berufsbildungsbereich, 8,7 waren im Rahmen des Zuverdienstes, 8,8 Personen im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten und 2,7 als Therapeutisch Beschäftigte. Im Laufe des Jahres 2008 haben insgesamt 118 Personen das offene Angebot der Tagesstätte in Anspruch genommen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2008 i.H.v. 1.396 T€ gliedern sich in folgende Bereiche auf. Die Einnahmen durch Werkstattsätze in Höhe von 787 T€ bilden hierbei die größte Position. Die Tagesstättenförderung lag bei 68 T€. Wobei 44 T€ über die pauschalierte Tagesstättenförderung und 24 T€ über das Zuverdienstangebot zufließen. Hinzu kommen Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGB II in Höhe von 45 T€ und der Therapeutischen Beschäftigten mit 5 T€. Der Umsatz aus Erlösen durch Produktionsbereiche (Aufträge) lag bei 448 T€. Der Mietbereich erreichte Einnahmen in Höhe von 25 T€. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fließt mit 18 T€ in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein. Diesen Einnahmen stehen Personalkosten in Höhe von 1.136 T€ und ein Wareneinkauf von 142 T€ gegenüber. In den Gesamtkosten sind 825 T€ Personalkosten und 134 T€ Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2008 über 119 T€ wird mit 18 T€ in die freie und mit 101 T€ in die zweckgebundene Rücklage gehen.

Die Rücklagen verbessern die Liquidität und ermöglichen die Realisierung der noch anstehenden notwendigen Investitionen bzw. die Refinanzierung der Erstinvestitionen. Diese stehen zum 31. Dezember 2008 noch mit 1.040 T€ als langfristige Verbindlichkeiten in der Bilanz. Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Investitionen in Höhe von 46 T€ getätigt. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr in %
2008	1.396 T€	+ 15 T€	+ 1,1 %
2007	1.381 T€	+ 143 T€	+11,6 %
2006	1.238 T€	+ 244 T€	+21,0 %

Die Umsatzerlöse in 2008 sind von 1.381 T€ in 2007 um ca. 1,1% auf 1.396 T€ gestiegen.

Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2008	1.396 T€	+119 T€	+8,5 %
2007	1.381 T€	+174 T€	+12,6 %
2006	1.238 T€	+244 T€	+19,7 %

Mit dem Jahresüberschuss 2008 von ca. 119 T€ wurden die im Wirtschaftsplan 2008 beschriebenen wirtschaftlichen Ziele erreicht.

Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 23 Personen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von ca. 26 %. Weiterhin sind sechs Personen als Aushilfen beschäftigt gewesen. An Löhnen für die behinderten Beschäftigten der Werkstatt wurden 106 T€ ausbezahlt. Das ist, im Vergleich zum Vorjahr, eine Steigerung um ca. 23 %. Mit 52.076 Lohnstunden, inklusive der Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage ist der Durchschnittsstundenlohn in 2008 auf 2,04 € im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Bei 429 Abrechnungsmonaten ergibt sich ein Durchschnittsmonatslohn von ca. 248 €. Dieser ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

	Umsatzerlös bzw. Gesamt- leistung	Gesamtkosten	Personalkosten	Personalkosten in % der Gesamt- leistung	Personalkos- ten in % der Gesamtkosten
2008	1.396 T€	1.136 T€	825 T€	59,1 %	72,6 %
2007	1.381 T€	1.081 T€	731 T€	52,9 %	67,6 %
2006	1.238 T€	889 T€	590 T€	47,6 %	66,4 %

Der Personalaufwand in 2008 beläuft sich auf 825 T€ oder 59,1 % der Gesamtleistung bzw. 72,6 % der Gesamtkosten und zeigt weiterhin steigende Tendenz.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

- ⇒ Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 165 T€
- ⇒ Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von - 46 T€
- ⇒ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 73 T€

Der Finanzmittelbestand liegt zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 787 T€ und steigt im Vergleich zum Vorjahr um 192 T€ bzw. um ca. 32 %.

	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2008	2.850 T€	787 T€	27,6 %
2007	2.885 T€	595 T€	20,6 %
2006	2.633 T€	410 T€	15,6 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Girokonto der Volksbank Überlingen. Dieses wird jedoch wie ein Tagesgeldkonto abzüglich 0,25-Zins-Punkte verzinst. Das Geld ist somit sicher und erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld über maximal sechs Monate angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Abschreibung
2008	2.880 T€	1.833 T€ / 64,3 %	134 T€
2007	2.885 T€	1.983 T€ / 68,7 %	142 T€
2006	2.633 T€	2.054 T€ / 78,0 %	123 T€

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen insgesamt 134 T€. Diese gliedern sich in

1. Grundstücke und Bauten mit 42 T€, in die
2. technischen Anlagen und Maschinen mit 7 T€ und
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 85 T€.

Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2008	2.850 T€	893 T€	31,33 %
2007	2.885 T€	774 T€	26,83 %
2006	2.633 T€	600 T€	22,79 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 893 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr um 119 T€ gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar:

	Bilanzsumme	EK + SoPo in T€	EK + SoPo in % der Bilanzsumme
2008	2.850 T€	1.626 T€	57,05 %
2007	2.885 T€	1.493 T€	51,75 %
2006	2.633 T€	1.342 T€	50,97 %

Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. der Kostenträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft GpV, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (66,1 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (1,8 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (32,1 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil, erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Die Beteiligung an der ARKuS gGmbH und dem damit verbundenen Ziel, ein wirtschaftlich selbstständiges Integrationsunternehmen zu eröffnen und zu betreiben, wurde nicht erreicht. Der Betrieb Strandbad Ost in Überlingen wurde in 2008 nicht mehr von der ARKuS gGmbH geführt. Die ARKuS gGmbH und die Beteiligung der GpZ Überlingen gGmbH soll vorerst auch ohne aktiven Geschäftsbetrieb bestehen. So kann noch an der 2009/2010 geplanten Ausschreibung zum Betrieb des Ostbad Überlingen teilgenommen werden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zum Juli 2009 wurde der Mietvertrag für die räumliche Zwischenlösung „Zum Degenhardt 12“ unterschrieben. Die Umbauarbeiten sind in vollem Gange und der Umzug der Abteilung Montage und Bürodienstleistungen ist in Vorbereitung. Die Abteilung Metall ist bereits in dem Gebäude aktiv. Außerdem sind nach dem Abschlussstichtag keine weiteren wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

Prognosebericht

Das GpZ Überlingen hat sich schon in den letzten Jahren eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2008 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil auch wenn der Erlös aus Fertigung und Dienstleistung von 464 T€ in 2007 auf 448 T€ in 2008 um 16 T€ (3,6 %-Punkte) gesunken ist. Die Gründe hierfür sind bekannt und nachvollziehbar und erlauben eine Gegensteuerung.

Die Löhne für Werkstattbeschäftigte im Arbeitsbereich sind um 20 T€ (ca. 23 %) auf 106 T€ gestiegen. In den Folgejahren werden die Lohnkosten für Werkstattbeschäftigte schrittweise auf voraussichtlich 165 T€ steigen. Parallel zu diesem Prozess werden immer mehr Werkstattbeschäftigte von dem Berufsbildungsbereich in den Arbeitsbereich wechseln. Bereits 2008 haben sich die Einnahmen aus den Werkstattsätzen bei ca. 780 T€ p.a. stabilisiert.

Bereits in 2008 sind weitere Personengruppen aus dem SGB II und SGB XII hinzu gekommen. Damit sind die Pflegesatzerlöse insgesamt von 892 T€ um 31 T€ (3,5 %) auf 923 T€ gestiegen. Diese Zahl sollte sich in den nächsten Jahren noch deutlich steigern lassen und zu einer Kompensation der reduzierten Einnahmen über Werkstattsätze beitragen.

Mit der neuen Vereinbarung im SGB II über 30 Plätze (Arbeitsgelegenheiten) wurde zusätzlich ein räumlicher und personeller Ausbau notwendig. Die geplanten Steigerungen in der Zuweisung konnten bisher allerdings nicht erreicht werden. Sollten die Erwartungen mittelfristig nicht zu erfüllen sein, muss mit anderen Erlösen aus Maßnahmen kompensiert oder wieder entsprechend reduziert werden.

Durch die räumliche Erweiterung und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Belastung ist kurzfristig mit einem negativen Betriebsergebnis zu rechnen. Die mittelfristigen Aussichten gestalten sich dadurch allerdings positiver. Die aktuelle Wirtschaftskrise berührt uns, hat uns aber noch nicht getroffen. Durch die breit gefächerte Maßnahmen-, Dienstleistungs- und Produktangebote gehen wir von einer guten Ausgangslage aus. Die wirtschaftliche Planung für die neue Abteilung Metall wird sich allerdings nicht halten können. Insgesamt rechnen wir für die nächsten ein bis zwei Jahre mit geringen Umsatzeinbußen, ansonsten mit einem zufriedenstellenden Verlauf.

Überlingen, 24. Juni 2009
Ingo Kanngießner
Geschäftsführer

Abschlussprüfer
Merz & Auer, Ravensburg

Bodensee-Festival GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Geschäftsstelle:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragungsdatum Handelsregister:	10. November 1993
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	15. Dezember 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion. Durch Gastspiele, Kulturbegegnungen und sonstige Angebote soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2008 folgende Gesellschafter beteiligt:

Stadt Friedrichshafen	78.000 €	
Kanton St. Gallen (CH)	26.000 €	
Landratsamt Bodenseekreis	15.600 €	
Stadt Konstanz	13.000 €	
Bodenseefestival GmbH	13.000 €	(eigene Anteile)
Stadt Ravensburg	7.800 €	
Stadt Tettngang	5.200 €	
Stadt Weingarten	5.200 €	
13 Gesellschafter mit je	2.600 €	

(= Gemeinden: Kressbronn, Langenargen; Kanton Appenzell-Ausserrhoden, Kanton Thurgau; Landkreis Ravensburg, Landkreis Sigmaringen; Städte: Kreuzlingen, Lindau, Meersburg, Pfullendorf, Sankt Gallen, Singen, Überlingen)

Die ausgewiesenen eigenen Anteile der Bodenseefestival GmbH stammen mit je einem Anteil aus dem Ausscheiden der Stadt Stockach im Jahr 2007 sowie der Marktgemeinde Hard im Jahr 2008. Von den drei Geschäftsanteilen mit insgesamt 20 Teil-Geschäftsanteilen der SWR Media Services GmbH hat die GmbH drei Teil-Geschäftsanteile übernommen.

Die SWR Media Services GmbH (vormals SWR Holding GmbH) hat bereits im Jahr 2006 mitgeteilt, dass sie aufgrund von Beschlüssen der Aufsichtsgremien und der Geschäftslei-

tung ihre Stammanteile zurückgeben und damit die Gesellschaft als Gesellschafterin verlassen will.

Im Jahr 2007 wurde beschlossen, dass die SWR Media Services GmbH nicht mehr an den Verwaltungskosten und dem künftigen Jahresergebnis beteiligt werden soll. Die Übernahme der Stammanteile sollte gemäß Gesellschafterversammlung vom 28. November 2007 bis zum 19. April 2008 geklärt werden. Im Prüfungszeitraum Mai 2008 war dies jedoch weiterhin offen.

Am 15. Dezember 2008 wurde die Rückgabe und Übertragung der drei Geschäftsanteile der SWR Media Services GmbH in Höhe von einmal 26.000 € und zweimal 13.000 € notariell abgewickelt. Die Geschäftsanteile wurden in 20 Geschäftsanteile zu je 2.600 € aufgeteilt und nummeriert.

Die Stadt Friedrichshafen hat zehn Geschäftsanteile übernommen. Fünf Geschäftsanteile hat das Landratsamt Bodenseekreis erworben. Weiter gingen je ein Geschäftsanteil an die Städte Tettnang und Weingarten. Drei Geschäftsanteile sind vorübergehend bei der Bodenseefestival GmbH verblieben. Diese übernommenen Anteile sind ab dem 01. Januar 2009 am Gewinn und Verlust beteiligt.

4. Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat:

Gerd Gerber; Oberbürgermeister a.D. - Vorsitzender

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen - stv. Vorsitzender

Roland J. Frank, Friedrichshafen

Prof. Dr. Karl Loewe, Friedrichshafen

Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg

Dr. Veit Steinle, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Sabine Brunnschweiler, Kanton St. Gallen

Dr. Madeleine Herzog, Stadt St. Gallen

Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis

Claus Boldt, Bürgermeister Stadt Konstanz

Dr. Hubert Locher, Ehrenvorsitzender, Tübingen

Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Stadt Überlingen

Gesellschafterversammlung:

Vertreter aller Gesellschafter

Vorsitzender: Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion. Die Besucherzahl schwankt je nach Zahl und Art der Angebote zwischen 17.000 und 22.000; 2008 wurden bei 84 Veranstaltungen 17.571 Besucher gezählt (= 68 % Auslastung). Die wichtigsten und besucherstärksten Veranstaltungen des Festivals finden in Friedrichshafen statt, das mit dem Graf-Zeppelin-Haus über die größten Veranstaltungsräume in der Bodenseeregion verfügt.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Die Forderung gegenüber den Gesellschaftern für das Geschäftsjahr 2008 belief sich auf 30.599,56 €.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit bzw. als Mini-job.

9. Lagebericht

Das 20. Internationale Bodenseefestival 2008

Das 20. Internationale Bodenseefestival vom 19. April bis zum 11. Mai 2008 war unter der Überschrift „Aufbruch zur Moderne“ den Jahren 1870 bis 1930 gewidmet. Artist in residence war der österreichische Cellist und Dirigent Heinrich Schiff. Er eröffnete als Solist mit dem SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg in Friedrichshafen das Festival. Mit der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz gastierte Heinrich Schiff als Dirigent dann in Weingarten und Konstanz. Als Dirigent war er auch mit dem Zürcher Kammerorchester in Friedrichshafen zu hören. Zwei Sonatenabende in Meersburg und auf Schloss Achberg, zwei Konzerte mit den Solowitern von J.S. Bach in St. Gallen und Lindau sowie ein Trio-Konzert in Tettngang ergänzten die Programmangebote Heinrich Schiffs, die vom Südwestrundfunk mitgeschnitten wurden.

In zwei Kammermusikzyklen wurden Komponisten, die man als „Väter der Moderne“ bezeichnen kann, vorgestellt. Als Interpreten wurden zum einen junge, international ausgezeichnete Pianisten verpflichtet: Giuseppe Andaloro, Keiko Hattori, Alice Sara Ott, Ian Yungwook, Anna Vinnitskaya und Alexei Volodin. Zum anderen gastierten erfolgreiche Kammermusik-Ensembles wie das Quartuo Ebène, das Heine Quartett, das Korngold Quartett, das ensemble recherche Freiburg, das Arensky Trio, das Pavel Haas Quartett und das Jacques Thibaud Trio.

Erstmals traten das Sinfonieorchester St. Gallen und die Südwestdeutsche Philharmonie Konstanz als „Bodenseefestival-Orchester“ gemeinsam in Friedrichshafen und St. Gallen auf. Mit der Aufführung von Arthur Honeggers „König David“ in Altshausen und Feldkirch begann eine Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Landeskonservatorium in Feldkirch, die in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll. In Friedrichshafen gastierten das Basler Ballet mit einer modernen Adaption von Shakespeares „A Midsummer Night's Dream“ begleitet von der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz und Abdullah Ibrahim sowie Ron Carter & Foursight Quartett.

Das Stadttheater Konstanz beteiligt sich mit dem Stück „Fegefeuer in Ingolstadt“ von Marilise Fleißer am Festivalprogramm. Der Schriftstellerin und Fotografin Ilse Schneider-Lengyl war eine multimediale Installation auf der Reichenau und in Kreuzlingen gewidmet. Das „Literaturschiff“, die „Lange Nacht der Literaten“ im Hotel Bad Schachen bei Lindau und mehrere Literaturabende und Lesungen sowie zwei Landpartien in Sigmaringen und auf Schloss Achberg und eine wissenschaftliche Tagung in der Kirchlichen Akademie in Weingarten über „Modernisierungsprozesse in Oberschwaben“ rundeten das Programmangebot ab.

Das 20. Internationale Bodenseefestival mit 84 Veranstaltungen hatte insgesamt 17.571 Besucher und erreichte eine durchschnittliche Auslastung der Veranstaltungen von 68 %. Die gegenüber 2007 gesunkene Besucherzahl hängt auch mit der geringen Anzahl von Veranstaltungen (84 statt 94) zusammen.

Der Südwestrundfunk schnitt insgesamt 21 Veranstaltungen für sein Hörfunkprogramm SWR2 mit. Von diesen Mitschnitten wurden sechs international über die EBU (European

Broadcasting Union) zur Übernahme angeboten. Zwölf Rundfunkanstalten machten davon mit 33 Sendungen Gebrauch.

Wie in den vergangenen Jahren wurde das 20. Internationale Bodenseefestival intensiv beworben. Ein Zeitungsbeileger (170.000 Stück) und der Hauptprospekt (55.000 Exemplare) wurden verteilt. 18 Anzeigen in Publikationen vor allem in der Bodenseeregion mit Texten, in denen das Programm des Festivals vorgestellt wurde, ergänzten das Informationsangebot. Große Bedeutung kam der Präsentation im Internet zu, auf die mehr als 80.000-mal zugegriffen wurde.

Entwicklung der Gesellschaft

Auch in 2008 beschäftigte das Ausscheiden der SWR Media Services GmbH die Geschäftsführung und die Aufsichtsgremien der Bodenseefestival GmbH stark. Als Ergebnis der Beratungen wurden eine Erklärung zur zukünftigen Struktur und Finanzierung der Bodenseefestival GmbH und ein neuer Gesellschaftsvertrag beschlossen und dieser nach der Zustimmung der kommunalen Gremien und der Kommunalaufsicht im Dezember 2008 notariell beurkundet.

Von den von der SWR Media Services GmbH gehaltenen 20 Anteilen übernahmen am 15. Dezember 2008 mit notarieller Beurkundung die Stadt Friedrichshafen zehn (zeitlich auf ein Jahr befristet und ohne Beteiligung an Kostenumlagen, Verlusten bzw. Gewinn), der Bodenseekreis fünf, die Stadt Tettngang ein und die Stadt Weingarten ebenfalls ein Anteil; drei Anteile übernahm die Bodenseefestival GmbH.

Wirtschaftliche Situation

Nicht zuletzt aufgrund der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zur Finanzierung der Verwaltungs- und Werbekosten, die eine Anpassung der von den einzelnen Gesellschaftern zu leistenden Anteile vorsehen, erwirtschaftete die Bodenseefestival GmbH im Geschäftsjahr 2008 einen Gewinn in Höhe von 16.063,26 €. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen den Rücklagen zuzuführen.

Ausblick

Das 21. Internationale Bodenseefestival findet vom 8. Mai bis 1. Juni 2009 unter dem Titel „England, oh England“ statt und ist vor allem den vier großen Jubilaren Purcell, Händel, Haydn und Mendelssohn Bartholdy gewidmet. Artist in residence ist der niederländische Cellist, Gambist und Dirigent Jaap ter Linden. Eröffnet wird das Festival erstmals in Ravensburg mit dem Orchester Concerto Köln und dem Geiger Daniel Hope unter der Leitung von Jaap ter Linden.

Neben den neun Konzerten mit dem Artist in residence wird es wiederum einen Quartettzyklus mit jungen Interpreten sowie eine Reihe weiterer Kammer- und geistlicher Konzerte geben. Das Leipziger Ballet wird „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn zusammen mit der Südwestdeutschen Philharmonie und einem Chor aus der Schweiz aufführen. Das Theater Konstanz bringt als Beitrag zum Festivalprogramm das Jugendstück „Pleasant View“ in der Spiegelhalle heraus, und das Badische Staatstheater Karlsruhe gastiert mit Schillers „Maria Stuart“ am Bodensee.

Friedrichshafen, 16. Mai 2009

Henner Faehndrich

Geschäftsführer

Winfried Neumann

Geschäftsführer

10. Abschlussprüfer

Revision des Südwestrundfunks, Baden-Baden

V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

ARKuS gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	ARKuS gGmbH
Geschäftsstelle:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	16. März. 2006
Eintragungsdatum Handelsregister:	16. März 2006 (HRB 581788 Amtsgericht Freiburg i.Br.)
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	15. Februar 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Versorgung von chronisch kranken und behinderten Menschen. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Gründung und die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb eines oder mehrerer Integrationsunternehmen im Sinne des § 68 Nr. 3 c Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist berechtigt andere Einrichtungen der vorgenannten Arbeitsfelder zu betreiben. Sie darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des Unternehmens sind nachfolgende Gesellschafter beteiligt:

Gesellschafter	Anteil	Kapitalanlage in €
GpZ Überlingen gGmbH	60 %	15.000
SKID gGmbH	40 %	10.000

4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung (Ingo Kanngießer, Reinhard Wein)

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft unterstützt, begleitet und berät kranke und behinderte Menschen auf dem Weg zu einer selbst gewählten Arbeits- und Lebensgestaltung.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Die Anerkennung als Integrationsunternehmen nach § 132 SGB IX verfällt bei Aufgabe des Betriebes ersatzlos und kann nicht wieder aufleben.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Für die Saison 2008 waren neben den beiden Geschäftsführern (1-4/2008) keine weiteren Personen beschäftigt.

9. Lagebericht

Am 15. Februar 2006 wurde die gemeinnützige GmbH ARKuS (Arbeit - Rehabilitation - Kultur - Soziales) gegründet. Zeitgleich mit der Gründung der ARKuS gGmbH, wurden mit Rangrücktritt versehene Gesellschafterdarlehen über insgesamt 100.000,00 € entsprechend der Stammkapitalanteile an die ARKuS gGmbH bewilligt und ausgezahlt. Die Gesellschafterdarlehen werden ab dem 1. Januar 2007 mit 5 % verzinst. Sie sind tilgungsfrei und laufen über fünf Jahre bis zum 30. April 2011. Die Darlehen sind per Sicherungsübereignung von Anlagegütern, geringwertige Wirtschaftsgütern und der Betriebs- und Geschäftsausstattung abgesichert. Die Darlehen wurden am 29.02.2008 an die Gesellschafter zurückbezahlt.

Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Ostbad wurde in 2008 nicht mehr durch die ARKuS gGmbH betrieben. Somit stellte die ARKuS gGmbH jeglichen Betrieb zum 31. Dezember 2007 ein. Die wenigen wirtschaftlichen Bewegungen begründen sich nur noch auf den Rückbau der angelegten Strukturen, den Verkauf der Geschäftsausstattung und die (Re)Finanzierung der noch offenen Posten bzw. Darlehen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Im Jahr 2008 wurde kein Umsatz getätigt. Entsprechend liegt auch der Materialaufwand bei 0 €. Die Personalkosten belaufen sich noch auf insgesamt 4.211,85 € und sind dem Aufwand für die Stilllegung zuzurechnen.

Umsatzerlöse/Gesamtleistungen

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr in %
2008	0 T€	- 147 T€	- %
2007	147 T€	+ 4 T€	+ 2,8 %
2006	143 T€	+ 143 T€	+ 100 %

Jahresergebnis

	Umsatzerlöse bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2008	0 T€	- 7 T€	- %
2007	147 T€	+ 7 T€	4,8 %
2006	143 T€	- 1 T€	- 0,7 %

Das negative Jahresergebnis kann von den Rücklagen aus 2007 weitestgehend aufgefangen werden.

Finanzmittelbestand

Die ARKuS gGmbH führt bei der Volksbank Überlingen ein Girokonto. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Abschreibung	Fremdkapital
2008	26 T€	0 T€/ - %	0 T€	0 T€/ - %
2007	204 T€	0 T€/ 0,0 %	30 T€	170 T€/ 83,3 %
2006	178 T€	115 T€/ 64,61 %	19 T€	152 T€/ 85,3 %

Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2008	26 T€	24 T€	- %
2007	204 T€	31 T€	15,2 %
2006	178 T€	24 T€	13,48 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 24 T€.

Risikobericht

Die Gründung der ARKuS gGmbH und dem damit verbundenen Ziel, ein wirtschaftlich selbstständiges Integrationsunternehmen zu eröffnen und zu betreiben, war mit erheblichen Risiken verbunden. Die eingeplanten zwei Jahre (2006 und 2007) als Übergang zu dem Projekt „Radlerherberge-Gastronomie-Seebad“ sind inzwischen abgelaufen. Nun ist klar, dass eine Zukunft mit Radlerherberge nicht auf dem Grundstück des Strandbades Ost in Überlingen möglich ist. Selbst der gewöhnliche Badebetrieb ist ab 2008 nicht mehr an die ARKuS gGmbH vergeben worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Gesellschafterversammlung hat die Auflösung der GmbH durch Liquidation zum 31. Juli 2009 beschlossen. Zum alleinigen Liquidator ist Herr Ingo Kanngießler bestimmt worden. Weitere wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht vorgefallen.

Überlingen, 1. Juli 2009

Ingo Kanngießler
(Geschäftsführer)

Reinhard Wein
(Geschäftsführer)

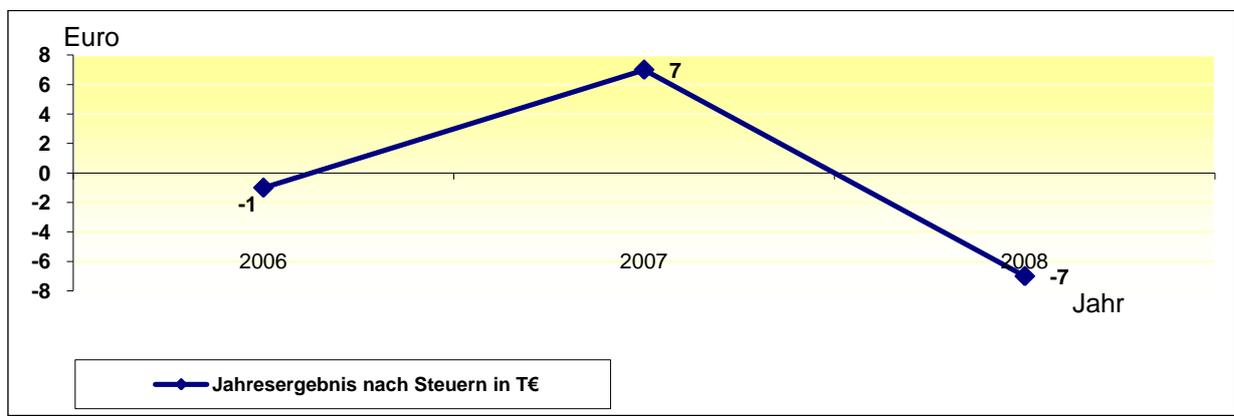
10. Abschlussprüfer

Dr. Altmann & Böttinger, Überlingen

11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2008	2007	2006
Erlöse Eintritt	0 €	41.856 €	48.082 €
Erlöse Kiosk	0 €	39.851 €	53.797 €
Erlöse Beach-Bus	0 €	49.083 €	34.239 €

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T€



Bilanz der ARKuS gGmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenst.	0	0,0	0	0,0	2	1,1
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen	0	0,0	0	0,0	63	35,4
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	0	0,0	0	0,0	49	27,5
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0	0,0	20	9,8	0	0,0
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen	0	0,0	111	54,4	0	0,0
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0,0	0	0,0	0	0,0
5. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,4	32	15,7	57	32,0
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	25	99,6	41	20,1	7	3,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	26	100	204	100	178	100

Bilanz der ARKuS gGmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25	97,6	25	12,3	25	14,0
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	6	23,4	-0,5	-0,2	0	0,0
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-7	-27,3	7	3,4	-0,5	-0,3
	24	93,7	32	15,5	24,5	13,8
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	1	4,9	3	1,5	3	1,7
E. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	0	0,0	6	2,9	0	0,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	1,5	111	54,5	107	60,1
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0,0	40	19,7	40	22,5
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	0,0	12	5,9	3,5	2,0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	0	1,5	169	83,0	150,5	84,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	26	100	204	100	178	100

Gewinn- und Verlustrechnung der ARKuS gGmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008	2007		2006	
	T€	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	0	147	56,1	143	78,1
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen					
3. andere aktivierte Eigenleistungen					
4. Sonstige betriebliche Erträge	0	115	43,9	40	21,9
5. Gesamleistung	0	262	100	183	70
6. Materialaufwand					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	33	12,6	38	20,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0,0	4	2,2
7. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	3	86	32,8	44	24,0
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	1	25	9,54	13	7,10
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	0	30	11,45	19	10,38
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2	76	29,0	66	36,1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	5	1,9	0	0,0
	7	255	97,3	184	100,5
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-7	7	2,7	-1	-0,5
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	7	2,7	-1	-0,5
12. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen					
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0,0	0	0,0
14. Sonstige Steuern					
15. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-7	7	2,7	-1	-0,5
16. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)					
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-7	7	2,7	-1	-0,5

Energieagentur Ravensburg gGmbH**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Geschäftsstelle:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragungsdatum Handelsregister:	25. April 2000
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	19. Dezember 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

- a) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:
- Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
 - Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
 - Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
 - Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

- b) Zur Erreichung der Ziele gem. Ziffer a) wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucherzentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.
- c) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- d) Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 62.650 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	<u>in %</u>	<u>in €</u>
Landkreis Ravensburg	14,69	9.200
Energieagentur Biberach GbR	14,69	9.200
Energieagentur Bodenseekreis GbR	14,69	9.200
Energieagentur Sigmaringen GbR	11,10	6.950
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	7,34	4.600
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	7,34	4.600
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	7,34	4.600
EnBW Regional AG	7,34	4.600
Thüga AG, München	7,34	4.600
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	7,34	4.600
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	0,80	500

4. Organe des Unternehmens

Die Organe des Unternehmens sind die Geschäftsführung, die Gesellschafterversammlung und der Beirat.

Vergütung der Geschäftsführung: Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung beliefen sich auf 69,4 T€.

Vergütung des Beirates: Der Beirat erhält keine Vergütung.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Von besonderer Bedeutung sind folgende Verträge und Vorgänge:

- a) Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 04. Februar 2002 und vom 07. November 2006 (Gesellschafterbeschluss);
- b) Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T€;
- c) Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten;

- d) Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach über Sponsoring Leistungen von 5.000 € bzw. 10.000 € p.a. mit Laufzeiten bis 2008 bzw. 2010;
- e) Verträge mit zehn selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
- f) Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit;
- g) Verträge mit den Städten und Gemeinden über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden;
- h) Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8;
- i) Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betr. Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen;
- j) Mietvertrag vom 02. Februar 2008 mit der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH, Stuttgart, über Büroräume im Gebäude In der Au 14, 72488 Sigmaringen;
- k) Werkvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über die Umsetzung des regionalen Projektmanagements im Rahmen des Modellvorhabens „Niedrigenergiehaus im Bestand“ vom 8. Februar/14. Februar 2008.
- l) Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006;
- m) 15 Dienstleistungsverträge mit den Städten und Gemeinden Aulendorf, Bad Schussenried, Bad Waldsee, Dürmentingen, Friedrichshafen, Fronreute, Grünkraut, Ingoldingen, Maselheim, Ravensburg, Sigmaringen, Vogt, Wangen, Wilhelmsdorf und Wolpertswende über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®;
- n) Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten; die GbR hat außerdem von den Sparkassen Bodensee und Salem-Heiligenberg sowie der Volksbank Überlingen die Zusage über Sponsoringleistungen im Betrag von 10.000 € für die Jahre 2007-2009 erhalten;
- o) Zuwendungsbescheid des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 19. April 2007 zur Mitfinanzierung der Gründung einer Energieagentur für den Bodenseekreis in Höhe von 100.000 € bis 30. April 2010;
- p) Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 €

zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge in Höhe von zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt;

- q) Zuwendungsbescheid des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 09. August 2007 zur Mitfinanzierung der Gründung einer Energieagentur für den Landkreis Sigmaringen in Höhe von 100.000 € bis 31. Dezember 2009.

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt entwickelt:

1. ein Geschäftsführer (100 %)	unverändert
2. ein Assistent der Geschäftsführung (100 %)	unverändert
3. eine Sachbearbeiterin (90 %)	unverändert
4. eine Sachbearbeiterin (90 %)	seit 1. Januar 2008
5. eine Energieberaterin	
für die Energieagentur Ravensburg (60 %)	1. Januar bis 30. September 2008
für die Energieagentur Ravensburg (80 %)	seit dem 1. Oktober 2008
6. eine Energieberaterin	
für die Niederlassung Biberach (80 %)	unverändert
7. eine Energieberater	
für die Niederlassung Bodenseekreis (100 %)	unverändert
8. eine Energieberaterin	
für die Niederlassung Sigmaringen (100 %)	seit dem 3. März 2008

9. Lagebericht

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach:
Am 6. Oktober 2003 wurde die Energieagentur Biberach, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH im Landkreis Biberach gegründet und am 1. März 2004 im Gebäude der Kreishandwerkerschaft eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis:
Am 13. Juni 2007 wurde die Energieagentur Bodenseekreis, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und im Gebäude der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen:
Am 21. November 2007 wurde die Energieagentur Sigmaringen, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und am 03. März 2008 im Gebäude der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein

einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.

- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der oben genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach und Bodenseekreis wie folgt eingerichtet:

- ⇒ 2001 bis 2006:
Die Energieagentur Ravensburg hat neun Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden des Landkreises Ravensburg und eine in enger Kooperation mit dem Landschaftserhaltungsverband Höchsten-Dornacher Ried (in Wilhelmsdorf) installiert.
- ⇒ 2007 bis 2008:
Die Energieagentur Biberach hat acht Energieberatungsaußenstellen in den Gemeinden bzw. den Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis Biberach eingerichtet.
- ⇒ 2008:
Acht Energieberatungsaußenstellen wurden im Bodenseekreis durch die Energieagentur Bodenseekreis in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften eröffnet.
- ⇒ 2008:
Auch die Energieagentur Sigmaringen hat im Landkreis Sigmaringen fünf Außenstellen in den jeweiligen Kommunen in Betrieb genommen.

So ist eine „fast“ flächendeckende und unabhängige Energieberatung für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

Jahresergebnis:

Die Erlöse der Gesellschaft von rund 769.737,89 € setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse aus den Landeszuschüssen für die Energieagentur Bodenseekreis und Sigmaringen
- ⇒ Erlöse Sponsoring
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/aus dem eea®
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Kostenbeteiligungen für Messekooperationen
- ⇒ Erlöse aus der Initiative "EnergieEffizienz"
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
- ⇒ Erlöse aus Vorträgen/Veranstaltungen

Es verbleibt ein Jahresüberschuss von **7.977,70 €**.

Der Jahresüberschuss 2008 soll mit dem Gewinnvortrag zusammengefasst und auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	T€	T€	T€
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes			
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	72	84	10
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-30	-34	-1
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	7	9	0
Summe	<u>49</u>	<u>59</u>	<u>39</u>
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	<u>273</u>	<u>214</u>	<u>175</u>
Finanzmittelbestand am 31.12.	<u>322</u>	<u>273</u>	<u>214</u>

Personalentwicklung:

Neben den bei 8. (Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen) genannten Personen, sind zehn freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

Tätigkeitsbericht:

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2008 lag in folgenden Bereichen:

⇒ Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

Aufbau der Energieagentur Sigmaringen und die Einrichtung von örtlichen Energieberatungsaußenstellen in den Landkreisen Bodenseekreis und Sigmaringen.

In rund 2.000 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 15.000 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien und Förderprogramme beraten.

⇒ Ausbau der kommunalen Energieberatung:

Hilfestellung bei der Umsetzung der politischen Klimaschutzziele der Europäischen Union und der Bundes- und Landesregierung im Rahmen des Qualitäts- und Zertifizierungssystems für Kommunen in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen.

Seit Einführung des European Energy Award® im Sommer 2006 in Baden-Württemberg betreuen die Energieagenturen Ravensburg und Biberach 15 Gemeinden.

⇒ Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Förderprogramme und hohen Energiekosten führen zu folgenden Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- Fortbildung von 99 kommunalen Hausmeistern
- mehrtägiges Seminar für Ingenieure „DIN 18599“ für Nichtwohngebäude
- Erfahrungsaustausch mit Baurechts- und Wasserwirtschaftsämtern zu den gesetzlichen Änderungen
- Handwerkerfortbildungen (Abend- und Nachmittagsveranstaltungen)

- 13 Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen

⇒ Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch

- zahlreiche örtliche Energieforen, -messen
- Vorträge und Ausstellungen
- die Biberacher Frühlingsausstellung (BIFA)
- die Oberschwabenschau
- die Hausplus
- Aktionen an den landesweiten Energietagen
- durch regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen

Bewertet man nur die 2.000 Beratungsgespräche kann sich bei einer teilweisen Umsetzung der Energieeinsparvorschläge eine jährliche CO₂-Entlastung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen von knapp 10.000 Tonnen und ein Investitionsvolumen von über 48 Mio. € für die mittelständische Wirtschaft in allen vier Landkreisen ergeben.

Die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren und Ausstellungen haben sich weiter verstärkt. Dies ist auf die relativ hohen Energiepreise, die europäischen, Bundes- und Landes-Klimaschutzziele sowie auf die neuen Verordnungen und die hohe Beteiligung der Gemeinden am eea® zurückzuführen. Dies führt weiterhin zu Beratungsrückständen im kommunalen Bereich.

Fazit:

Mit dem Einsatz von 391 T€ durch die Gesellschafter und Sponsoren werden ggf. über 48 Mio. € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen. Dies entspricht einem Umsatzvolumen, das - rechnerisch - für die Zurverfügungstellung von rund 530 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise erforderlich ist. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit trägt die Energieagentur maßgeblich zum Klimaschutz und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

Vorteile für die Gesellschafter ergeben sich durch die unabhängige Fortbildung ihrer Mitarbeiter/-innen, Personal- bzw. Kosteneinsparungen durch z.T. zeitaufwändige Vorberatungen seitens der Energieagentur und erhebliche personelle Entlastungen bei Anfrage im Rahmen der Energiegesetze in den einzelnen Ämtern der Gemeinden und der Landkreise. Weitere positive Aspekte ergeben sich durch die breite Öffentlichkeitsarbeit bei Pressemitteilungen, Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen sowie durch die Repräsentation der Gesellschafter über die Grenzen der Landkreise hinaus.

Ausblick auf das Jahr 2009:

Als herausragende Aktivitäten sind die Veranstaltungen im Rahmen des fünfjährigen Bestehens der Energieagentur Biberach mit jeweils einem kreisweiten und öffentlichen Energieforum zu nennen. Das zehnjährige Bestehen der Energieagentur Ravensburg ist in Verbindung mit einer Energieeffizienzmesse sowie Aktionen auf der Oberschwabenschau geplant.

Durch die neuen bzw. verschärften Klimaschutzziele plant das Umweltministerium Baden-Württemberg den Ausbau der eea®. In unserer Region beabsichtigen ca. zehn weitere Gemeinden die Teilnahme am European Energy Award®. Für fünf Kommunen ist die Zertifizierung vorgesehen.

Weitere „energiepolitische Highlights“ sind die Teilnahme des Landkreises Ravensburg am Pilotprojekt eea® für Landkreise (als erster Landkreis in Baden-Württemberg) und der internationale Austausch der beteiligten eea®-Gemeinden im Rahmen eines Interreg-Projektes.

Weiter plant die Energieagentur Ravensburg eine „Energieeffizienz Initiative“ mit finanzieller Unterstützung der Kreissparkasse Ravensburg für kleine und mittlere Unternehmen im Landkreis Ravensburg.

Ein weiterer Baustein ist die Fortbildung von Innungsfachbetrieben (Zertifizierter Energiefachbetrieb der Energieagentur und der Kreishandwerkschaft), von Kommunen (Hausmeisterschulungen ...) und von Ingenieuren mit einem neuen Seminar „Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben“.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen, vor allem hervorgerufen durch die gesetzlichen Änderungen und neuen Förderprogramme, und auch die starke Anfrage von Kommunen in Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm II führt bei der gegebenen Personalsituation zu weiteren langen Bearbeitungszeiten.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 56 T€ (im Vorjahr 37 T€) sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft weiterhin voll ausgelastet sind. Aufgrund der hohen bzw. steigenden Energiepreise, der neuen europäischen, bundes- und landesweiten Klimaschutzziele bzw. Gesetze sowie der neuen Konjunkturprogramme wird diese Entwicklung anhalten.

Die Finanzierung für das Jahr 2009 ist trotz der stark zunehmenden Beratungsnachfragen, lokalen Energieforen, Vorträgen und den damit verbundenen Personal-Mehrkosten gesichert, wie z.B. durch:

- Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 391 T€
- Förderbeträge von insgesamt 45 T€ der Kreissparkasse Ravensburg, Kreissparkasse Biberach und Sigmaringen, den Sparkassen Bodensee, Salem-Heiligenberg und Pfullendorf-Meißkirch sowie der Volksbank Überlingen.
Im Förderbetrag sind erstmalig 20 T€ für die Projektierung „Energieeffizienz in der Region“ der Kreissparkasse Ravensburg enthalten, in dem Energieprojekte/Aktivitäten vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen im Landkreis Ravensburg entstehen sollen.
- Kostenerstattung aus der bundesweiten Kampagne „Initiative Energieeffizienz“ (12 T€)
- Einnahmen aus dem Projekt European Energy Award®: ca. 65 T€
- Zuschüsse des Umweltministeriums Baden-Württemberg für die Energieagenturen Bodenseekreis und Sigmaringen
- Einnahmen aus den Interreg-Projekten, Beratungen von Kommunen, Vorträgen

Risiken für die zukünftige Entwicklung:

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft ist auf Basis der oben genannten Einnahmen vor allem aus Projekten/Aktivitäten im Landkreis Ravensburg gesichert.

Die Finanzierung der auf Grund der Erweiterung unserer Aufgaben im Geschäftsjahr 2008 auf ca. 798 T€ gestiegenen Aufwendungen war nur durch zusätzliche Einnahmen, wie z.B. über den European Energy Award® und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschaftern möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft, insbesondere für die Niederlassungen, dass sie spätestens ab dem Jahr 2010 nach Wegfall der Landeszuschüsse ihre Aufgabenerfüllung an ihre

Finanzierungsmöglichkeiten anpassen müssen, weil bereits die erhöhten Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen, aus den auf drei Jahre befristeten Landeszuschüssen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute (letzte Rate in 2008 - Verlängerung beantragt) bestritten werden können. Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter müsste die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden.

Ravensburg, im März 2009
Walter Göppel, Geschäftsführer

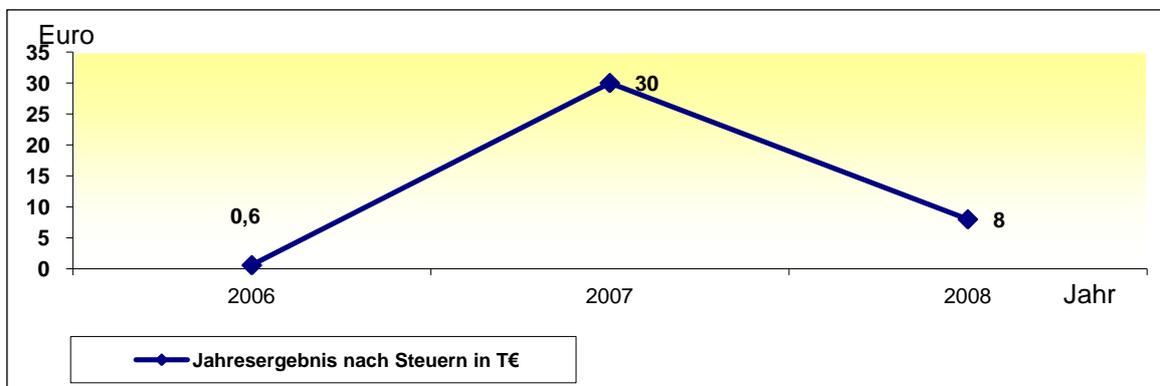
10. Abschlussprüfer

Dr. Gretter & Partner GmbH

11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2008	2007	Abweichung 2008 - 2007 in %
Ausstellungstage	42	38	+10,5
Energieberatungsgespräche	2.000	1050	+90,5

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenst.	7	1,5	0	0,0	1	0,4
II. Sachanlagen						
1. andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	46	10,2	45	11,8	35	13,3
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Unfertige Leistungen	34	7,6	23	6,0	7	2,7
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	27	6,0	27	7,1	5	1,9
2. Eingeforderte, noch ausstehende Kapitaleinlagen	7	1,6	7	1,8	0	0,0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	7	1,6	7	1,8	1	0,4
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	322	71,6	273	71,5	214	81,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	450	100	382	100	263	100

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	63	13,9	63	16,5	47	17,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage	60	13,3	60	15,7	60	22,8
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	91	20,2	61	16,0	60	22,8
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8	1,8	30	7,9	1	0,4
	221	49,2	214	56,0	168	63,9
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0,0	2	0,5	17	6,5
C. Sonderposten für Zuschüsse	13	2,9	7	1,8	6	2,3
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	69	15,3	47	12,3	29	11,0
E. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen	80	17,8	48	12,6	21	8,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	39	8,7	45	11,8	10	3,8
3. Sonstige Verbindlichkeiten	27	6,0	19	5,0	12	4,6
	146	32,5	112	29,3	43	16,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	450	100	382	100	263	100

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	288	36,3	145	26,1	143	35,9
2. Zuweisungen u. Zuschüsse zu den Betriebskosten	482	60,7	367	66,0	244	61,3
3. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	11	1,4	16	2,9	7	1,8
4. Sonstige betriebliche Erträge	13	1,6	28	5,0	4	1,0
5. Gesamtleistung	794	100	556	100	398	100
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	66	8,3	34	6,1	26	6,5
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	392	49,4	218	39,2	141	35,4
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	85	10,71	55	9,89	40	10,05
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	22	2,77	25	4,50	14	3,52
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	218	27,5	186	33,5	171	43,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	783	98,6	518	93,2	392	98,5
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	11	1,4	38	6,8	6	1,5
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11	1,4	38	6,8	6	1,5
13. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	12	1,5	7	1,3	5	1,3
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
15. Sonstige Steuern	15	1,9	15	2,7	10	2,5
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	8	4,8	30	10,8	1	5,3
16. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8	4,8	30	10,8	1	5,3

frieiks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

1. Allgemeine Angaben



Firma des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieiks)
Geschäftsstelle:	Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-30 Fax: 07541 / 38588-33 E-Mail: Info@frieiks.de Homepage: www.frieiks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragungsdatum HR:	22. Mai 2000
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums insbesondere für Existenzgründer in der Region Friedrichshafen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen. Sie kann alle Maßnahmen treffen, die dazu geeignet sind, das Technologiezentrum und die positiven Standortbedingungen zu vermarkten.

Zweck der frieiks GmbH ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags:

- die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen,
- die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen,
- die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern,
- eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen,
- das Marketing für das Technologiezentrum.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieiks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Stadt Friedrichshafen	51,00 %	12,75 T€
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis mbH	29,00 %	7,25 T€
IHK Bodensee-Oberschwaben	20,00 %	5,00 T€

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

Benedikt Otte
Michael Mahl

Gesellschafterversammlung

Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung konnte das Zentrum durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung leisten. Im Laufe des Jahres 2008 ist die Auslastung auf nur noch 61 % gesunken, dieser Wert liegt 10 % unter dem Planwert. Durch die Geschäftsführung werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um der geringen Auslastung entgegenzuwirken.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Ein Beteiligungsverhältnis im Sinne von § 271 HGB besteht mit der WFB.

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit der GMG Generalmietgesellschaft über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12-14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter/innen.

9. Lagebericht

A. Lage und Geschäftsverlauf

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wie auch die branchenbezogene Entwicklung im Jahr 2008 waren überschattet von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Gründungsaktivitäten nahmen bundesweit um 2 % ab, gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebsschließungen um 5 % an. Gerade technologieorientierte Unternehmen sind äußerst kapitalintensiv und haben teilweise mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen. Mieter der frieks GmbH waren in Einzelfällen ebenfalls davon betroffen.

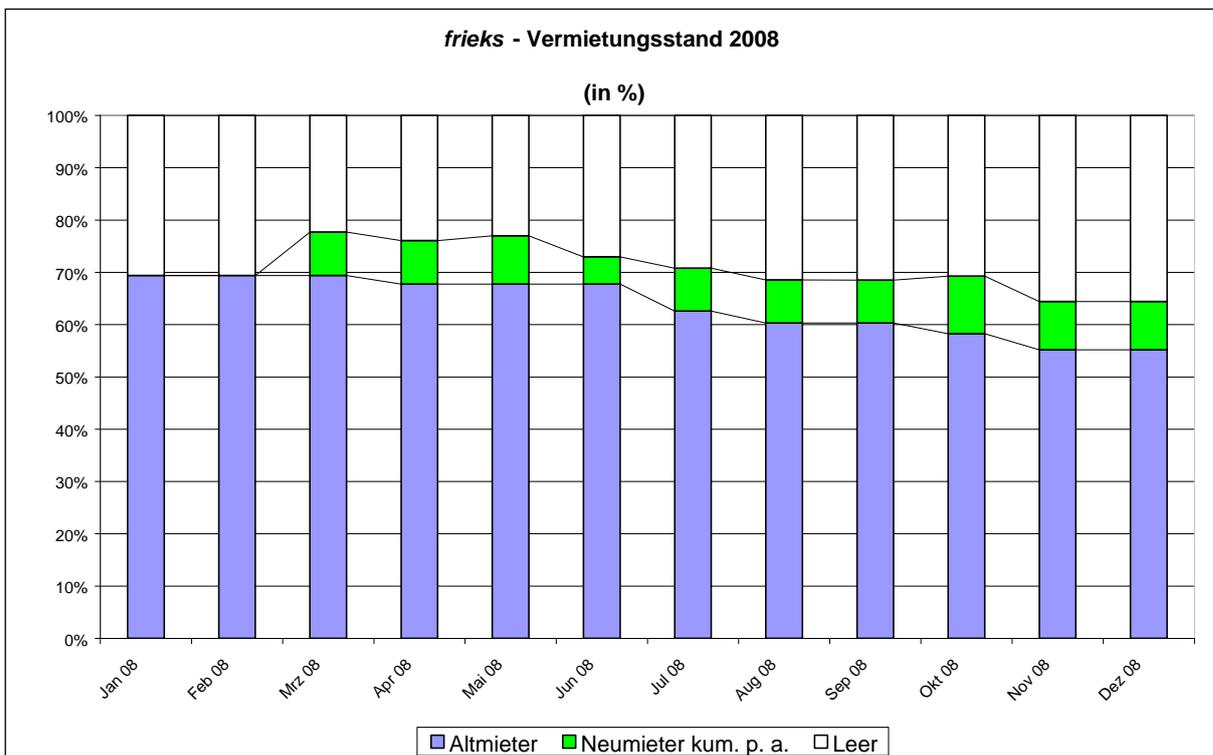
Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z.B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2008 dennoch als zufriedenstellend.

Vermietung

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31. Dezember 2008 ca. 61 % und verringerte sich damit im Vergleich zum 31. Dezember 2007 um 14 %. Der Rückgang resultierte aus dem unterjährigen Auszug von vier Unternehmen, die insgesamt 328 m², das sind 15 % der vermietbaren Fläche, angemietet hatten. Während eines dieser Unternehmen mit 46 m² angemieteter Fläche den Unternehmenssitz verlegt hat, haben die anderen drei Unternehmen das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen müssen. Die Auslastung lag damit am Stichtag um 10 % unter dem Planwert von 71 %. Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 74 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 68 % um 6 %-Punkte unterschritten. Die unterjährigen Auszüge von Mietern konnten durch Neuvermietungen und Mietflächenvergrößerungen von Bestandsmietern teilweise kompensiert werden. Absolut konnten zum Jahresende 2008 insgesamt 190 m² neu vermietet werden. Bezogen auf die in 2008 vermietbare Fläche, lag der Auslastungsgrad im Jahr 2008 zwischen 61 % und 73 %.

Der derzeit größte Mieter hat das Zentrum zum 30. April 2009 verlassen und ist in andere Büroräume in Friedrichshafen umgezogen. Dadurch sinkt die Auslastung um ca. 13 % auf 48 %. Durch die Geschäftsführung werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um der geringen Auslastung entgegenzuwirken. Durch verschiedene Maßnahmen konnten neue Flächen vermietet werden. Die Auslastung beträgt dadurch ab Mai 2009 56 % und ab Juni 2009 60 %, sofern sich an der Anzahl der Bestandsmieter nichts ändert.



Vermietungsverlauf *frieks* 2008 (in % bezogen auf vermietbare Gesamtfläche von 2057 m²).

Die kurzfristige Vermietung von Seminarräumen konnte auch im Geschäftsjahr 2008 erfolgreich fortgesetzt werden. So wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der *frieks* GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Der Umsatz aus diesem Geschäftsfeld betrug ca. 2,7 T€. Büroraum auf Zeit konnte im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes vermietet werden.

Die Mitarbeiterzahl der im frieks ansässigen Unternehmen beträgt zu Beginn des Geschäftsjahres 2009 ca. 60. Die Ziele von frieks, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, sind damit erreicht.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt:

Messen, Präsentationen und Werbung

Die *frieks* GmbH präsentierte sich auf der Hannover Messe 2008 und auf den Veranstaltungen der WFB GmbH.

In den regionalen Tageszeitungen und im Internet wurde das Zentrum mittels Anzeigen beworben. Zudem erfolgte eine Imageanzeige in der Zeitschrift der IHK Bodensee-Oberschwaben „Wirtschaft zwischen Alb und Bodensee“.

Veranstaltungen

Im Jahr 2008 wurden vier Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

Das Jahresergebnis der *frieks* GmbH im Geschäftsjahr 2008 weist einen Jahresüberschuss von 0,7 T€ (Vj. 2,1 T€) aus. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Zuschüsse von Gesellschaftern in Höhe von 7 T€ (Vj. 7,5 T€) neutralisiert, die als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden. Die im Geschäftsjahr 2008 realisierten Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 42 T€ auf 165 T€. Dies ist im Wesentlichen auf die verringerte Auslastungsquote des Zentrums zurückzuführen.

Im Jahr 2008 konnten die Kosten der technischen Infrastruktur mit 11 T€ konstant gehalten werden. Saldiert betrachtet, konnten die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 2,5 T€ gesenkt werden. Die Kosten für RHB und bezogene Waren belaufen sich auf 220 T€ (Vj. 228 T€). Der Rückgang um 8 T€ resultiert im Wesentlichen aus geringeren Kosten für Gas, Strom und Wasser.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die Buchführung und den Jahresabschluss in Höhe von 9 T€ (Vj. 12 T€) sowie die Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 9 T€ (Vj. 3 T€).

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

2. Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 T€ ist voll eingezahlt. Der Bilanzgewinn steigt im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 T€ auf 7 T€. Insgesamt verringert sich die Bilanzsumme um 25 T€ auf nunmehr 193 T€.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2008 nicht vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der *frieks* GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres. Der Rückgang um 16 T€ ggü. dem Vorjahr ist das Resultat aus der verringerten Auslastungsquote des Zentrums.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 T€ auf 30 T€ verringert. Ein Grund dafür ist zum einen ein verbessertes Forderungsmanagement. Zum anderen mussten drei Mieter aus wirtschaftlichen Gründen das Zentrum verlassen mit der Folge, dass die Forderungen einzelwertberichtigt wurden. Die Einzelwertberichtigungen stiegen im Berichtsjahr auf 11 T€ (Vj.

6 T€). Die Guthaben bei Kreditinstituten sind auf 110 T€ (Vj. 98 T€) gestiegen. Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite verringerten sich die sonstigen Rückstellungen um 28 T€ auf 18 T€. Darin spiegeln sich der mit dem Vermieter geschlossene Vergleich über die Mietnachzahlungen für die Vorjahre sowie Einsparungen bei den Prüfungskosten für den Jahresabschluss wider.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

C. Voraussichtliche Entwicklung

Die Jahre 2009 und 2010 werden aus Sicht der frieks GmbH von den Ereignissen der Wirtschaftskrise geprägt sein. Auf die Nachfrage von jungen Unternehmen der IT- und Kommunikationsbranche nach Mietflächen wird sich die Krise stark auswirken. Deshalb ist mit einem weiteren Rückgang der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2009 zu rechnen. Erste erkennbare Zahlungsschwierigkeiten von einzelnen Mietern bestätigen die Auffassung. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2009 auf Grund der geringeren Auslastung des Zentrums sowie wegen gesteigerter Werbeaufwendungen signifikant zurück gehen.

Die Geschäftsführung hat entsprechende Maßnahmen ergriffen, um die Auslastung des Zentrums zu steigern. Das Objekt wird in Tageszeitungen als auch im Internet beworben. Auf den Veranstaltungen des Gesellschafters Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH, auf der Messe Intertech sowie beim Wirtschaftstag der L-Bank, der am 09. Juli 2009 in Friedrichshafen stattfindet, wird das Zentrum ebenfalls präsentiert. Es wird ein neues Corporate Design entwickelt. In diesem Zusammenhang werden der Flyer und die Homepage neu gestaltet sowie 2 Roll-Ups angeschafft. Ebenso wird der Messestand erneuert. Eine veraltete Telefonanlage, an der viele Mieter angeschlossen waren, wurde abgeschafft, was die Nebenkosten deutlich senkte und damit auch weiterhin ein attraktives Mietpreisniveau ermöglicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Im Jahr 2009 soll die strategische Ausrichtung der Gesellschaft angepasst werden. Jungen Unternehmen, die nicht zu der Software- und Kommunikationsbranche zählen, soll die Möglichkeit gegeben werden, Büroräume im frieks zu mieten. Dazu wird es erforderlich sein, Teile der Fördermittel zurück zu zahlen. Die Höhe ist noch nicht bezifferbar.

Größere Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht mit Ausnahme der Neugestaltung des Webauftritts der Gesellschaft nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2009 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Zukünftige finanzielle Risiken sind nicht bekannt oder zu erwarten.

Friedrichshafen, im Jahr 2009
Benedikt Otte
Geschäftsführer

Michael Mahl
Geschäftsführer

10. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

Gesundheitsakademie Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Gesundheitsakademie Tett nang GmbH
 Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang
 Tel.: 07542 / 531 - 0
 Fax: 07542 / 531 - 178
 E-Mail: info@klinik-tett nang.de
 Homepage: www.klinik-tett nang.de

Gründungsdatum: 10. Mai 2006

Eintragungsdatum HR: 29. Juni 2006

Notarielles Datum neuester
 Gesellschaftsvertrag: 10. Mai 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tett nang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheits-schulung und Behandlung.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tett nang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Klinik Tett nang GmbH	51 %	12.750 €
Dr. Martin Pfeifer	22 %	5.500 €
Dr. Andreas Kost	22 %	5.500 €
Karl Peter Sohler	5 %	1.250 €

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Keine

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Keine

9. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

10. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Bilanz der Gesundheitsakademie Tettang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. Erweiterung des Geschäftsbetriebes						
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	3	13,0	4	13,3	5	19,5
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände						
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	20	87,0	26	86,7	20,6	80,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	23	100	30	100	25,6	100

Bilanz der Gesundheitsakademie Tett nang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25	108,7	25	83,3	25	97,7
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5	-21,7				
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	-4,3	-5	-16,7	0	0,0
	19	82,6	20	66,7	25	97,7
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	3	13,0	3	10,0	0,6	2,3
	3	13,0	3	10,0	0,6	2,3
E. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung						
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0,0	2	6,7	0,1	0,4
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1	4,3	5	16,7	0	0,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	23	100	30	100	25,6	100

Gewinn- und Verlustrechnung der Gesundheitsakademie Tettngang GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	51	100,0	41	100,0	8	100,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge						
5. Gesamleistung	51	100,0	41	100,0	8	100
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	38	75,5	33	80,5	3	33,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	26,6	12	29,3	5	66,7
	52	102,2	45	109,8	8	100,0
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1	-2,2	-4	-9,8	0	0,0
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
15. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	-1	-2,4	0	0,0
17. Finanzergebnis	0	0,0	-1	-2,4	0	0,0
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1	-2,2	-5	-12,2	0	0,0
19. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
21. Sonstige Steuern						
22. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1	-2,2	-5	-12,2	0	0,0
23. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	-2,2	-5	-12,2	0	0,0

Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH
 Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang
 Tel.: 07542 / 531 - 0
 Fax: 07542 / 531 - 178
 E-Mail: info@klinik-tett nang.de
 Homepage: www.klinik-tett nang.de

Gründungsdatum: 29. November 2005

Eintragungsdatum HR: 21. Februar 2006

Notarielles Datum neuester
 Gesellschaftsvertrag: 29. November 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Klinik Tett nang GmbH	51 %	12.750 €
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	49 %	12.250 €

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Keine

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 15 Mitarbeiter.

9. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

10. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Bilanz der Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. Erweiterung des Geschäftsbetriebes						
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	16	34,3	8,6	20,5	0	0,0
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände						
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	30	65,7	33,3	79,3	23	100,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
1. Disagio						
2. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0,1	0,2	0	0,0
Bilanzsumme	46	100	42	100	23	100

Bilanz der Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25	54,3	25	59,2	25	108,7
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-2,2	-2	-4,7		
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0,0	0,7	1,7	-2	-8,7
	24	52,2	24	56,2	23	100,0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	6	13,0	6	14,2	0	0,0
	6	13,0	6	14,2	0	0,0
E. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung						
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2	4,3	4,2	10,0	0	0,0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
6. Sonstige Verbindlichkeiten	14	30,4	8,3	19,7	0	0,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	46	100	42	100	23	100

Gewinn- und Verlustrechnung der Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	226	97,4	108	100,0		
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	6	2,6				
5. Gesamleistung	232	100,0	108	100,0		
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	149	64,1	65	60,2		
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	35	15,1	16	14,8		
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	48	20,7	26	24,4	2	
	232	99,9	107	99,4	2	
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	0,3	0,1	0,7	0,6	-2	
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
15. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
17. Finanzergebnis	0	0,0	0	0,0		
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,3	0,1	0,7	0,6	-2	
19. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
21. Sonstige Steuern	-0,2	-0,1				
22. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	0,1	0,0	0,7	0,6	-2	
23. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,1	0,0	0,7	0,6	-2	

Medizinisches Versorgungszentrum Tett nang GmbH**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens: Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Tett nang GmbH
Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang
Tel.: 07542 / 531 - 0
Fax: 07542 / 531 - 178
E-Mail: info@klinik-tett nang.de
Homepage: www.klinik-tett nang.de

Gründungsdatum: 06. Dezember 2007

Eintragungsdatum HR: 28. Januar 2008

Notarielles Datum neuester
Gesellschaftsvertrag: 06. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tett nang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Keine

8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt zehn Mitarbeiter.

9. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

10. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Bilanz der MVZ Tettang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Aktiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	516	33,6				
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen	408	26,6				
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. Erweiterung des Geschäftsbetriebes						
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1	0,1				
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	458	29,9				
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	8	0,5				
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	0	0,0	25	100		
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetr.	143	9,3				
Bilanzsumme	1.534	100	25	100		

Bilanz der MVZ Tettngang GmbH zum 31.12.2008

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25	1,6	25	100,0		
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	0,0				
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-168	-10,9				
Nicht gedeckter Fehlbetrag	143	9,3	-0,5	-2,0		
	0	0,0	24,5	98,0		
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
2. Steuerrückstellungen						
3. Sonstige Rückstellungen	29	1,9				
	29	1,9	0	0,0		
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7	0,5				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	21	1,4				
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.297	84,5	0,5	2,0		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
6. Sonstige Verbindlichkeiten	180	11,7	0	0,0		
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	1.534	100	25	100		

Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ Tettang GmbH zum 31.12.2008

Gewinn- und Verlustrechnung	2008		2007		2006	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	772	99,9				
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1	0,1				
5. Gesamleistung	773	100,0				
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27	3,5				
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0,0				
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	601	77,8				
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	44	5,7				
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlagevermögen	94	12,2				
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	148	19,2	0,5			
	914	118,3	0,5			
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-141	-18,3	-0,5			
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,0				
15. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	3,5				
17. Finanzergebnis	27	3,5				
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-168	-21,8	-0,5			
19. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
21. Sonstige Steuern						
22. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-168	-21,8	-0,5			
23. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-168	-21,8	-0,5			

VI. Sonstige Beteiligungen des Landkreises

Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Geschäftsstelle:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: Info@bfhb.de Homepage: www.bauen-am-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragungsdatum GR:	24. Juli 2001 beim Amtsgericht Singen, GnR 20R Letzte Änderung am 09. April 2009 beim Amtsgericht Freiburg, GnR 550020
Satzungsänderung:	11. Juni 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen. Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2008 insgesamt 2.613 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.314.818 € an. Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € beteiligt.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung.

5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.374 genossenschaftseigene Wohnungen mit 96.737 m² Wohnfläche, sowie 488 Garagen.

Für das Berichtsjahr 2008 kann die Genossenschaft mit dem Verkauf von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern relativ zufrieden sein. Mit großen Anstrengungen im Vertrieb und bei den Werbemaßnahmen konnten wir unsere Zielvorgabe von 3,8 Mio. € knapp übertreffen. Die Vermietung unserer Wohnungen war 2008 immer gesichert.

6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Keine

Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG
Geschäftsstelle:	Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 – 3011-0 Fax: 07541 – 3011-80 E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	8. Juli 1949
Eintragungsdatum HR:	23. August 1949 Registergericht Nr. 24, Amtsgericht Tettnang
Satzung:	21. Dezember 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2008 insgesamt 1.645 Mitglieder mit 7.892 Geschäftsanteilen an. Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 € und erhielt eine Dividende für 2007 in Höhe von 54 €. Für das Geschäftsjahr 2008 wird wieder eine Dividende von 3 % auf die Geschäftsanteile gewährt (54 €).

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2008 insgesamt 1.182 Wohneinheiten in 121 Gebäuden, 13 gewerbliche Räume sowie 524 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 75.698 m² beträgt - ohne Betriebskosten - 5,28 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2008 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude wird vermietet, zunächst bis ins

Jahr 2009. Später ist beabsichtigt, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage frei finanzierte Mietwohnungen, Praxis- und Gewerberäume sowie gemeinsam mit einem erfahrenen und leistungsstarken Träger betreute Seniorenwohnungen und Räume für Kurzzeitpflege zu errichten.

6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

Keine

Baugenossenschaft Überlingen eG

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Geschäftsstelle:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: info@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragungsdatum GR:	1949
Satzung:	April 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigentumswohnungen und Eigenheime. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig.

Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt. Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2008: 55 Häuser mit 455 Wohnungen, zwei Ladengeschäfte und eine Geschäftsstelle.

6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen
Keine

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Geschäftsstelle:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

2. Rechtsform und -aufsicht

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten unter eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. (Obere) Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

3. Organe und Geschäftsführung

Organe des Regionalverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören zzt. 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Landkreis Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. zwölf Mitglieder. Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit zehn Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Das Amt des Verbandsvorsitzenden wird seit dem 22. November 1994 - inzwischen in der dritten Amtszeit - von Herrn Bürgermeister a.D. Viktor Grasselli ausgeübt. Seine Stellvertreter sind Herr Landrat Dirk Gaerte (Sigmaringen), Herr Bürgermeister a.D. Peter Allgaier (Salem) und Herr Jürgen Lang (Ravensburg). Nachdem der amtierende Verbandsvorsitzende auf eine weitere Kandidatur verzichtet hat, wählt die Verbandsversammlung am 16. Oktober 2009 einen neuen Verbandsvorsitzenden.

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre. Verbandsdirektor ist seit dem 1. November 2008 Herr Dipl.-Geogr. Wilfried Franke.

4. Finanzierung

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

5. Wirtschaftsführung

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindeführung entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

6. Aufgaben

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung.

Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

7. Anzahl der im Haushaltsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Geschäftsstelle umfasst derzeit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer: Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung; Verkehrsplanung; Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen.

Zweckverband PROTEC Orsingen

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Geschäftsstelle:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@landkreis-konstanz.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1978, zuletzt geändert am 24. November 1998
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen. Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten der beteiligten Landkreise und dem Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises. Vorsitzender ist Herr Frank Hämmerle, Landrat Kreis Konstanz.

5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen

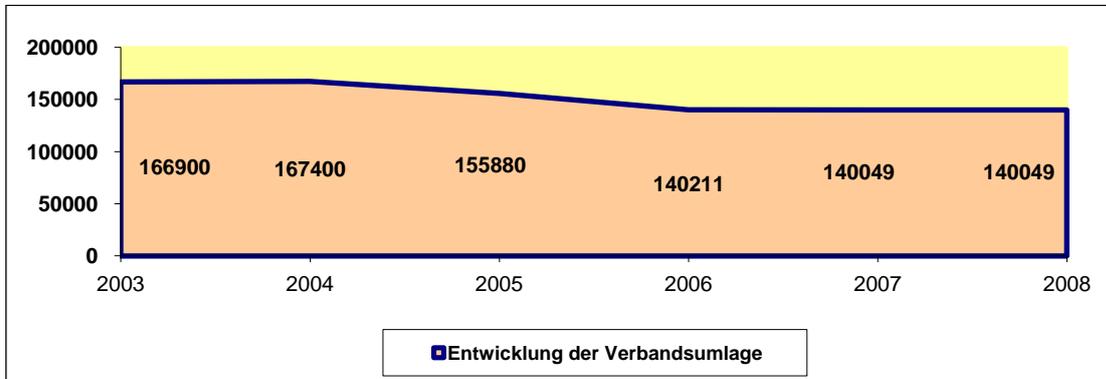
Am 25. Januar 2007 wurde ein Kooperationsvertrag mit den folgenden baden-württembergischen Tierkörperbeseitigungs-Zweckverbänden abgeschlossen:

- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn)

Inhalt des Vertrages ist eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der Lieferung von Rohwaren der Kategorie 1. Darüber hinaus besteht die Zielsetzung für eine rechtliche Verbindung der Zweckverbände in Baden-Württemberg bzw. für die Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes.

Pricewaterhouse Coopers, Berlin (PWC) hat in 2008 eine Studie über die zukünftige Ausrichtung der Tierkörperbeseitigung in Baden-Württemberg erstellt. Im Ergebnis ist eine Zusammenarbeit der Zweckverbände in Baden-Württemberg sinnvoll. In 2009 soll die konkrete Ausgestaltung eines gemeinsamen Zweckverbandes näher untersucht werden.

7. Entwicklung der Verbandsumlage



Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm**1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Geschäftsstelle:	Schulze-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 07121 / 956-0 Fax: 07121 / 956-48123 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

4. Organe des Unternehmens

Organe des Zweckverbands sind die Geschäftsführung, der Verbandsvorsitzende, der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung.

5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrags ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (25 %)

DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (13,89 %)

Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (100 %)

Hauseigentümergeellschaft Interkommunale Datenverarbeitung u. Rechenzentrum Ulm - GbR - Ulm (90 %)

7. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2008 beträgt 313 und gliedert sich wie folgt: 52 Beamte und 261 Angestellte.

VII. Anhang

1. Rechtsgrundlagen

§ 105 Gemeindeordnung (GemO) Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
 - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
 1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.
Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 48 Landkreisordnung (LKrO) Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechende Anwendung...“

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I $\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Erläuterung:	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{+ Fremdkapitalzinsen}} \\ \text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}$
Erläuterung:	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Kostendeckung	$\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}$
Erläuterung:	Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.
Cashflow	$\begin{aligned} &\text{Jahresüberschuss} \\ &+ \text{Abschreibungen auf Sachanlagevermögen} \\ &+ \text{Erhöhung der Rückstellungen} \\ &\underline{- \text{Verminderung der Rückstellungen}} \\ &= \text{Cash Flow} \end{aligned}$
Erläuterung:	Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.